Antifaschistisches Blatt

info

Nr. 117 | Winter 2017 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



ANGEKOMMEN! DIE EXTREME RECHTE IST IM BUNDESTAG

www.antifainfoblatt.de



DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND ERREICHT DEN BUNDESTAG

Die AfD lässt keinen Zweifel daran, dass sie die Demokratie aushöhlen und Zugunsten ihres völkischen-autoritären Populismus schwächen will. Gleichzeitig sichert sie sich über die Parlamente erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen.



DAS NS-HARDCORE IMPERIUM

Ein Einblick in ein neonazistisches Wirtschaftsimperium aus NS-Hardcore (NSHC) und Kampfsport. Von „Leveler Records", „Terrorsphära" und „Überzeugungstäter" über „Wardon 21" und „Greifvogel Wear" bis hin zum „Kampf der Nibelungen".



KAMPAGNEN IM INTERVIEW

Die Kampagnen „Nationalismus ist keine Alternative" und „Aufstehen gegen Rassismus" engagieren sich gegen Nationalismus und Rassismus. Welche Strategien verfolgen sie und was planen sie für die Zukunft? Ein Interview.



ÜBERWACHEN, KRIMINALISIEREN, ABSCHRECKEN

Zum staatlichen Umgang mit den Protesten gegen den G20-Gipfel kann erst ein vorläufiges Fazit gezogen werden. Noch sitzen mehrere Personen in Untersuchungshaft, in ersten Strafprozessen wurden hohe Strafen ausgesprochen und es gab bundesweit Durchsuchungen.

Titelbild: Alice Weidel, AfD-Fraktionsvorsitzende (rechts) beim Selfie mit Mariana Harder-Kuehnel, hessische AfD-Spitzenkandidatin vor der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestag am 24. Oktober 2017.

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Überrascht hat es kaum und doch ist der Einzug der „Alternative für Deutschland" (AfD) in den Bundestag mit 12,6 Prozent eine Zäsur, eine Zäsur, der auch unser aktueller Schwerpunkt gewidmet ist. Die AfD wird in den kommenden Jahren ihre politische Agenda im Bundestag und vielen weiteren Gremien auf die Tagesordnung setzen. Die Artikel im Schwerpunkt beleuchten die AfD nach dem Einzug in den Bundestag und den Delegiertenparteitag in Hannover, geben einen Überblick über die Ressourcen, die der Partei durch den Parlamentseinzug zur Verfügung stehen und fragen nach einer ostdeutschen Spezifik des Wahlerfolges. Ein Blick auf dänische Verhältnisse, die Etablierung der „Dansk Folkeparti" und linke Gegenstrategien macht einmal mehr deutlich, dass die außerparlamentarische Linke auch in anderen europäischen Ländern schon weitaus früher mit einem Rechtsruck konfrontiert war. Dass alle anderen Parteien in Dänemark mit politischen Zugeständnissen nach rechts reagierten, lässt aufhorchen und kann nur als Plädoyer dafür verstanden werden, neben der Fokussierung auf die AfD, die Politik der anderen Parteien keinesfalls aus dem Blick zu verlieren. Robert Maruschke und Christian Lelek plädieren in ihrem Artikel „Basisorganisierung statt Spezialstrategie" dafür, „ur-linke Überzeugungen sozialer Gleichheit, gegenseitiger Hilfe und der Ablehnung von Armut und Ausbeutung wieder stärker in die Nachbarschaften" zu tragen.

Aus dem Wahlerfolg gestärkt geht auch die „Neue Rechte" hervor, deren Inszenierungen zuletzt auf der Frankfurter Buchmesse eine bundesweite Resonanz erzeugt haben. Nach den Protesten gegen die Teilnahme rechter Verlage mit Redebeiträgen von Martin Sellner, Björn Höcke und anderen wird im Feuilleton einmal mehr die Meinungsfreiheit hoch gehalten — so heißt es etwa im Berliner Tagesspiegel: „Auch in Deutschland schafft es eine krawallige Antifa, dass Verteidiger der Freiheit es als ihre Pflicht empfinden, sich für die Rechte von Rechtspopulisten einzusetzen." Wir wollen in den kommenden Ausgaben diskutieren, wie Widerspruch aussehen kann, wo Meinungsfreiheit ihre Grenzen hat und wie sich Protest gegen rechte Hegemonieansprüche mit dem „besseren Argument" verbinden lässt. Neben einem Bericht von Danijel Majic über die Ereignisse auf der Buchmesse weisen Alice Blum, Maximilian Pichl und Tom David Uhlig den Vorwurf der Einschränkung von Meinungsfreiheit entschieden zurück: „Ein lautstarker Protest, wie er auf der Buchmesse praktisch umgesetzt wurde, ist selbst ein Bestandteil der Meinungsäußerung und gerade keine Zensur der rechten Akteure." Der Artikel soll Auftakt sein für eine Debatte — wir bitten um Beiträge. •

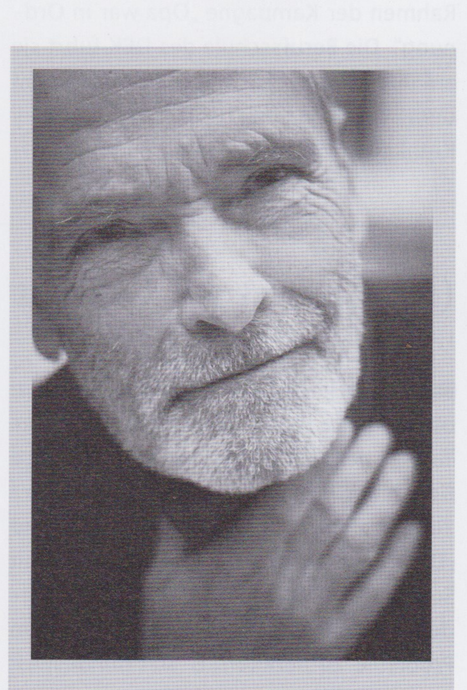
Mach's gut, Ricardo

Anfang Dezember 2017 erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser Freund und Mitstreiter Ricardo im Alter von 31 Jahren von uns gegangen ist.

Ricardo war konsequenter Antifaschist, Anarchist und ständiger Repression ausgesetzt. Er war lange Zeit im Dresdner Verband der Roten Hilfe aktiv, und wird vielen z.B. durch die Vorträge zum sächsischen §129 Verfahren im Zusammenhang mit der konstruierten „Antifa-Sportgruppe" in Erinnerung bleiben. Viele kannten Ricardo auch als engagierten Bewohner des Dresdner Hausprojektes „Praxis", welches im Rahmen des jährlichen Aufmarsches im Februar 2011 von Neonazis massiv angegriffen wurde.

Die letzten Jahre mußte Ricardo außerhalb dieses Landes verbringen. Die Familie und wir wollen ihn wieder nach Hause holen und ihn hier beerdigen. Dazu brauchen wir eure Solidarität und finanzielle Unterstützung.

EA Dresden
eadresden@so36.net
BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE72 3601 0043 0609 7604 34
Kennwort: Ricardo



Volker Wachholz

Wir haben zusammen gestritten,
für Veränderungen im Großen,
wie für Verbesserungen im Kleinen.
Deine Besonnenheit und Wärme
werden uns ebenso fehlen,
wie deine Klugheit und Tatkraft.
Und noch so viel mehr.
Mach's gut.

Antifaschistische Gruppen aus Sachsen-Anhalt

Neubrandenburg (MV): Von der Neonazi-Aktivistin zur Ausbilderin ?



2. v.l.: Maria Tomzek hält das Transparent der mittlerweile verbotenen Mecklenburgischen Aktionsfront (MAF).

Ein Klinikum in Neubrandenburg trägt den Namen Dietrich Bonhoeffer, der sich aktiv am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligte. Da passt die Beschäftigung einer langjährigen Neonazi-Aktivistin der Region an der hauseigenen Berufsschule nicht so recht ins Bild. Maria Tomzek studierte an der Hochschule Neubrandenburg Pflegewissenschaften/Pflegemanagement und war dort als eine zentrale Figur der Neonazi-Szene der Region bekannt geworden. 2003 demonstrierte sie etwa in Peenemünde und trug das Fronttransparent der nunmehr verbotenen Mecklenburgischen Aktionsfront (MAF) im Rahmen der Kampagne „Opa war in Ordnung". Die Berufsschule des DBK führt sie auf ihrer Internetseite als Mitarbeiterin mit dem Abschluss Bachelor of Science — Krankenschwester. In dieser Funktion bildet sie angehende Pflege(fach)Kräfte aus. Eine Position, die auch eine (politische) Einflussnahme auf junge Menschen ermöglicht. Seit diesem Schuljahr ist sie gar Klassenlehrerin. Erstaunlich, wenn man sich ihren Werdegang in der rechten Szene vor Augen führt. Bis zu deren Auflösung Ende 2014 gehörte sie dem Vorstand des „Kulturkreis[es] Mecklenburg Strelitz e. V." an, einer Vereinigung, die vor allem mit völkischer Brauchtumspflege in Erscheinung trat sich aber auch für die Organisation des bis heute stattfindenden neonazistischen „Tollensemarsches" verantwortlich zeichnete. Als Organisatorin nahm sie und ihr Mann auch selbst teil. Hierbei fungierte Tomzek als Vorsitzende des Vereins, wobei der stellvertretende Vorsitzende kein geringerer als ihr langjähriger Weggefährte David Petereit war. Petereit saß viele Jahre für die NPD im Landtag von MV. Enge Verbindungen bestanden auch zwischen dem Kulturkreis und der 2009 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Ehemaliger Aktivist in der HDJ ist auch Tomzeks Ehemann. Denis Tomzek ist ein Kampfsportler, der in der Vergangenheit Gegenstand von Diskussionen um Neonazis in der Mixed-Martial-Arts-Szene war. •

(Ex)Polizist vor Gericht

Der Berliner Geschäftsmann, Neonazi und frühere Polizeikommissar Andreas Tanjsek beschäftigt seit zehn Jahren diverse Gerichte. Wie das AIB berichtete gehörte er zum Umfeld der Berliner Neonazi-Band „Deutsch, Stolz, Treue" (D.S.T.). Dass er seit September 1990 im Polizeidienst des Landes Berlin stan,d schien ihm hierbei kaum Probleme zu bereiten. Er soll bundesweit auf Szene-Veranstaltungen gewesen sein. Laut Ermittlungen seiner Kollegen u.a. im August 2004 auf einem Konzert in Suhl und im Januar 2006 bei der Geburtstagsfeier eines RechtsRock-Musikers. Erst 2007 durchsuchte die Polizei seine Wohnung, da er im Verdacht stand als Layouter an der CD „Gift für die Ohren" mitgewirkt zu haben. In sämtlichen Räumlichkeiten fanden die Beamten Devotionalien der rechten Szene. Darunter RechtsRock-CDs, Kleidungsstücke mit Aufdrucken von D.S.T. sowie gerahmte Abbildungen von Adolf Hitler, Rudolf Heß und Horst Wessel. Auch die Wohnung seiner Lebensgefährtin, der früheren Berliner NPD-Funktionärin Michaela Zanker, war von der Polizei-Razzia betroffen. Hier wurden zahlreiche Fotos sichergestellt. Die Bilder zeigen Versammlungen von Neonazis. Tanjsek war auf einigen Fotos erkennbar. Er war u.a. vor einer Hakenkreuzfahne bzw. eine solche Fahne haltend fotografiert worden. Die daraufhin gegen ihn geführten Ermittlungen wurden eingestellt, weil sich ein Inlandsbezug nicht nachweisen ließ. Durch ein Urteil des Landgerichts Berlin von 2011 wurde Tanjsek im CD-Produktions-Prozess freigesprochen, weil die Lieder auf der CD keine strafrechtlich relevanten Texte enthielten. Auch Ermittlungen wegen seiner rechten Tätowierungen wurden von der Staatsanwaltschaft Berlin 2008 eingestellt. Nach der Razzia kassierte er eine geringe Geldstrafe, ein „Verbot der Amtsausübung" und im September 2007 eine vorläufige Dienstenthebung ohne Kürzung der Dienstbezüge (Az. 80 K 22.12 OL des VG Berlin). Die Geldbuße wurde wegen einer ungenehmigten Nebentätigkeit als Firmen-Gesellschafter im Handel mit „Paintball"-Zubehör über die Firma „Mc Paintball East-Group-Germany GbR" verhängt. Durch zwei Instanzen klagte Tanjsek anschließend erfolgreich gegen das Land Berlin. Erst im November 2017 entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass ein Polizist, der seine rechtsextreme Überzeugung durch einschlägige Tattoos nach außen trägt, kein Beamter sein darf. „Da der Beklagte nicht nur Tätowierungen von Runenzeichen und Emblemen rechtsextremistischer, rassistischer Musikgruppen trägt, sondern wiederholt den Hitlergruß gezeigt, mit einer Hakenkreuzflagge posiert und nationalsozialistische Devotionalien in seiner Wohnung verwahrt hat, ist sein durch die Tätowierungen dokumentiertes Bekenntnis als grundsätzliche und dauerhafte Abkehr von den Prinzipien der Verfassungsordnung zu werten, die zur Entfernung aus dem Beamtenverhältnis führt" heißt es in dem Urteil. •

Schweiz: Messerangriff durch Unterstützer der „Hammerskins“

In der Nacht vom 17. auf den 18. November 2017 kam es in Locarno (TI) zu einer tätlichen Auseinandersetzung. Das Opfer trug eine Schnittverletzung davon. Der 25-jährige Angreifer Mischa K., ein in der Region bekannter Neonazi, ist dem Umfeld der „Hammerskins“ zuzurechnen.

Die Auseinandersetzung nahm ihren Anfang vor einer Bar in der Locarner Innenstadt nahe der malerischen Piazza Grande. Der mit Bomberjacke bekleidete und eindeutige Embleme tragende Nischa K. wurde von Gästen darauf aufmerksam gemacht, dass Neonazis in Locarno nicht erwünscht seien, was zu einem Wortgefecht führte. Auf der Piazza Grande ist der Streit schließlich eskaliert, Mischa K. zückte ein Messer und verletzte einen Anwesenden nahe dem Hals. Auf der Klinge der Tatwaffe, welche später gefunden wurde, waren ein Hakenkreuz und die Inschrift „Sieg Heil“ eingraviert.

Der Angreifer und seine Clique sind bereits mehrfach im Gebiet des Sopraceneri durch Gewalttaten und Pöbeleien aufgefallen — rechtliche Konsequenzen gab es bisher keine. In der Tatnacht trug Mischa K. Kleidung mit Aufnähern des „Hammerskin“-Unterstützungsnetzwerkes „Crew 38“. Auch auf sozialen Plattformen geizt er nicht mit Zuneigungsbekundungen für das elitäre Skinheadnetzwerk. Pikantes Detail: Genau eine Woche nach dem Angriff wurde Mischa K. der Status eines „Hang Around“ verliehen — der nächsthöhere Status auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft bei den „Hammerskins“.

Doch nicht nur die „Hammerskins“ haben den Kanton Tessin als Rekrutierungsgebiet entdeckt: Eine Gruppe extrem rechter Fußballfans aus dem Sottoceneri (Region rund um Lugano und Mendrisio) tritt seit Kurzem unter dem Label „Blood & Honour/ Combat 18 Italia“ auf (zuvor „Lugano Skinheads“). Sie organisierten mindestens ein RechtsRock-Konzert in Chiasso und verhinderten durch Drohungen und Aufrufe zur Gewalt den Auftritt eines afro-italienischen Rappers in der Region.

Trotz der augenfälligen Häufung dieser Vorfälle interessieren sich weder die Behörden noch die Medien für das Treiben der Neonazi-Szene im Tessin. Im Gegenteil: Die Polizei geht bis heute nicht von einer politisch motivierten Tat aus; entsprechende Vorfälle werden bagatellisiert oder totgeschwiegen. •



Der Neonazi Mischa K. posiert auf sozialen Plattformen. Am Ärmel seiner Jacke trägt er das Emblem des „Hang-Around“ der Neonazi-Bruderschaft „Hammerskins“.

Verbot der Nordischen Widerstandsbewegung (NMR) in Finnland

Der finnische Ableger der Nordischen Widerstandsbewegung (schwedisch „Nordiske Motstandsrörelsen“ — kurz: NMR) ist am 30. November 2017 vom Städtischen Gericht in Tammerfors verboten worden. In der Begründung heißt es, die 2008 gegründete Organisation habe zur Verbreitung von hassvoller Rhetorik beigetragen und zur Gewalt ermuntert, was im Kern gegen finnisches Recht verstoße. Das Verbot kam zustande, nachdem das öffentliche Interesse an der NMR und ihren Gewaltexzessen in den letzten Jahren zugenommen hatte.

Im Herbst 2016 überfiel ein NMR-Mitglied einen Gegendemonstranten bei einer Kundgebung in Helsinki. Eine Woche später verstarb das Opfer des Überfalls (vgl. AIB Nr. 113). Der Tod des Gegendemonstrierenden wurde vor Gericht nicht eindeutig als Folge von der zuvor erfahrenen Gewalt anerkannt, weshalb der Täter nicht wegen Totschlags verurteilt wurde, sondern nur aufgrund seiner gewalttätigen Handlungen. Der Todesfall hatte jedoch endgültig das öffentliche Interesse an der NMR entfacht und die Polizei beantragte ein Verbotsverfahren. Obwohl die NMR in Revision gegangen ist, gilt das Urteil von Tammerfors mit sofortiger Wirkung. Die Organisation darf nun weder ihre Propaganda in Umlauf bringen, noch öffentlich neue Mitglieder werben. Das Verbot hielt die Organisation allerdings nicht davon ab, den zuvor geplanten Marsch am finnischen Unabhängigkeitstag am 6. Dezember 2017 abzuhalten. Etwa 200 Neonazis marschierten an diesem Tag durch Helsinkis Straßen und schlossen sich daraufhin dem nationalistischen „612-Marsch“ an. Der Kopf der NMR, Simon Lindberg, beschrieb das Verbot als politisch gesteuert und auf haltlosen Behauptungen basierend. Finnland sei ein „korrupter Verbrecherstaat“ und „Schoßhund der Globalisierer“. Er unterstrich die fortdauernde Kompromisslosigkeit der NMR, dem Verbot zum Trotz: „Wir werden die Feinde des Volkes durch Feuer und Eis jagen. Was auch immer sie uns in den Weg stellen, wir kämpfen bis zum Sieg oder den Tod.“ •

TITEL

Rangeln vor den Futtertrögen

Der AfD-Bundesparteitag in Hannover

PAUL LISZT

Auf ihrem ersten Parteitag nach dem Bundestagseinzug hat die AfD einmal mehr klar gemacht, dass sie die parlamentarische Demokratie systematisch aushöhlen und zugunsten eines völkisch-autoritären Populismus schwächen will. Gleichzeitig sichert sie sich über Parteienfinanzierung und Parlamentarismus erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen.

Bundesparteitag nach Petry

Der Spagat wurde Anfang Dezember in Hannover deutlich. Jörg Meuthen, nach dem Parteiaustritt von Frauke Petry alleiniger Bundessprecher, konnte in seiner Eröffnungsrede zur bewusst als Delegiertenparteitag einberufenen Parteiversammlung zunächst seine Rührung darüber Ausdruck verleihen, dass die AfD seit dem 24. September 2017 „Bundestagspartei" sei, und das sogar wie erhofft als drittstärkste Fraktion. Die eingereichten inhaltlichen Anträge zu strittigen Themen wie der Definition des Antisemitismus durch den Fraktionslosen Wolfgang Gedeon aus Baden-Württemberg und dem Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke schafften es erst gar nicht auf die Tagesordnung des Parteitages. So sah es, nach dem wegen antifaschistischen Blockaden an den Zufahrtswegen verspäteten Beginn, nach einem reibungslosen Verlauf ganz im Sinne der Versammlungsregie aus. Bis ein Parteineuling aus Schleswig-Holstein an das RednerInnenpult trat, um ihre Kandidatur als zweite Bundesvorsitzende neben Meuthen zu erklären. Die Familienrechtsanwältin Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein war vom völkischen Flügel der Partei gezielt ins Rennen geschickt worden, um den Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzenden Georg Pazderski im höchsten Parteiamt zu verhindern. Der nationalkonservative Bundeswehroberst a.D., der in seiner Bewerbungsrede für eine zeitnahe Regierungsbeteiligung der AfD geworben hatte, war nicht zuletzt durch seine Unterstützung der geschassten Frauke Petry in Ungnade gefallen. Von Sayn-Wittgenstein ließ hinsichtlich ihrer politischen Orientierung in ihrer Rede keine Zweifel aufkommen. Ihren späten Parteieintritt im Jahr 2016 erklärte sie unter dem Applaus der Delegierten mit der „mehr patriotischen Ausrichtung" der AfD nach dem Abtritt des Parteigründers Bernd Lucke und solidarisierte sich auf Nachfrage mit der „Identitären Bewegung." Der offenbar im Hinterzimmer geplante Coup gelang. Mit Jörg Meuthen und Alexander Gauland wird die AfD künftig von zwei Männern geführt, die keinerlei Berührungsängste mit dem völkischen „Flügel" besitzen und sich öffentlich gegen den Ausschluss von dessen Gallionsfigur Björn Höcke positioniert haben. Diejenigen, die aus der AfD lieber heute als morgen eine potenziell regierungsfähige Parlamentspartei formen wollen, hatten das Nachsehen und können das Geschehen nunmehr nur noch aus der zweiten Reihe des Bundesvorstandes verfolgen.

Erste Gehversuche im Bundestag

Dazu passt, dass die AfD-Fraktion im Bundestag auf Albrecht Glaser als ihren Kandidaten als Bundestagsvizepräsidenten beharrte, obwohl die meisten anderen Parteien bereits im Vorfeld erklärt hatten, Glaser auf Grund von Äußerungen, in denen er dem Islam das Recht auf Religionsfreiheit abspricht, nicht zu wählen. Dennoch vermittelten die 92 neuen Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion in den ersten Sitzungen den Eindruck, sich möglichst rasch in die parlamentarischen Umgangsformen und Verfahrensweisen einfügen zu wollen. Dementsprechend dünnhäutig fällt die Reaktion auf Kritik aus. Als ein Mitglied der Linksfraktion in der Debatte die AfD auf Grundlage von Positionen aus ihrem Parteiprogramm als rassistische Partei bezeichnete, meldete sich der Hamburger Landesvorsitzende Bernd Baumann zu Wort, um die Kritik seinerseits als undemokratisch und unparlamentarisch zu brandmarken. Ansonsten knüpft die AfD bisher an eine in den Landesparlamenten erprobte Strategie an. In teils provokativen Beiträgen bedient sie klassische rechtspopulistische Identitätsthemen. So forderte die AfD-Fraktion die Bundesregierung in einem Antrag auf, mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad ein Rückführungsabkommen für Geflüchtete auszuhandeln, da das Ende des Krieges im Land absehbar sei. Die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel nutzte ihren ersten Auftritt im Bundestag, um der Bundesregierung eine verfassungswidrige Euro-Politik und eine Abkehr vom Rechtsstaat vorzuwerfen. Dabei hat sie stets vor allem die eigene AnhängerInnenschaft in den sozialen Medien im Blick, der durch Fotos, die die vollständige Anwesenheit der AfD-Abgeordneten im Plenum dokumentieren sollen, die Ernsthaftigkeit der eigenen politischen



Die heutigen Fraktionsvorsitzenden der AfD, Alice Weidel und Alexander Gauland, bei einer Pressekonferenz zum Thema „Islamische Zuwanderung und Kriminalität" in Berlin am 18. September 2017.

Mission versichert wird. Unterdessen wirbt die AfD intensiv um erfahrene MitarbeiterInnen für ihre Fraktion und Abgeordnetenbüros. Nicht nur bisherige MitarbeiterInnen der Unionsfraktion wechseln nach Recherchen des Norddeutschen Rundfunks (NDR) die Arbeitgeberin, auch eine ehemalige Mitarbeiterin einer Abgeordneten der LINKEN ist nun im neuen Bundestagsbüro von Alexander Gauland tätig.[1] Nach Medienberichten sind allerdings noch längst nicht alle der mehreren hundert zu vergebenden Stellen besetzt.[2] Teilweise kann die Partei aber auch auf bundestagskundiges Personal aus den eigenen Reihen zurückgreifen. Der neue Fraktionsgeschäftsführer Hans-Joachim Berg, der auch dem Berliner Abgeordnetenhaus angehört, war langjähriger Referatsleiter in der Parlamentsverwaltung.[3]

Wettlauf um die zukünftige Kaderschmiede

Keine Entscheidung ist bisher darüber gefallen, wer künftig durch den Status der parteinahen Stiftung der AfD auf Bundesebene in den Genuss staatlicher Finanzierung kommen soll. Als Favorit gilt momentan die „Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)". Die jeweiligen Stiftungen sind politisch wichtige Ideen- und Kaderschmieden der Parteien. Ob die DES jedoch bereits in der laufenden Legislaturperiode auf Bundesförderung in zweistelliger Millionenhöhe hoffen kann, ist ungewiss. Bisher gilt eine parteiübergreifende Absprache aus dem Jahr 1998, wonach der vom Bundesverfassungsgericht formulierte Förderungsanspruch für „alle dauerhaften, ins Gewicht fallenden politischen Grundströmungen"[4] erst bei „wiederholter Vertretung"[5] einer Partei im Bundestag greift. Auf Länderebene hingegen hat in Brandenburg bereits die erste steuerfinanzierte AfD-nahe Stiftung die Arbeit aufgenommen. Dabei handelt es sich allerdings um einen Ableger der konkurrierenden „Akademischen Erasmusstiftung".[6] Wohin dies führen kann, zeigt ein Seminar der Brandenburger Stiftung unter Vorsitz eines ehemaligen Funktionärs der islamfeindlichen Partei „Die Freiheit" im September 2017 in Falkensee bei Berlin. Dort referierte für das neurechte Netzwerk „Ein Prozent" der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation Michael Schäfer.[7] Endgültig aus dem Rennen ist hingegen die aus dem Dunstkreis von Frauke Petry und Markus Pretzell gegründete „Immanuel-Kant-Stiftung".

Parteiführung: Getrieben von der eigenen Basis

Die Hinterlassenschaften der im September zu Ende gegangenen Ära von Frauke Petry sind schnell beseitigt worden. Das in ihrem ehemaligen sächsischen Landesverband angestrengte Parteiausschlussverfahren gegen den Dresdener Richter Jens Maier wurde wenige Wochen später eingestellt. Personelle Lücken wie in Mecklenburg-Vorpommern wurden mit noch radikaleren VertreterInnen aufgefüllt. Erneut hat sich bestätigt, dass der bestimmende Teil der Partei die AfD als eine bewusst widersprüchliche, völkische Sammlungsbewegung erhalten will. An ihrer Spitze wird nur geduldet, wem es gelingt, der inneren Dynamik Rechnung zu tragen, in dem in einer zunehmenden aggressiven Diktion das einende Feindbild der zu überwindenden postnazistischen Einwanderungsgesellschaft bedient wird. „Ich möchte nicht, dass wir in dieser sogenannten Gesellschaft ankommen"[8], brachte Doris von Sayn-Wittgenstein den Sound der autoritären Revolte in ihrer Rede beim Bundesparteitag auf den Punkt. •

1 https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Bundestag-Mitarbeiter-wechseln-zur-AfD,afd1376.html 2 www.fnp.de/nachrichten/politik/Die-AfD-findet-keine-Mitarbeiter;art673,2840810 3 www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ex-mitarbeiter-der-bundestagsverwaltung-afd-bestimmt-hans-joachim-berg-zum-fraktionsgeschaeftsfuehrer/20469672.html 4 www.swr.de/-/id=19517488/property=download/nid=233454/dilceb/urteil.pdf 5 http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/03178.pdf 6 www.waz.de/politik/so-arbeitet-die-erste-parteinahe-landesstiftung-der-afd-id212608535.html 7 www.inforiot.de/afd-seminar-mit-neonazi-referent 8 zitiert nach: www.welt.de/politik/deutschland/article171214643/Mit-diesem-Sound-zementiert-die-AfD-ihren-Rechtskurs.html



TITEL

Nach der Bundestagswahl standen die Wahlergebnisse der AfD in Ostdeutschland für wenige Tage im Fokus öffentlichen Interesses. Gibt es spezifische ostdeutsche Ursachen für den Erfolg der Partei?

Der blaue Osten

Ein Sommerstück: Die Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung über Ostdeutschland

Im Sommer 2017 hatte die Ostbeauftragte der Bundesregierung Iris Gleicke eine Studie zu rechtsextremen und rassistischen Einstellungen in den neuen Bundesländern vorgelegt. Anlass für die Studie war die breite Resonanz, auf welche PEGIDA in den ostdeutschen Bundesländern stieß. Die Untersuchung zeigte, was andere Studien auch bereits zu Tage gebracht hatten: eine erhöhte Zustimmungsbereitschaft der männlichen ostdeutschen Bevölkerung der mittleren Generationenkohorte zu rechten und rassistischen Einstellungen und Krisenlösungskonzepten. Zwar weist die Studie einige Mängel in der Skizze der Verfasstheit der politischen Kultur Ostdeutschlands auf. Doch jene Befunde, von denen sich die Ostbeauftragte nach öffentlicher Kritik vor allem aus Sachsen, rasch distanzierte, treffen im Kern zu, wie das Wahlergebnis der AfD in Ostdeutschland zeigt. Seit den 1990er Jahren ist dort ein rechtes Milieu aggregiert, welches inzwischen zwei Generationen umfasst, für die rechte und rassistische Einstellungen selbstverständlicher Teil ihrer Lebenswelt und sozialen Praxis sind. Dass die politische Artikulation solcher Einstellungen von der im öffentlichen tabuisierten NPD auf die als rechtspopulistisch wahrgenommene AfD übergegangen ist, zeigt das Ausmaß des Rechtsdrift eines Teils der ostdeutschen Bevölkerung. Anders ausgedrückt: Die „Generation Hoyerswerda", also jene, die in der Atmosphäre der rassistischen Gewaltwelle der frühen 1990er Jahre im Osten entweder selbst Gewalt ausübten, oder diese als erfolgreiches Mittel politischer Willensbekundung erlebten, agieren inzwischen als Eltern und WahlbürgerInnen.

Der AfD Wähler: männlicher, weißer ostdeutscher Facharbeiter?

Im Zentrum der wahlsoziologischen Analysen um das ostdeutsche Wahlergebnis der AfD stand der ostdeutsche Mann. Dessen Anteil am Wahlerfolg der AfD im Osten

ist besonders hoch. Neu ist die Affinität ostdeutscher männlicher Facharbeiter zu rechten Parteien allerdings nicht. Bereits der Erfolg der DVU bei den Landtagswahlen 1998 in Sachsen-Anhalt[1], und jener der NPD bei den Wahlen in Sachsen 2004[2] zeitigte einen hohen Anteil der skizzierten Anhängergruppe unter den WählerInnen rechter Parteien. In der Debatte um die Ursachen dieses Wahlverhaltens lassen sich grob zwei Positionen ausmachen, die Wahlerfolge zu erklären. Da ist zum einen der Verweis auf einen realen und gefühlten sozialen Abstieg, verbunden mit der Erfahrung kollektiver Entwertung ostdeutscher (Arbeits-)Biographien. Gerade der Bedeutungsverlust der für männliche Sozialisationsmuster prägenden körperlichen Arbeit nach der Wende und des damit verbundenen Verlusts sozialer Anerkennung spielt in dieser Wählergruppe eine Rolle. Soziale und kulturelle Deprivation[3] allein begründen jedoch kein Wahlverhalten oder die Teilnahme an rassistisch motivierten Protesten. Hinzu treten erworbene und unwidersprochen bleibende rassistische Einstellungen, wie sie seit Jahren im Osten nicht nur auf Akzeptanz, sondern nachgerade auf politisches Verständnis in Politik und Medien stoßen. Dass es in der Analyse des AfD-Wahlergebnisses zwischen einer politisch-kulturellen Repräsentationskrise vieler Ostdeutscher und rassistischen Einstellungen zu unterscheiden gilt, ist klar. Dies jedoch in der Politik mit der Erweiterung des Resonanzraumes nach rechts unter Motto „die Sorgen und Ängste der Bürger ernst nehmen“ zu beantworten, stärkt rassistische Diskurse.

Westdeutsche Deutungshoheit

Nach wie vor liegt die Deutungshoheit über die Interpretation dessen, was im Osten passiert bei den westdeutschen Meinungseliten. „Die Mauer ist wieder da“, titelte die Bild-Zeitung am Montag nach der Bundestagswahl. Der Blick auf die Wahlergebnisse der AfD in Ostdeutschland zeigte das Gebiet der ehemaligen DDR als tiefblau eingefärbt. In allen neuen Bundesländern lag der prozentuale Anteil der AfD höher als in Westdeutschland. In Sachsen wurde die AfD gar stärkste politische Kraft. Doch in absoluten Zahlen liegt der Anteil der WählerInnen der AfD im Westen höher, einfach weil dort mehr Wahlberechtigte leben. Der Verweis der westdeutschen Medien auf den Osten hat den praktischen Effekt, über die im Westen mancherorts ebenfalls hohen Ergebnisse für die AfD nicht sprechen zu müssen. So entsteht eine klischeehafte Zuschreibung an die ostdeutschen AfD-WählerInnen als durchgängig sozial prekarisiert und kulturell randständig. Dies täuscht darüber hinweg, dass das Wählerklientel der AfD nicht nur aus sozial prekären Milieus kommt, sondern und vor allem im Westen aus dem gehobenen Mittelstand. Zudem zeigen die Wahlergebnisse nicht nur ein Ost-West Gefälle, vielmehr auch ein Metropole-Peripherie-Gefälle auf. Die in westdeutschen Metropolen stark verankerte Linke hat seit zwei Jahrzehnten keine praktische Antwort auf den Verlust des kleinstädtischen und ländlichen Raumes an die extreme Rechte und ihre Deutungsangebote gefunden.

Die AfD im Osten — völkischer als im Westen?

Ex Oriente lux. Die Hoffnungen rechter AfD-Netzwerker wie Hans Thomas Tillschneider liegen im Osten. Alljährlich trifft sich die „Patriotische Plattform“ der AfD am Fuße des Kyffhäuser-Denkmals, einem für die extreme Rechte besonderen Ort. Der Sage nach ruht im Kyffhäuser Kaiser Barbarossa, und harrt darauf, gerufen zu werden, Deutschland zu retten. Völkisch-nationale Mythen sind auch der Stoff, aus dem Björn Höcke seine Ansprachen webt. „Erfurt ist schön. Erfurt ist schön deutsch. Und soll schön deutsch bleiben“, so Höcke auf einer Kundgebung im September 2015 auf dem Erfurter Anger.[4] Dass westdeutsch sozialisierte politische Akteure wie Höcke die Klaviatur ostdeutscher Identitätsdiskurse erfolgreich zu bedienen wissen erscheint paradox. Doch für den rechten Flügel der AfD gilt, was schon für die Aufstiegsphase der sächsischen NPD zwischen 1999 und 2004 galt: der Osten bzw. in der Sprache des Milieus Mitteldeutschland ist das Sehnsuchtsland der Rechten. Hier finden sie, wonach sie glauben, zwischen Aachen und Braunschweig vergeblich zu suchen: Deutsche, die noch deutsch sein wollen. Eine Region, in der Kultur und Mentalität weder amerikanisiert, noch multikulturell sind. Als Beleg, wie hartnäckig sich die Ostdeutschen ihrer Übernahme durch den als westdeutsch apostrophierten Multikulturalismus entgegenstellten, gilt die Tatsache, dass Protestformate wie PEGIDA im Westen weitgehend ohne Resonanz auf der Straße blieben. Westdeutschland, so ist von rechten AfD-Vertretern zu hören, sei bereits vor zwanzig Jahren an die dekadente Kultur der ´68 er und die voranschreitende Islamisierung verloren gegangen. Die westdeutsche Bevölkerung habe sich erst der jahrzehntelangen Umerziehung der Amerikaner und nun der kommenden Islamisierung ergeben. Real knüpft dies an die weit zurückreichenden autoritären Traditionen eines Teils der ostdeutschen Gesellschaft an. Vor diesem Hintergrund erschließt sich, dass sich die AfD-Landesverbände Sachsen-Anhalt und Thüringen bereits in der Amtszeit Bernd Luckes deutlich rechts positionierten und die AfD frühzeitig in das Netzwerk neurechter Milieus einzubinden versuchten.

Fazit

Zweifelsohne steht der Motor, der den Rechtsdrift des Schiffes AfD antreibt im Osten. Die innerparteilichen Machtansprüche einiger ostdeutscher Landesverbände sind unübersehbar. Doch die starke Medienpräsenz ostdeutscher AfD-Politiker wie Höcke und Poggenburg sollte nicht aus dem Blick geraten lassen, dass die Mehrzahl der Mitglieder der AfD und jene, die über finanzielle Ressourcen verfügen andernorts sitzen. Dass es der AfD im Jahr vor der Bundestagswahl gelang, dem gesamten politisch-medialen Betrieb ihre thematische Agenda aufzudrücken, ist nach den Wahlen vielfach beklagt worden. Wer sich einer Wiederholung dieses Prozesses entgegenstemmen will, muss die Ideologie, die Kampagnenformate und die gesellschaftlichen Echoräume der Partei im Osten genau studieren, um gegensteuern zu können. •

1 Vgl. AIB Nr. 44 „Wie lange lassen sich 12,8 Prozent integrieren?“ **2** Vgl. AIB Nr. 64 „Die NPD im sächsischen Landtag“. **3** Hier: Gefühl der Benachteiligung
4 Vgl. www.youtube.com/watch?v=fUcpCicsYuY

TITEL

Unter dem Deckmantel der Demokratie

Die AfD im Bundestag

GERD WIEGEL

Der 24. September 2017 markiert eine Zäsur für die gesamte radikale Rechte in der Bundesrepublik. Mit der AfD zieht eine Partei in nie dagewesener Stärke in den Bundestag ein, die zahlreiche inhaltliche und personelle Schnittmengen zu den verschiedenen Schattierungen der radikalen Rechten hat und die ihre neue Rolle zur Stärkung eben dieser Rechten nutzen wird. Neben den medialen Geländegewinnen, mit denen die Themen der Rechten immer weiter Raum greifen und die politische Achse nach rechts verschoben wird, gibt es auch einen sehr direkten Mehrwert in Form der Partizipation an öffentlichen Finanzmitteln, die der Staat den Parteien und den im Bundestag vertretenen Fraktionen zugesteht. Wie ein schlechter Witz wirkt es da, dass der Bundesrat gegenwärtig den Ausschluss der NPD von der Parteienfinanzierung durchsetzen will, was als letzter „Erfolg" des gescheiterten NPD-Verbotsverfahrens gilt und wofür extra das Grundgesetz geändert wurde.

Im Vergleich zu den Geldströmen, die die AfD zu erwarten hat, waren die wenigen Millionen Euro für zwei Landtagsfraktionen der NPD und die immer um 1 Prozent schwankenden Bundestagswahlergebnisse der Partei tatsächlich Peanuts. Nimmt man allein den Bundestag, dann stehen der AfD gigantische finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung. Je nachdem, wieviel Geld die Fraktion für die Arbeitsebene ausgeben will, wird die AfD-Fraktion zwischen 150 und 200 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben, davon sicher mehr als die Hälfte wissenschaftliche Fraktionsreferenten und Referentinnen, die die inhaltliche Arbeit der Fraktion entscheidend prägen werden. Hinzu kommen noch einmal zwischen vier und sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Abgeordneten, was, konservativ gerechnet, einen Stab von ca. 600 Beschäftigten ausmacht. Die finanziellen Zuwendungen, von denen die AfD neben diesem Stab vor allem ihre Öffentlichkeitsarbeit bezahlen wird, dürften sich, ebenfalls konservativ gerechnet, pro Jahr auf deutlich mehr als 12 Millionen Euro belaufen. Nicht enthalten sind hier die Abgeordnetenpauschalen, mit denen jede/r MdB seine/ihre Arbeit in Berlin und im Wahlkreis finanziert. Die Rede ist hier nur von der Bundestagsfraktion der AfD. Rechnet man die Mittel, die über die Landtage in die politische Arbeit der AfD fließen und die über die Parteienfinanzierung geregelte Unterstützung für die Gesamtpartei hinzu, dann bekommt man erst einen Eindruck, welchen Effekt der Aufstieg der AfD für die radikale Rechte in Deutschland hat. Von bis zu 400 Millionen Euro bis 2021 schreibt die Rheinische Post[1] und rechnet alle zu erwartenden Einnahmen der Landtags- und Bundestagsfraktion und der einzelnen Abgeordneten zusammen.

Für das Umfeld der Partei, für die ideologischen Zuträger aus Burschenschaften, Neuer Rechter und rechten Kleinparteien bedeutet das die Möglichkeit der politischen Professionalisierung, womit rechte Politik jetzt auch zur Finanzierung des Lebensunterhalts möglich wird. Ganz in diesem Sinne schrieb Götz Kubitschek noch am Abend des 24. September auf der Seite der „Sezession": „Auch für uns bricht eine andere Zeit an: erneut Resonanzraumerweiterung; berufliche Auffangnetze für manchen, der sich vorwagte und keine der 200 Genderprofessuren abgreifen konnte — dafür jetzt aber den Posten eines Beraters, eines Büroleiters, eines wissenschaftlichen Mitarbeiters angeboten bekommt. Man wird Texter, Computerspezialisten, Filmleute, Sicherheitspersonal, Experten benötigen, es wird sehr viele sehr gut bezahlte Stellen geben, und mancher wird sein Leben als Lehrstuhlhure mit prekärem Vier-Jahres-Vertrag aufgeben und in gesittete geistige Verhältnisse wechseln können."[2] Die AfD als Jobmotor für Teile der radikalen Rechten, das ist die leider realistische Aussicht.

Bis heute ist unklar, wie sich die Bundestagsfraktion inhaltlich aufstellen, ob und in welchem Maße die völkische Rechte die politische Agenda der Fraktion beeinflussen oder gar dominieren wird. Gegenwärtig befindet sich die Fraktion im Aufbau, was sicherlich noch eine ganze Zeit andauern wird. Unter anderem von der Frage, wie weit sich die AfD auf eine parlamentarische Professionalisierung einlassen will, hängt es ab, welches Personal sie einstellen wird. Als völkische Bewegungspartei im Sinne Höckes kann sie mit



den ideologischen Sprechblasenproduzenten aus dem Umfeld von Junge Freiheit, Sezession, Burschenschaften und anderen gut leben. Für eine qualifizierte inhaltliche Arbeit braucht sie jedoch Menschen, die bei Themen wie Steuern, Renten, Pflege oder Landwirtschaft wissen, wovon sie sprechen und Fachleute jenseits politischer Bekenntnisse sind. Die Zusammensetzung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wird also auch einen Hinweis auf die inhaltliche Ausrichtung der Fraktion geben.

Ausstrahlung der Fraktion

Ohne Zweifel wird die Ausstrahlung der AfD auf rechte Intellektuelle höher werden und die Bekenntnisfreude mit ihr. Die Partei hat Posten und Ressourcen zu verteilen, das weckt Begehrlichkeiten. Die AfD will in Kürze eine der verschiedenen in ihrem Umfeld gegründeten Erasmus-Stiftungen als parteinahe Stiftung anerkennen, mit der die Partei, so wie die anderen Bundestagsparteien, an staatliche Fördergelder käme. Die Böll-Stiftung der Grünen und die Rosa-Luxemburg-Stiftung der LINKEN bekommen zwischen 11 und 12 Millionen Euro jährlich, eine Summe, die perspektivisch auch eine AfD-nahe Stiftung beanspruchen könnte. Allerdings werden parteinahe Stiftungen nur bei einer dauerhaften Verankerung der politischen Richtung für die sie stehen gefördert, was so interpretiert wird, dass es erst nach einem Wiedereinzug der AfD in den Bundestag Geld gäbe. Grünen und LINKEN wurde die Förderung mit diesem Hinweis über viele Jahre verwehrt jedoch kann man sicher davon ausgehen, dass die AfD dagegen klagen wird. In einzelnen Bundesländern sind die Regelungen anders, so dass die AfD hier auf jeden Fall schon Zugriff hat.

Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Publikationsmöglichkeiten, Anziehungspunkt für Rechtsintellektuelle, Bildungsangebote von rechts im Bund und in den Ländern, Auslandsbüros, Konferenzen, Tagungen — im Vergleich mit den Möglichkeiten einer rechten Parteistiftung nimmt sich das Institut für Staatspolitik (IfS) wie die Filiale einer dörflichen Volkshochschule aus.

Schließlich stehen der AfD mit dem Einzug in den Bundestag (so wie schon früher in den Ländern) Beiratsposten und Kuratorienplätze in zahlreichen über den Bund finanzierten Einrichtungen zu. Dass der sich selbst als „kleiner Höcke“ bezeichnende sächsische Richter und jetzige MdB Jens Maier, der in der NPD die einzige Partei sieht, „die immer zu Deutschland gestanden“ habe und der mit Blick auf die NS-Erinnerung den „Schuldkult“ beenden will[3], jetzt im Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sitzt, ist ein Schlag ins Gesicht der Zivilgesellschaft. Das politisch sicher sehr behäbige Bündnis zeichnet seit 2000 vor allem bürgerschaftliche Initiativen aus, die sich gegen Rassismus und die extreme Rechte engagieren. Maier an dieser Stelle zu platzieren, kann nur als bewusste Provokation durch die AfD verstanden werden. Aber auch im Kuratorium der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) und in der Bundeszentrale für politische Bildung wird die AfD vertreten sein und über die inhaltliche Ausrichtung dieser Einrichtungen zumindest mitentscheiden. Aus verschiedenen Bundesländern wird berichtet, dass AfD-Vertreter aus Beiräten der Landeszentralen für politische Bildung gerne bei Veranstaltungen zur extremen Rechten anwesend sind. Weniger aus Wissbegierde sondern, um darüber zu wachen, dass die AfD nicht zum Thema in solchen Veranstaltungen wird bzw. sie anschließend zu Themen Kleiner Anfragen zu machen.

Dieser Form der Einschüchterung und Einflussnahme müssen alle demokratischen Parteien und die Zivilgesellschaft schnell und entschieden begegnen. Es darf kein thematisches Zurückweichen gegenüber der AfD geben. Die zivilgesellschaftliche Infrastruktur gegen die radikale Rechte, wie sie über die letzten 15 Jahre gewachsen ist, muss sich genau jetzt beweisen, wo ihr die Feinde von Demokratie und Vielfalt im Mantel der Demokratie gegenübertreten. Aufgabe der Antifa ist es, diesen Mantel als das zu entlarven was er ist — ein Deckmantel. •

1 www.rp-online.de/politik/deutschland/afd-erhaelt-rund-400-millionen-euro-vom-staat-aid-1.7133105
2 https://sezession.de/57404/afd-im-bundestag-oder:-was-heute-passiert-ist 3 www.welt.de/politik/deutschland/article161318995/Dresdner-Richter-preist-oeffentlich-die-NPD-und-Hoecke.html

TITEL

Wie finanziert sich die AfD? Neben staatlichen Mitteln erhält sie vor allem Unterstützung von mittelständischen Unternehmern, von einigen Großspendern und von einem Verein, der mit (extrem) rechten Organisationen in mehreren europäischen Ländern vernetzt ist.

Die Finanzierung der AfD

Für's Erste hat sie wohl ausgesorgt. Rund 400 Millionen Euro wird die „Alternative für Deutschland" (AfD) nach einer Berechnung der Rheinischen Post in den kommenden vier Jahren aus staatlichen Töpfen erhalten. Allein die Diäten, Kostenpauschalen und Mitarbeitergehälter, mit denen die AfD-Bundestagsabgeordneten rechnen können, summieren sich demnach auf 38,3 Millionen Euro pro Jahr. Rechnet man die Mittel hinzu, die die Bundestagsfraktion geltend machen kann, ergeben sich für die gesamte Legislaturperiode 225 Millionen Euro. Selbstverständlich erhalten auch die Abgeordneten der Partei in den Landtagen staatliche Mittel. Alles zusammengenommen — auch die Landtage in Hessen und Bayern eingerechnet, in die im nächsten Jahr wahrscheinlich ebenfalls zahlreiche AfD-Abgeordnete gewählt werden — ergeben sich ebenjene 400 Millionen Euro. Finanzielle Sorgen, das sollte man meinen, muss die Partei sich auf absehbare Zeit jedenfalls nicht machen — nicht mehr.

Zu Beginn lagen die Dinge anders. Parteien verbrauchen eine Menge Geld; alleine die Kosten für Parteitage erreichen schnell mal sechsstellige Summen. Die AfD ist deshalb von Anfang an darauf angewiesen gewesen, zusätzlich zu ihren Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge Spenden, zumindest aber günstige Kredite aufzutreiben. Dabei hat sie stets von ihrer Verankerung im Mittelstand profitieren können, die sie sich mit ihrer konsequenten Gegnerschaft zur Euro-Rettungspolitik gesichert hat. Beispiele für mittelständische Spender? Der Kölner Unternehmer Klaus Nordmann, Gründer einer Firma für Werkzeugüberwachung und damals Mitglied im AfD-Mittelstandsforum, sprang der Partei bis zum Jahr 2015 mit mehr als 100.000 Euro bei. Meldepflichtige Spenden kamen von Unternehmen wie etwa der Ingolstädter Dr. O.K. Wack Chemie GmbH oder der Wahl-Bau GmbH im württembergischen Ottenbach. Die AfD sei gegenwärtig die „Partei des deutschen Mittelstands", lobte Hans Wall im Herbst 2014. Wall, der ebenfalls zu den AfD-Spendern zählte, gründete einst die Wall GmbH, die vor allem Außenwerbung betreibt.

Zu Beginn hat die AfD sogar auf Spenden aus den oberen Etagen der deutschen Wirtschaft zählen können. 2014 griff ihr zum Beispiel Heinrich Weiss finanziell unter die Arme. Weiss, Vorsitzender des Aktionärsausschusses des Düsseldorfer Anlagenbauers SMS Group, dessen Jahresumsatz mehr als drei Milliarden Euro beträgt, war von 1991 bis 1992 Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), bis er sich dann wegen seines — wie Kritiker vorsichtig formulierten — „belehrenden Auftretens" mit dem restlichen Vorstand der Organisation verkrachte. Darüber hinaus war er bis 2012 Vorstandsmitglied im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und gehört bis heute dem Präsidium der einflussreichen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) an. Vielleicht noch besser in den Spitzenetagen der Wirtschaft vernetzt war Hans-Olaf Henkel, BDI-Präsident von 1995 bis 2000, der der AfD 2014 — damals war er ihr stellvertretender Sprecher — immerhin einen Millionenkredit gab. Ihre Beziehungen in führende Kreise der Industrie hat die Partei allerdings mit der Abwahl ihres Sprechers Bernd Lucke im Juli 2015 verloren: Henkel trat mit ihm aus und wagte sich gemeinsam mit ihm an das Projekt ALFA bzw. Liberal-Konservative Reformer (LKR); Weiss wandte sich — nach eigenen Angaben — der FDP zu.

Von Anfang an hat sich die Vermutung gehalten, die AfD werde womöglich auch von einer Art „Traditionsfinanzier" der deutschen Rechten unterstützt: von dem Ex-Bankier und Milliardär August von Finck. Finck, nebenbei Besitzer des Hotel- und Gastronomiekonzerns Mövenpick, hat bereits Franz Josef Strauß unterstützt; Mitte der 1990er Jahre stellte er dem ehemaligen FDP-Politiker Manfred Brunner mehr als vier Millionen Euro für dessen „Bund Freier Bürger" zur Verfügung. Der „Bund Freier Bürger" — in vielerlei Hinsicht ein Vorläufer der AfD — kämpfte damals energisch gegen die Einführung des Euro. Finck, der zwischendurch auch FDP und CSU bedient hatte, werde „den Wahlkampf der AfD nicht an finanziellen Hindernissen scheitern lassen", spekulierte im Frühjahr 2013 die „Konrad-Adenauer-Stiftung „ der CDU. Zwar hat die AfD abgestritten, von dem Milliardär persönlich Geld erhalten zu haben; doch das muss wohl hinterfragt werden: Finck soll laut Presseberichten seine Finanzierung von Parteien indirekt



über eines seiner Unternehmen abgewickelt haben.

Die Spekulationen haben zugenommen, als die AfD im Herbst 2014 in den Goldhandel einstieg. Das tat sie vor allem, um Umsatz zu generieren. Der Grund: Parteien erhalten nur so viel Geld aus der staatlichen Parteienfinanzierung, wie sie selbst einnehmen; die AfD wollte deshalb ihre Einkünfte in die Höhe treiben. Der Goldverkauf schien ein geeignetes Mittel: Wegen der Krise herrschte gerade in kleinbürgerlichen Milieus, auf die es die Partei abgesehen hat, Panik vor einer krisenbedingten Entwertung ihrer Ersparnisse; der Erwerb von Gold schien Sicherheit zu bieten. Und: In rechten Milieus ist ein gewisser Goldfetisch ohnehin verbreitet; so haben etwa im KOPP-Verlag Bücher wie „Das geheime Wissen der Goldanleger" des ultrarechten Publizisten und AfD-Unterstützers Bruno Bandulet Hochkonjunktur. Tatsächlich konnte die AfD mit dem Goldverkauf zwei Millionen Euro Umsatz erzielen, bis der Bundestag ihr dies Ende 2015 mit einer Gesetzesänderung untersagte. Hat es bei der Entscheidung für das Goldprojekt vielleicht auch eine gewisse Rolle gespielt, dass August von Finck 2011 in den Goldhandel einstieg — übrigens möglicherweise ebenfalls, um von kleinbürgerlichen Krisenängsten zu profitieren? Geklärt ist das nicht; doch selbst wenn es so wäre, hätten die zwei AfD-Goldumsatz-Milliönchen dem Milliardär allenfalls ein paar Peanuts eingebracht.

Wie auch immer es sich mit Finck verhält — zu den Großspendern der deutschen Rechten, die auch der AfD etwas haben zukommen lassen, zählt jedenfalls der Hamburger Reeder Folkard Edler. Der Mann, der 2013 das Gebäude in der Berliner Fasanenstraße 4 — Kaufpreis: 3,6 Millionen Euro — für die „Bibliothek des Konservatismus" erwarb, hat der AfD im selben Jahr einen überaus günstigen Millionenkredit für den Bundestagswahlkampf gewährt. Auch Spenden in insgesamt sechsstelliger Euro-Höhe hat er der Partei überlassen. Die AfD ist nicht der erste Wahlverein gewesen, für den Edler den Geldbeutel gezückt hat: Nach Recherchen der „ZEIT" hat er zwischen 2001 und 2004 der „Deutschen Partei" von Heiner Kappel großzügige Summen überwiesen — insgesamt rund 100.000 Euro.

Seit Anfang 2016 hat die AfD einen neuen Unterstützer: den — allerdings erst im September 2016 formell eingetragenen — „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten". Der Verein zeichnet sich dadurch aus, dass er offiziell jegliche Verbindung zur AfD abstreitet, aber Millionen zur Unterstützung ihrer Wahlkämpfe ausgibt — für Wahlkampfzeitungen („Extrablatt"), Plakatkampagnen und anderes mehr. Damit ist er für die AfD genau zur rechten Zeit gekommen — nämlich als mit Lucke auch Henkel, Weiß und weitere finanzkräftige Personen aus der Wirtschaft der Partei den Rücken gekehrt hatten. Der Verein wird von dem ehemaligen CSU-Mann David Bendels geführt; woher die Gelder stammen, die er in die Wahlkämpfe und nun auch in seine neue Wochenzeitung Deutschland-Kurier steckt, ist unklar. Klarer ist allerdings: Das Projekt ist Teil eines in mehreren europäischen Staaten aktiven Netzwerks. Die Materialien, die der Verein publiziert, werden von der PR-Agentur „Goal AG" aus dem schweizerischen Andelfingen etwas südlich von Schaffhausen erstellt. Die Agentur, die von dem 1985 in die Schweiz ausgewanderten Deutschen Alexander Segert geleitet wird, arbeitet vor allem für die „Schweizerische Volkspartei" (SVP), ist daneben allerdings auch für die FPÖ und den „Front National" tätig gewesen und kooperiert mit der ENF-Fraktion („Europe of Nations and Freedom") im Europaparlament. Dieser Fraktion wiederum gehörte mit Marcus Pretzell bis zu dessen Parteiaustritt ein führendes AfD-Mitglied an. •

TITEL

Wird über Rechtspopulismus in Europa diskutiert, ist Dänemark selten Teil der Debatte. Angesichts des Erfolges und der Radikalität der „Dansk Folkeparti" (DF) mag das überraschen. Auf der anderen Seite ist dies auch Ergebnis der politischen Situation im Land. Rechtspopulismus ist ein fester und anerkannter Bestandteil der politischen Landschaft und wird nicht mehr als politischer Störfaktor wahrgenommen. Eine Akzeptanz und Ohnmacht, die sich auch in der außerparlamentarischen Linken widerspiegelt.

Dänisches Debakel

Am 10. Mai 2014 mobilisierte die Neonazigruppe „Danmarks Nationale Front" (DNF) zu einer Kundgebung mit dem Motto „Nein zu Moscheen in Dänemark", der ersten angemeldeten Neonazidemo im Herzen Kopenhagens seit dem zweiten Weltkrieg. Dementsprechend lief die Gegenmobilisierung von lokalen Antifaschist_innen auf Hochtouren. Nach einer großen Antifademonstration versuchten Aktivist_innen zu den Neonazis durchzukommen. Der Polizei gelang es nicht, die Antifaschist_innen auf Abstand zu halten. Die Polizeiketten wurden massiv bedrängt und Neonazis, die verspätet zur Kundgebung kamen, bekamen einen antifaschistischen Platzverweis. Kurze Zeit später sah die Polizei sich genötigt, die Neonazis in Bussen aus der Stadt zu bringen. Der Tag war ein antifaschistischer Erfolg auf ganzer Linie. 24 Stunden später bot sich ein ganz anderes Bild. Auf dem Rathausmarkt und nur wenige Meter von dem Kundgebungsort des Vortages entfernt, hielt die rechtspopulistische „Dansk Folkeparti" (dt. „Dänische Volkspartei", DF) eine große Wahlkampfveranstaltung ab, und konnte ungestört ihre rassistische Propaganda unter die Leute bringen. Es gab keinen Gegenprotest.

Antifaschistische Leerstelle

Dieses Wochenende im Mai 2014 spiegelt auf traurige Weise wider, welche untergeordnete Rolle der bürgerliche Rechtspopulismus in den Kämpfen der außerparlamentarischen Linken spielt. Dass dies nicht immer so war, zeigt ein Blick in die Anfangsjahre des Rechtspopulismus in Dänemark. In den 1980er Jahren setzte die bis dato meist als Antisteuer-Partei bekannte „Fremskridtspartiet" (dt. „Fortschrittspartei", Frp) das Thema Einwanderung und Integration auf ihre Tagesordnung und begann mit einer Stimmungsmache gegen Migrant_innen. Die linke Szene reagierte mit Aktionen gegen die Frp. 1989 und 1992 konnte die Partei ihre geplanten Veranstaltungen am 1. Mai nicht ungestört durchführen.

1992 gründete sich als Reaktion auf ein neonazistisches Bombenattentat, bei dem ein Mensch ermordet worden war, in Kopenhagen die Antifaschistische Aktion (AFA). Die AFA entwickelte sich in den darauf folgenden Jahren zu einem zentralen Akteur der antifaschistischen Bewegung und konzentrierte ihre Kräfte auf die Bekämpfung des militanten Neonazismus. Die dänische Neonaziszene der 1990er Jahre war aktiv, besaß eigene Stützpunkte und hatte wichtige internationale Verbindungen. Trotz dieser kräftezehrenden Aufgabe legte sich die AFA nicht auf den militanten Neonazismus fest. Andere Themenfelder wie die repressive, staatliche Abschiebepolitik und die fortschreitende Abschottungspolitik der EU standen ebenfalls auf der Agenda. Auch die Frp lag im Fokus. So wurde versucht, die Vermietung von kommunalen Räumen an die Partei zu verhindern. Mit „Demos" warnte eine weitere antifaschistische Organisation der 1990er Jahre bereits damals davor, sich nur auf die „Straßennazis" zu konzentrieren und dabei den Rechtspopulismus aus den Augen zu verlieren. Trotz dieser begrüßenswerten Tendenzen nahm das Thema „Rechtspopulismus" keinen großen Raum in der antifaschistischen Szene ein. Die Frp wurde zwar wahrgenommen, aber aufgrund interner Machtkämpfe, unfähiger ParteienvertreterInnen und generellem Chaos nicht als eine reelle politische Gefahr angesehen. Im Oktober 1995 verließen Pia Kjærsgård, Kristian Thulesen Dahl und zwei weiteren zentrale Akteure die Frp, um die „Dansk Folkeparti" zu gründen. Vielerorts wurde diese Neuigkeit mit einem müden Lächeln quittiert. Der neuen Partei wurden gerade einmal sechs Monate Überlebenszeit eingeräumt. Anders als der Frp gelang es der DF jedoch, interne Machtkämpfe und Skandale einzudämmen. Die Entwicklung von einer Partei mit Chaospotential zu einem zunehmenden politischen Machtfaktor im Land zog sich über zwei bis drei Jahre und blieb von vielen unbemerkt. Der Rechtsruck der Gesellschaft und die Etablierung des Rechtspopulismus spielten in Debatten und Diskussionen der Linken zwar durchaus eine Rolle, politischer Protest entwickelte sich hingegen selten. 2001 erreichte die DF ihren vorläufigen Höhepunkt und wurde zur Mehrheitsbeschafferin einer rechten Regierung aus Liberalen und Konservativen. Wieder setzten viele darauf, dass die DF sich selbst im Weg stehen würde. Erneut vergeblich. Die DF als Mehrheitsbeschafferin einer rechten Regierung erwies sich

Die PEGIDA-Demonstration in Kopenhagen zog auch Neonazis an





für viele Jahre als stabil und für die RechtspopulistInnen als äußerst profitabel.

Kein Rechtspopulismus in Nørrebro

Während sich die Auseinandersetzung der Linken mit dem Rechtspopulismus schon damals schwierig gestaltete, ist sie heutzutage nahezu inexistent. Es scheint, als wären der Erfolg der DF und der Rechtsruck im Land eine Entwicklung, die jenseits des Fokus antifaschistischer Akteure auf rechte Straßenmobilisierungen in den weit entfernten Parlamenten und Rathäusern stattfindet. Die Linke in Dänemark ist, wie auch der Rest des Landes, sehr zentralisiert. Die Kommunalwahlen am 21. November 2017 verdeutlichten einmal mehr, dass vor allem in den größeren Städten vorwiegend links gewählt wird. Insbesondere in den alternativen Vierteln lässt es sich aus linker Perspektive leicht einer Illusion nachgehen, dass die Weltlage gar nicht so schlimm ist. Die radikale Linke, die sich deutlich im Kopenhagener Stadtviertel Nørrebro zentriert, beschäftigt sich mit nahezu stoischer Selbstbezogenheit fast ausschließlich mit politischen Themen, die der Identitätsstiftung dienen und eine gewisse Unterhaltung bieten. Während sich im übrigen Dänemark viele Menschen nach rechts orientieren, fokussiert sich die Szene in Nørrebro auf den Erhalt existierender und die Erkämpfung neuer linker Räume, klassischen Antinazikampf und die Stärkung der eigenen Subkultur. Ohne die Relevanz dieser Auseinandersetzungen schmälern zu wollen: Es schleicht sich der Verdacht ein, dass linke Politik in Kopenhagen sich nur den Kämpfen widmet, die Spannung versprechen, intern Prestige bringen und direkte Resultate zeigen. Die Bekämpfung des Rechtsrucks fällt offenbar nicht in diese Kategorie.

Dass diese Ignoranz nicht nur ein Versäumnis, sondern mitunter sogar politische Strategie sein kann, zeigt ein Blick auf die Arbeit der AFA in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren. Während die DF alle Parteien und viele zivilgesellschaftliche Kräfte immer weiter mit nach rechts zieht, entwickelte sich die AFA zu einer reinen Antinaziorganisation, die Neonazis in Schach halten will, und somit der restlichen Linken den Rücken für andere Kämpfe und Aufgaben frei hält. Ein kurzer Blick auf den desolaten Zustand der dänischen Neonaziszene in den letzten fünfzehn Jahren sollte reichen, um die eng gefasste Aufgabenstellung der AFA zu verwerfen. Dieser Schritt wurde bis heute nicht vollzogen.

Kampf gegen PEGIDA

Die revolutionären Antifaschist_innen (RA) gründeten sich 2014 in eindeutiger Abgrenzung zur Antifaschistischen Aktion. RA wirft AFA ein elitäres Verhalten und ein Definitionsrecht von antifaschistischer Arbeit vor. RA möchte breiter agieren und offener auftreten. Als vor zwei Jahren PEGIDA auch in Dänemark anfing, auf die Straße zu gehen, war es die RA, die die Hauptrolle in den Gegenprotesten übernahm. Ein guter und wichtiger Protest. Wie in Deutschland auch hat sich PEGIDA mittlerweile auf einen festen Kern reduziert. Unter dem neuen Label „Für die Freiheit" nehmen kaum noch 30 Personen an den rassistischen und völkischen Protesten teil, weiterhin kontinuierlich begleitet von antifaschistischem Protest. Die „Dansk Folkeparti" ist allerdings nach wie vor nicht im Fokus antifaschistischer Mobilisierungen. Man könnte annehmen, dass PEGIDA radikaler und damit leichter angreifbar sei. Dies ist aber nicht der Fall. Die DF kaschiert weder ihren Rassismus und auch faschistische Tendenzen, wie z. B. die Forderung, dass in der Öffentlichkeit nur noch





Die Parolen auf den PEGIDA-Transparenten:
oben: „Friedlich und zusammen gegen Fundamentalismus"
unten: „Sich trauen, wo andere schweigen"

dänisch gesprochen werden soll oder auch die Ablehnung der Menschenrechtskonventionen, werden kaum geschönt. Erneut scheint der einzige Unterschied, dass die DF als zentraler politischer Akteur im Parlament sitzt. Es ist die DF, die bei den Themen Integration und Einwanderung mittlerweile der Gradmesser geworden ist, an dem sich die anderen Parteien orientieren. Währenddessen ziehen die 30 Leute „Für die Freiheit" ihre Runde auf der Straße und kratzen an der Bedeutungslosigkeit.

Die bürgerliche Linke

Die Sozialdemokraten gaben ihre Blockadehaltung gegenüber der DF nach wenigen Jahren auf. Durch eine Politik des Entgegenkommens und der Zugeständnisse sollte einer Abwanderung der Wähler_innen zur DF begegnet werden. Die Sozialdemokraten verloren immer mehr an Glaubwürdigkeit und Profil und rückten nach rechts. Die „Enhedslisten" (dt. „Einheitsliste", EL) ist die einzige linke Partei, bei der die Rechtsorientierung bisher noch nicht vollends umgesetzt ist, auch wenn dort ähnliche Tendenzen zu beobachten sind. Zwar erteilt die EL dem Rechtspopulismus eine deutliche Absage und greift die Politik der DF und anderen rechten Parteien durchaus an. Die DF wird aber als vollwertiger politischer Gegner wahrgenommen, anerkannt und akzeptiert. Einen „Cordon Sanitaire", wonach eine Zusammenarbeit mit und Akzeptanz von rechten Parteien auch auf Parlamentsebene deutlich abgelehnt wird, gibt es auch bei der EL nicht. Gemeinsame Auftritte bei Diskussionsrunden oder Interviews im Radio sind keine Besonderheit mehr und geben auch intern keinen Anlass zur Kritik. Gepaart mit dem Eindruck, den die „Enhedslisten" als Mehrheitsbeschafferin einer „roten" Regierung abgab, lässt das Skepsis aufkommen, welchen Kurs die Partei in Zukunft einschlagen wird. Der starke Rechtsruck der Sozialdemokraten wurde mitgetragen. Mehrfach gab es die Möglichkeit, die Regierung platzen zu lassen und in Opposition zu gehen. Dieser Schritt wurde angedroht, aber nie vollzogen. Die EL hat selbst viele Jahre gebraucht, um akzeptiert zu werden, mit dem Ergebnis, dass die Partei ihre Wurzeln in der linken Szene vollständig gekappt hat. Aus Furcht, der DF Steilvorlagen für Kritik zu liefern, wird auf eine Distanzierung zur außerparlamentarischen Linken gesetzt, obwohl viele Mitarbeiter_innen und auch Politiker_innen der Partei vorher in der radikalen Linken aktiv gewesen sind. Die radikale Linke kommt über ihrnm Status als Jugendbewegung kaum hinaus - Aktivist_innen über 30 ziehen sich meist ins Privatleben zurück oder machen politisch Karriere, etwa bei der EL oder den Gewerkschaften.

Was nun tun?

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus in Dänemark ist ein Debakel. Die zunächst gezeigte Distanz und Ablehnung fiel innerhalb weniger Jahre vollständig in sich zusammen. Die Parteien versuchten neue, rechtsoffene Standpunkte zu DF-Themen zu entwickeln und durch Zugeständnisse an die Rechte Wähler_innen zurück zu gewinnen. Das Ergebnis sind eine starke Rechte, linke Parteien, die ihre ursprünglichen Standpunkte aufgegeben haben und eine nach rechts gerückte Wertegesellschaft. Die außerparlamentarische Linke in Dänemark hat die Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Rechten nie richtig aufgenommen und ist inzwischen nur noch auf die Zuschauerränge verbannt. Dass dies auch



anders geht, zeigt ein Blick über den Øresund, nach Schweden, wo die rechten „Sverigedemokraterna“ (dt. „Schwedendemokraten“, SD) sowohl auf der Straße als auch inhaltlich mit der radikalen Linken konfrontiert sind. Diesem erfreulichen Umstand zum Trotz haben die SD auch dort enormen Erfolg. Bei der letzten Parlamentswahl im Jahr 2014 bekamen sie 12,9 Prozent der Stimmen. Eine feste Verankerung in der Gesellschaft wie bei der DF in Dänemark ist ihnen noch nicht gelungen, aber der politische Erfolg ist unbestreitbar.

Die Frage ist also, welcher Umgang damit zu finden ist. Aktionen gegen die RepräsentantInnen des Rechtspopulismus sind legitim und politisch notwendig. Zum einen, um die Betroffenen dieser rechten Ideologie zu unterstützen und zum anderen die Verbreitung rassistischer, menschenverachtender Propaganda zu verhindern. Die rassistische Argumentations- und Denkweise muss angegangen und delegitimiert werden, es gilt, nachvollziehbare, progressive Antworten zu formulieren. Das Beispiel Schweden zeigt aber auch, dass die Fokussierung auf den Rassismus nicht ausreicht. Viele Menschen werden auch aus sozialen Abstiegsängsten oder direkt erlebtem ökonomischen Verlust zu rechten WählerInnen. Das eigene Elend lässt sich für viele dieser WählerInnen leichter ertragen, wenn die Schuldfrage bei Migrant_innen platziert werden kann. Die soziale Komponente muss in antirassistischen und antifaschistischen Kämpfen wieder mehr Platz einnehmen. Die Leute müssen dort aufgefangen werden, wo ihre Ängste entstehen. In der sozialen Frage liegt eine große Chance. Die Widersprüche, die der rechtspopulistischen Sozialpolitik inhärent sind, müssen aufgezeigt werden. Der angeblichen „Nähe“ zur dänischen Bevölkerung und dem ausgeprägten Rassismus ist es zu verdanken, dass sich die DF als antielitär und „wahre Beschützerin“ Dänemarks zu profilieren vermochte. Eine „wahre Beschützerin“, die lange eine neoliberale ökonomische Linie vertrat. Eine ökonomische Politik, die genau die Menschen negativ betrifft, deren „Anwalt“ sie zu sein vorgab. Ab 2014 kam die Partei erstmals ins Schwanken. Die konstanten Gesetzesverschärfungen im Themenfeld Einwanderung und Integration konnten die antisoziale Politik der DF nicht mehr deckeln. Immer mehr Menschen verstanden, dass sie durch die selbsternannte „Partei des Volkes“ ökonomisch gar nicht vertreten werden und die stramme Migrationspolitik allein den eigenen Geldbeutel nicht wieder auffüllt. Der DF entging diese wachsende Skepsis nicht. Kurzerhand wurde eine 180-Grad-Wende vollzogen. Kürzungen, wie die Halbierung der Arbeitslosengeldperiode von 4 auf 2 Jahre, welche von der DF ins Spiel gebracht worden waren, wurden als Fehler deklariert und die Rücknahme gefordert. Viele Wähler_innen verziehen der Partei Fehler der vergangenen Tage und die DF kam relativ unbeschadet aus dieser Geschichte heraus. Die dänische Linke hat damit eine Möglichkeit, dem Rechtspopulismus Raum zu nehmen verpasst. Hier hätte deutlich gemacht werden können, dass die Ethnisierung des Sozialen die verkehrte Strategie ist und den sozialen Verwerfungen nicht Einhalt gebietet. Dieser Versuch blieb aus. Mittlerweile vertritt die DF eine weitaus sozialere Politik und steht ideologisch und argumentativ so gut und kompakt da, wie nie zuvor.

In Deutschland besteht diese Interventionsmöglichkeit weiterhin. Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist in der sozialen Frage tief gespalten. Insbesondere der Flügel um Björn Höcke versucht diesen sozialen Widerspruch zu kitten und vertritt zunehmend einen scharfen Sozialpopulismus, mit dem die soziale Frage zukünftig ins Zentrum des Wirkens der Partei gestellt werden soll. Flankiert werden diese Bemühungen von neurechten Akteuren. So hat die Initiative „EinProzent“ jüngst die Gründung einer „patriotischen Gewerkschaft“ angekündigt. Noch ist der Alleinvertretungsanspruch der Partei des „einfachen Volkes“ ebenso inhaltlich angreifbar wie die „Elitenkritik“. AfD, PEGIDA und Co müssen auf der Straße weiterhin blockiert werden. Darüber hinaus gilt es aber auch, ökonomische Alternativangebote zu machen, die progressiv und einfach nachvollziehbar sind. Dafür wird die Linke sich aber auch aus ihren Kiezen und Städten herauswagen und sich der Diskussion mit Menschen, die noch nicht in die Rechte abgewandert sind, stellen müssen. In Dänemark ist es dafür zu spät. Die DF hat die Schwachstelle erkannt. Sie haben festgestellt, dass offensiver Rassismus auf Dauer nicht ausreicht, um scheinbare Lösungen auf sozioökonomische Probleme zu präsentieren. Diese Lücke ist jetzt geschlossen und damit ungenutzt verstrichen. •



TITEL

In Zeiten des gesellschaftlichen Rechtsrucks stellt sich drängender denn je die Frage, wie linke Perspektiven gestärkt werden können. Wir haben Robert Maruschke und Christian Lelek gefragt, wie eine antirassistische Basisorganisierung aussehen kann und warum sie auf soziale Fragen fokussieren sollte.

Basisorganisierung statt Spezialstrategie!

ROBERT MARUSCHKE UND CHRISTIAN LELEK

Die AfD ist programmatisch eine nationalistische Oberschichtspartei. Der Zuspruch aus der gesamten Gesellschaft zu dieser rassistischen Gurkentruppe offenbart uns seit Jahren, dass linke Gruppen, Organisationen und Parteien gegenwärtig kein überzeugendes Angebot haben. In diesem Artikel gehen wir zwei zentralen Missverständnissen linker Strategiedebatten nach und unterbreiten Vorschläge, wie linke Bewegungen den Karren dennoch aus dem Dreck ziehen können.

Wir sehen dabei keinerlei Notwendigkeit, für den Osten der Republik oder für das sogenannte „AfD-Klientel" ein besonderes Angebot oder eine Spezialstrategie zu entwerfen. Diese Annahme entspringt dem Transformativen Organizing[1], welches politische Niederlagen nicht an Wähler_innen, sondern am eigenen Handeln festmacht und versucht, dieses zu korrigieren. Unser Vorschlag richtet sich also nicht am scheinbaren Klientel rechter Parteien aus, sondern rückt aufgrund strategischer Überlegungen ausgebeutete und diskriminierte Menschen in den Fokus linker Basisorganisierung. Dies — und nur dies — kann unserer Meinung nach zu linker Hegemonie und zu zählbaren Erfolgen führen.

Die zentralen Missverständnisse linker Strategiedebatten werden bei einem Blick in die Beilage zur Zeitschrift Analyse & Kritik aus dem Winter 2016/2017 deutlich. Zehn Texte thematisieren dort den zukünftigen Umgang mit der AfD, doch keiner behandelt im Detail Fragen der Organisierung. Es scheint absurd: Die Rechte hechelt von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und die Linke beschäftigt sich mit akademischen Analysen oder fragt nach optimalen Bündnissen. Es kann aber nicht darum gehen, die letzten Reste einer marginalisierten Linken besser zu vernetzen, sondern die Basis zu vergrößern.

Soziale Frage ohne Antwort

Die große Traurigkeit linker Praxis wird in den Neubauvierteln des Berliner Ostens,

als Beispiel für die gesamte ehemalige DDR, unmittelbar erfahrbar. Seit der Wende wird über den Leuten diskursive Geringschätzung ausgekippt. Was, du kommst aus Hellersdorf? Peripherie, Randgebiet, Neubau-Ghetto, Platte, Brennpunkt. Es werden Leistungen gekürzt, Jobs vernichtet und Mieten erhöht, was das Zeug hält. Die Leute wissen seit der Wiedervereinigung, wie sich flächendeckender sozialer Abstieg anfühlt. 28 Jahre hätte es für die gesellschaftliche Linke viele Gelegenheiten gegeben, die soziale Frage praktisch aufzurollen und damit das politische Kräfteverhältnis zu beeinflussen.

Aus dieser Perspektive überrascht es wenig, dass die soziale Frage in der medialen Öffentlichkeit zwar angekommen ist, linke Bewegungen in diesen Debatten aber kaum vorkommen. Obwohl ihnen nichts besseres passieren kann, als dass relevante Teile der Bevölkerung mit dem Regierungshandeln unzufrieden sind, können sie kaum Beispiele einer organisierenden Praxis vorweisen. Es fehlt ein praktisches Gegenangebot auf der Grundlage von Gleichheit, das logischerweise auch Flüchtlinge mit einbezieht. Das linke Handlungsrepertoire hingegen repräsentiert eine hilflose Strategie, die oft nur noch an die Moral appellieren kann.

Viel zu oft überspringen linke Gruppen die Phase der Organisierung und mobilisieren stattdessen unter großer Kraftanstrengung die üblichen Verdächtigen zu Protesten gegen rechte Veranstaltungen. So wichtig solche Kampagnen und Aktionen mitunter sind, sie liefern keine überzeugende Antwort auf die Frage, wie wir bitte auf diesem Weg zu gesellschaftlicher Hegemonie kommen sollen? Wenn der nächste rechte Anlass regelmäßig wichtiger ist als die eigene dauerhafte Präsenz in einkommensarmen Nachbarschaften, stehen linke Gruppen im besten Fall noch für Konfetti und Symbolpolitik.

Vom Konfetti zur Hegemonie

Kommt die beschriebene Dramatik in linken Strategiedebatten an? Beim Blick in die oben genannte Beilage der Zeitschrift müssen wir feststellen: Nein. Wir sehen zwei Missverständnisse als Ursache für die Flucht in vertraute Gefilde. Es besteht eine handfeste Verwirrung um das Verhältnis von Organisierung und Mobilisierung auf der einen, sowie um den Unterschied zwischen Selbst- und Basisorganisierung auf der anderen Seite.

Denn wie der Begriff der Selbstorganisation schon sagt, man bleibt unter sich. Ziel von Basisorganisierung ist es stattdessen, stetig mehr Menschen abseits linker Nischen in soziale und politische Prozesse einzubinden, in denen der neoliberalen Demütigung etwas handfestes entgegengesetzt wird. Morgens um 8 Uhr zum Jobcenter zu gehen und dort gemeinsam den Kopf über Wasser zu halten, vermittelt mehr Inhalt als jeder Demoaufruf. Gemeinsam eine öffentliche Diskussion zu unserer Alltagserfahrung mit Armut zu organisieren, oder einen Filmabend, hinterlässt Spuren. Und: Gute Basisarbeit spricht sich rum und kann Berge versetzen. Es geht darum, sich zu überlegen, wie ur-linke Überzeugungen sozialer Gleichheit, gegenseitiger Hilfe und der Ablehnung von Armut und Ausbeutung wieder stärker in den Nachbarschaften formuliert werden können, wo diese Überzeugungen am dringendsten gebraucht werden. Und wo sie am meisten weiterhelfen. Ziel ist es also, die soziale Frage in den Mittelpunkt von Organisierung zu rücken und einen Plan zu entwerfen, wie diese gelingen kann.

Basisarbeit erfordert zwingendermaßen einige strategische Schritte. Der erste beginnt mit der Frage, wie und wo Leute angesprochen werden können. Im ersten Gespräch ist es unerlässlich, nach der Telefonnummer der Menschen zu fragen und sie später persönlich einzuladen. Ohne diesen Schritt gelingt Basisorganisierung nicht. Eine abstrakte Basis in Flyertexten reicht nicht, sie muss konkret und ansprechbar sein. Anschließend braucht es Treffen, auf denen sich alle einbringen können, es verbindliche Ansprechpartner_innen gibt, von aktivistischer Arroganz nichts zu sehen ist, auf denen für alle nachvollziehbare Entscheidungen getroffen und nächste Schritte vereinbart werden.

Der transformative Gehalt der Ehrlichkeit

Zwei Prinzipien leiten dieses Unterfangen: Mehr werden und ernst nehmen. Für eine kuschelige Initiative aus sieben Leuten muss keine Basisorganisierung angeleiert werden. Ziel ist es, hunderte Menschen zu kennen und ihnen zu ermöglichen, Teil politischer und sozialer Prozesse zu sein. Dabei ist es wieder unerlässlich, die Menschen mit all ihren Eigenheiten ernst zu nehmen und sie nicht als Bündel von Defiziten zu betrachten. Jede neue Person bringt etwas mit, was die Gruppe dringend benötigt.

Alle uns bekannten Praxisbeispiele verweisen aber auch darauf, dass Basisorganisierung kräftezehrend ist und uns mit harten Widersprüchen konfrontiert. Einer dieser Widersprüche ist der zwischen Offenheit und Klarheit. Wie kann mit linken Inhalten auf Menschen zugegangen werden, ohne die Offenheit als Gruppe zu verlieren? Wie kann aktivistische Erfahrung genutzt werden, ohne die Tür für Ideen neuer Mitstreiter_innen zuzumachen? Wie kann eine Organisierung in die Tiefe aussehen, die uns alle praktisch besser, theoretisch geschulter und insgesamt versierter werden lässt, ohne für die Organisierung in die Breite die Barrieren zu erhöhen?

Diese Fragen sollten als Warnung vor reflexartigen Antworten verstanden werden, die am Ende nur zurück in die Nische führen. Versteckt euch und eure Ansichten nicht, aber formuliert sie konkret und ohne akademische Detailverbissenheit! Geht auf die Leute ein und hört ihnen mehr zu, als ihr selbst redet! Schmeißt Nazis raus, aber nehmt Zukunftsängste wahr! Denn am Ende motiviert nichts mehr als das ehrliche Angebot, gemeinsam gegen Armut und für soziale Gleichheit zu kämpfen und dabei die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern. Dass unter solchen Bedingungen Zukunftsängste kaum noch eine Rolle spielen, könnten die Menschen im Osten Berlins, auf Rügen oder in Erfurt bestätigen — wenn linke Gruppen sie fragen würden. Rassismus hätte damit keine Grundlage. •

Wir danken drei weiteren Genoss_innen für ihre maßgebliche Mitarbeit am Text!

1 Transformatives Organizing ist ein Sammelbegriff für linke Ansätze der Basisorganisierung in Nord- und Südamerika. Es zeichnet sich durch ausdrücklich politische Forderungen und Analysen, durch politisierende Basisarbeit, durch konfrontative Kampagnen und durch eine — nach innen und außen — grenzenlose Solidarität aus (Vgl. Maruschke 2014). **2** http://basta.blogsport.eu/809-2/hegemonie

NS-SZENE

Bewaffnete Brandstifter aus Hohenlohe

PROZESSGRUPPE HEILBRONN

■ In der Nacht auf den 20. Januar 2017 brannten in der Bahnhofstraße in Neuenstein im Hohenlohekreis (Baden-Württemberg) zwei Häuser. Die Rohbauten, zu denen die Feuerwehr um 2.35 Uhr eilte, gehörten zu einem Komplex von sechs Häusern, die als Unterkünfte für Geflüchtete gebaut worden waren. Gezielt wurde an den Sockeln beider Gebäude die Außenfassade in Brand gesetzt. Nach nur einem Tag kam die Polizei den Tätern auf die Schliche. Beamte nahmen den 33-jährigen Werkzeugmechaniker Wolfgang Kullik aus Neuenstein fest, der sein Handy am Tatort verloren hatte. Bei der Durchsuchung seines Hauses stießen die Ermittler auf zahlreiche Neonazidevotionalien: Neben einem Hitler-Portrait, einem Horst Wessel-T-Shirt und einem Gürtel mit Hakenkreuzschnalle hortete Kullik indizierte Musikalben von Bands wie „Gigi und die braunen Stadtmusikanten" und „Landser". Die Polizisten beschlagnahmten außerdem zwei umgebaute Skorpion-Maschinenpistolen des Typs 61 Browning und zwei Kisten mit diversen Schusswaffen, mehr als 1.500 Schuss Munition, einen Schalldämpfer und eine Vorrichtung zur Laser-Zielbeleuchtung.

Bereits in seiner ersten Vernehmung gestand Kullik den Brandanschlag und nannte seinen Mittäter, den ebenfalls in Neuenstein wohnenden 24-jährigen Steve Marcel Denner. Bei ihm fanden die Ermittler einen Vorderlader mit Schwarzpulver und Munition. Nach einem viertägigen Prozess vor dem Heilbronner Landgericht wurden die beiden am 9. November 2017 deshalb nicht nur wegen Brandstiftung, sondern auch wegen Verstoßes gegen das Waffen- bzw. Kriegswaffengesetz zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Wolfgang Kullik muss für vier Jahre und zehn Monate und Steve Denner für vier Jahre und sieben Monate ins Gefängnis.

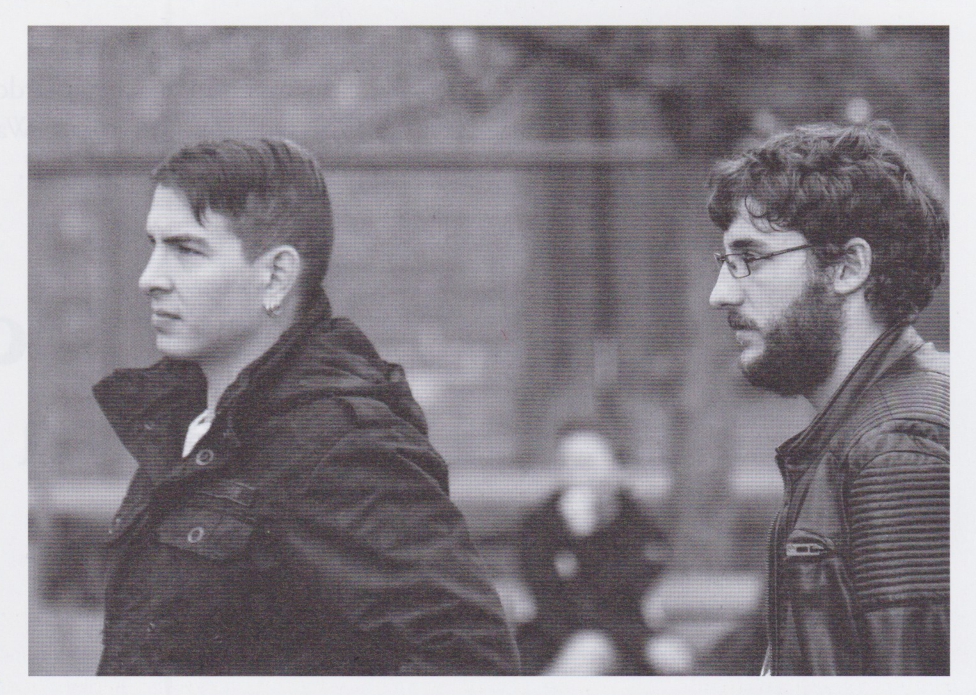
Gemeinsam aktiv bei „Hohenlohe wacht auf"

Wie im Verlauf des Prozesses deutlich wurde, gehörten die beiden Brandstifter zu einem rechten Freundeskreis, der sich um die im Herbst 2015 gegründete rassistische Initiative „Hohenlohe wacht auf" gruppiert hatte. Nach einer ersten, nicht angemeldeten Protestaktion gegen die Aufnahme Geflüchteter am 10. Oktober 2015 hatte „Hohenlohe wacht auf" einen regelrechten Kundgebungsmarathon in Öhringen begonnen, um gegen „Invasoren" und den „Austausch des deutschen Volkes" zu demonstrieren. Zeitweise nahmen an den meist zweiwöchentlich statt findenden Aktionen bis zu 300 Menschen teil, darunter „besorgte" Hohenloher Bürger, NPD/JN-Aktivisten, russlandtreue Verschwörungstheoretiker, nationalistische Rocker und Mitglieder des „Bundes für Gotterkenntnis" der „Ludendorffer". Mit Auftritten bundesweit bekannter Redner schaffte es „Hohenlohe wacht auf" in dieser Phase, zum Anziehungspunkt für die extreme Rechte im nördlichen Württemberg zu werden und die „PEGIDA"-Welle in die Provinz zu tragen. Neben dem Heilbronner Islamhasser Karl Michael Merkle alias „Michael Mannheimer" griffen in Öhringen der Pegida-Aktivist Curd Schumacher und die damals noch in Bayern wohnende Ester Seitz zum Mikrofon. Von Beginn an dabei: Wolfgang Kullik, der zunächst als Ordner und später als Kassenwart der Gruppe fungierte, die sich in einem „Orga-Team" strukturierte.

Auch sein späterer Mittäter Steve Denner war an den Kundgebungen von „Hohenlohe wacht auf" beteiligt. Er half beim Aufbauen der Bühne, wurde Teil des „Orga-Teams" und sprang zeitweise als Anmelder ein. Steve Denner erklärte im Prozess, er habe zu Kullik aufgeschaut. Der sei ihm wie ein „Abbild eines deutschen Mannes" erschienen: „drei Kinder, stark, stolz." Kullik versuchte vor dem Landgericht, seine Verbundenheit mit der Neonaziszene zu verschleiern. Er sei kein „Ausländerhasser" oder für die Abschaffung des Asylrechts, sondern habe aufgrund der „unkontrollierten Masseneinwanderung" Angst um seine Familie gehabt. Es sei ihm um Protest gegen die Asylpolitik der Regierung gegangen, erklärte Kullik. Allerdings tauchte Kullik schon in den 2000er Jahren als rechter Skinhead mit Bomberjacke und Springerstiefeln auf Neonazi-Demonstrationen im Südwesten auf. So marschierte er z.B. am 9. April 2005 bei einem von „Freien Kameradschaften" und der NPD organisierten Aufmarsch unter dem Motto „Schluß mit der Ausplünderung des Deutschen Volkes! Wir sind nicht das Sozialamt der Welt" in Schwäbisch Hall mit.

„Nationalsozialisten kiffen nicht"

Nachdem die Kundgebungen von „Hohenlohe wacht auf" deutlich an Resonanz verloren und die TeilnehmerInnenzahl zu wünschen übrig ließ, kam es innerhalb der



Wolfgang Kullik (links) und Steve Marcel Denner (rechts) bei einer Kundgebung von „Hohenlohe wacht auf" in Öhringen am 7. November 2015.

Gruppe zu Unstimmigkeiten. Einzelne hätten das Zepter an sich reißen wollen, sagte Steve Denner im Prozess aus. Als Folge verließen fünf Personen den Zusammenschluss, darunter die beiden späteren Brandstifter. Anstatt sich an den samstäglichen Kundgebungen gegen die „Überfremdung" zu beteiligen, zu denen nur noch 15 oder 20 Teilnehmer kamen, entwickelte die Hohenloher Clique eigene Rituale. Im Keller von Steve Denner fanden regelmäßig Parties mit rechtem Habitus und reichlich Alkoholkonsum statt. Bilder dokumentieren, wie dort mit Waffen posiert und der Hitlergruß gezeigt wird. Die Neonazis begannen außerdem, eigene Aktionen zu planen und sich in WhatsApp-Gruppen wie „Block hat Bock" auszutauschen. Am 9. Oktober 2016 hängten sie ein „Lügenpresse"-Banner an das Gebäude der Lokalzeitung und beklebten das Öhringer Ortsschild mit den Parolen „Bitte flüchten Sie weiter! Hier gibt es nichts zu wohnen! Refugees not welcome!".

Der Hohenloher Freundeskreis fuhr auch gemeinsam auf Rechtsrock-Konzerte. Denner und Kullik nahmen gemeinsam mit weiteren Personen aus der Region an dem konspirativ organisierten Neonazikonzert im Schweizer Städtchen Unterwasser am 15. Oktober 2016 teil, bei dem 5.000 Neonazis ungestört feiern konnten. Auch beim „Rock gegen Überfremdung" in Thüringen und einem Konzert in Nordrhein Westfalen waren die Hohenloher Aktivisten mit von der Partie. Die neonazistische Gedankenwelt des Freundeskreises schlug sich außerdem im Alltag nieder. So schrieb Steve Denner seiner Kameradin Melanie M., die ebenfalls das Orga-Team von „Hohenlohe wacht auf" verlassen hatte, eine Geburtstagskarte mit dem Text „Heil Hitler, Melanie! Alles Gute!". M. hatte wie Kullik und Denner zunächst die Kundgebungen in Öhringen mitorganisiert und war AntifaschistInnen aufgefallen, als sie eine junge Gegendemonstrantin bis vor die Haustüre verfolgte und bedrohte. Als es im Prozess um interne Chatverläufe ging, in denen sich Denner mit Melanie M. zum Kiffen verabreden wollte, erklärte der Angeklagte dem Richter, er habe inzwischen damit aufgehört. Kullik habe ihm nahegelegt: „Echte Nationalsozialisten kiffen nicht."

Waffen für den Ernstfall

Die Hohenloher Neonazi-Clique rüstete außerdem auf. Gemeinsam mit seinen Bekannten Maximilian M. und Jan Eduard K. kaufte Wolfgang Kullik im Herbst 2015 auf der Hausmesse von Transarms in Worms zwei Dekorationsmaschinenpistolen des Typs Skorpion. In der Garage von Jan Eduard K. bauten sie die Maschinenpistolen zu scharfen Waffen um — unter einem Wandschild mit der Aufschrift „Kauft nicht beim Juden". Danach testeten sie die beiden Schusswaffen und selbst gebaute Schalldämpfer in der Garage und auf einem Feld. „Ich war schon immer technikinteressiert", rechtfertigte der Sportschütze Jan Eduard K. bei einem gesonderten Prozess im August dieses Jahres den Waffenumbau. Schon mit 14 Jahren habe er seine erste Pistole gebaut. Jan Eduard K., der auch an Kundgebungen von „Hohenlohe wacht auf" teilnahm, wurde in dem gesonderten Verfahren wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt. Auf die Schliche war die Polizei ihm erst im Rahmen der Ermittlungen wegen der Neuensteiner Brandstiftung gekommen. Weil der Boden zu stark gefroren war, um die Waffen zu verbuddeln, hatte Kullik die umgebauten Maschinenpistolen am 7. Januar 2017 zusammen mit weiteren Revolvern und Gewehren in einer Kiste in seinem Keller versteckt. In einem Kästchen bewahrte er den Schlüssel für die Waffenkiste auf. „Für den Ernstfall", wie Kullik bei einer Polizeivernehmung sagte. Was genau er damit meinte, konnte er allerdings nicht erklären. Der Waffenbastler Jan Eduard K. äußerte sich präziser: Für ihn sei der „Ernstfall" ein „Bürgerkrieg" oder „der Einmarsch von Erdogan in Deutschland".

Genau solche Schreckensszenarien benutzt „Hohenlohe wacht auf" bis heute, um in Öhringen gegen Geflüchtete zu hetzen. Auch wenn die Justiz jetzt durch Zufall eine kleine Zelle von Waffenbauern und Brandstiftern ausheben konnte, tummeln sich in der Region weiterhin Neonazis und Rassisten. Ein weiterer Brandanschlag auf eine Hohenloher Geflüchtetenunterkunft ist bis heute ungeklärt. Am 17. November 2016 war im von Neuenstein keine zehn Kilometer entfernten Pfedelbach eine geplante Unterkunft in Flammen aufgegangen. Anfang Dezember erklärte das LKA die Auflösung der Ermittlungsgruppe. Auch eine Belohnung in Höhe von 15.000 Euro hatten die Ermittlungen nicht weitergebracht. •

NS-SZENE

Ein Einblick in ein neonazistisches Wirtschaftsimperium aus NS-Hardcore (NSHC) und Kampfsport. Von „Leveler Records", „Terrorsphära" und „Überzeugungstäter" über „Wardon 21" und „Greifvogel Wear" bis hin zum „Kampf der Nibelungen".

Das NS-Hardcore Imperium

EXIF-RECHERCHE.ORG

Ein Nebelhorn ertönt: „Leveler Records" wird eingeblendet, noch mal ein Nebelhorn, „H.-Photography" erscheint, beim 3. Nebelhorn das Logo von „AD Versus Media". Zuletzt dann mit „Terrorsphära — Kampfansage" Interpret und Liedtitel, bevor die vermummten Musiker loslegen. Über siebenhundertausend Aufrufe hat das professionell aufgemachte Musik-Video bei Youtube bisher erreicht, welches zu Promotionzwecken zur Gründung des Labels „Leveler Records" produziert wurde.

Das inzwischen schon über zwei Jahre alte Video zeigt deutlich, wie sich die NS-HC Szene weiterentwickelt, sich von der alten Rechtsrock-Ästethik verabschiedet und ihr Marketing professionalisiert hat. Rechtsrock als Rekrutierungsfeld, Vernetzungsort und Finanzquelle für die extreme Rechte erlebt durch diese Entwicklung gerade im Bereich des NSHC eine Verjüngungskur. Zusätzlich entstehen Überschneidungen und Verbindungen in die organisierte, neonazistische Kampfsportszene. Einende Elemente dieser beiden Strömungen sind ihr moderner, elitärer und militanter Anspruch innerhalb der neonazistischen Bewegung.

Beispielhaft soll das im Folgenden anhand des Netzwerks um das Label „Leveler Records" gezeigt werden.

Frank Haack und Marie Dorant auf dem RechtsRock-Event „Rock für Identität" im Juli 2017 in Themar (Thüringen).

Foto: Recherche Nord

Hatecore und NS-Straight Edge

Hardcore (HC) entstand als Subgenre von Punk in den 1980er Jahren. HC war schneller, härter und oft politischer als die sich langsam kommerzialisierende Punkbewegung. Früh verloren sich viele Bands und Konzertbesucher aus der HC-Szene in Auslebung ihrer Gewaltphantasien und Vorstellungen von Männlichkeit, was wiederum anziehend auf junge Rechte wirkte. Die Abgrenzung von der Popkultur wurde als Elitarismus missverstanden und bewusst umgedeutet. Die ersten offen rassistischen und neonazistischen Hardcore-Bands entstanden. In Abgrenzung zu den alten, eher progressiv eingestellten und multiethnisch besetzten Bands formierten sich Anfang der 90er die ersten Gruppen aus dem Umfeld der White-Power-Bewegung unter den Label „Hatecore/H8Core" und später, vor allem in Deutschland, „National Socialist Hardcore". Ein früher Vertreter dieser Richtung ist zum Beispiel die Band „Blue Eyed Devils" (USA), die bis heute Kultstatus in der NSHC-Szene genießt. Der „Hammerskin" Drew Logan spielte mit seiner Band „Blue Eyed Devils" Ende der 1990er Jahre regelmäßig auf Konzerten von „Blood & Honour" (B&H), wie etwa 1999 in Sachsen-Anhalt vor über 2.000 Neonazis. Im gleichen Jahr reiste Michael „Wüste" Lorenz gemeinsam mit anderen Personen aus dem Chemnitzer B&H-Milieu in die USA, um dem „Hammerfest"[1] bei zu wohnen, auf dem vorrangig NSHC-Bands spielten. Lorenz gründete Ende 1999 die Band „Might of Rage". Nur ein paar Jahre später folgten die Projekte „Path of Resistance", „Moshpit" und „Brainwash", die bekanntesten Bands der deutschen NSHC-Szene. Bei den letzten beiden wirkt Michael Lorenz bis heute mit.

Neonazistische Jugendbewegung lebt seit jeher von Adaption und Umformung identitätsstiftender Merkmale und Codes anderer, gerade auch linker Bewegungen. Die ursprünglich individualistische Idee des „Straight Edge", d.h. ein drogen- und rauschfreier Lebensstil, wurde in der neonazistischen Interpretation zur Lebensweise zum Ausleben des Körperkults und zum Erhalt des „gesunden Volkskörpers". Diese Entwicklung sollte später eine der Brücken zwischen NSHC und Kampfsport werden und die finanzielle Grundlage für das Netzwerk darstellen, welches hier vorgestellt wird. (Vgl. AIB 116 „Neonazi-Vernetzung in der Kampfsport-Szene")



Sebastian Raack auf dem RechtsRock-Event „Rock gegen Überfremdung" im Juli 2017 in Themar (Thüringen).

Die Köpfe hinter Leveler Records

Im März 2014 registrierte Frank Haack mit „Leveler Clothing" eine unscheinbare Bekleidungsmarke. Wenige Monate später übertrug er die Rechte auf Stefan „Herr Sargnagel" Geiger aus Weimar. Geiger ist Mitglied der NSHC-Band „Terrorsphära" und spielt bei den NS-Black Metal-Bands „Feuernacht" und „Blutaar". Im Februar 2015 gründeten Haack und Geiger das „non conformist Hardcore"-Label „Leveler Records".

Später wurden diese beiden Stränge zu „GWT Produktionen/Leveler Records" vereint. „GWT" steht für „Glaube Wille Tat". Eine Domain-Abfrage von „Leveler Clothing" brachte 2015 zudem die Kontaktdaten von David Steingrüber hervor, Musiker der Magdeburger Rechtsrock-Band „Agharta". Mit „AD Versus Media" produziert Steingrüber Videos u.a. für die Hausbands von „Leveler Records".

Auf Anonymität bedacht agiert Frank Haack, der Kopf und Motor des Labels, im Hintergrund. Aktuell wohnhaft in Mecklenburg-Vorpommern, fiel er bereits 2005 als User „Kampfhandlung" im „Hatecore Forum" auf. Schon damals bestens vernetzt stand er z.B. mit dem Bremer „Hammerskin" Sebastian Allwardt in Kontakt, Musiker der Band „Hetzjagd". Haack ist musikalisch vielseitig interessiert und wirkt unter dem Pseudonym „Leopold" an diversen extrem rechten Bands mit: als Schlagzeuger bei „Terrorsphära" und „Endless Struggle", als Sänger bei „Überzeugungstäter", „Übermensch", „Phönix" und „Leopold & das Paddelbootorchester". Aushilfsweise sitzt er darüber hinaus bei den Bands „H8 Machine", „Thrima" und „Blutlinie" am Schlagzeug und setzte mit seinem Solo-Projekt „Anthrazit" einen bedeutenden Akzent innerhalb der Weiterentwicklung rechter Musik.

Er betreibt zudem seit Jahren das „Nebelhorn Tonstudio" mit Sitz in Greifswald. Unter dem Pseudonym „Frank Kerschbaumer" mixt er auch für unpolitische Bands Aufnahmen ab und nutzte dafür das Label „Noise Music".

Durch seine Aktivität in den Bands und in der Produktion von Rechtsrock gelang es Haack, ein weitreichendes Netzwerk zu vielen relevanten Persönlichkeiten innerhalb des rechten Musikgeschäfts auszubauen. Etwa zu Malte Redeker, Europa-Chef der „Hammerskins", der mit „Gjallarhorn Klangschmiede/GKS" eines der wichtigsten Labels in Europa betrieb. Der Bezug Haacks zu den „Hammerkins" ist auch



(1) Jörg H., (2) Manuel Eder und (3) Philipp Liebetrau auf dem „Rudolf Heß Gedenkmarsch“ in Falkensee 2017.

durch sein Mitwirken bei „H8 Machine“ erkennbar. Die Band gilt als Aushängeschild der elitären Bruderschaft.

Ein Konzert im April 2016 im thüringischen Kirchheim verweist ebenfalls auf eine Anbindung Haacks zu den „Hammerskins“. Denn das NSHC-Konzert „Terror in the Pit“ wurde nicht nur von „Leveler Records“ organisiert, sondern führt über eine Kontakt-Email zum „Hammerskin“ Andreas S. Dieser organisiert mit dem fränkischen Ableger der Bruderschaft regelmäßig Konzerte in Kirchheim. Ein T-Shirt, welches für das Konzert entworfen wurde, zeigt neben den Namen der mitwirkenden Bands auch den Schriftzug „Support the Nation“, eine eindeutige Bezugnahme auf die „Hammerskin Nation“.

Einen erheblichen Teil innerhalb des Imperiums um „Leveler Records“ steuert Marie Dorant, die Partnerin Frank Haacks, mit ihrer Arbeit bei. Sie steckt hinter „H.-Photography“ und ist für die Ästhetik und Aufmachung der Produkte zuständig. Sie gestaltet Booklets, ist bei einer Vielzahl an Neonazi-Konzerten als Fotografin unterwegs und porträtiert Bands.

Im Juni 2014 war sie bei einem Rechtsrock-Konzert in Nienhagen noch sehr darauf bedacht, als Fotografin unerkannt zu bleiben. Beim „Rock für Identität“ im Juli 2017 in Themar gelang ihr das eher weniger, denn dort betreute sie gemeinsam mit Haack den Verkaufsstand von „Leveler Records“. Ihre Scheu erkannt zu werden kann u.a. damit begründet werden, dass sie neben „H.-Photography“ auch unter dem Namen „Helvature Photography“ als Fotografin arbeitet. Mit diesem Format versucht sie vorrangig Kund_innen außerhalb der rechten Szene zu akquirieren.

Mit dem musikalischen Know-How von Haack und den gestalterischen Fähigkeiten von Dorant und Steingrüber gelang es „Leveler Records“, ansprechende, ästhetische Produkte zu vermarkten und sich in kurzer Zeit einen Namen als Qualitätslabel zu machen.

Die Musik zum Kampf

Mit ihrem Song „Kampfansage“ lieferte „Terrorsphära“ im wahrsten Sinne des Wortes den Soundtrack zum Kampf. Im Zuge der Etablierung von Kampf- und Kraftsport in der Neonazi-Szene, besetzte die Band schon früh die Nische als Begleitmusik dieser Szene. So spielte die Band im Juni 2016 in Frankreich im Rahmenprogramm des Neonazi-Kampfsportevents „Day of Glory“. Auch traten „Thrima“ und „H8 Machine“ auf, wo bekanntlich Frank Haack als Live-Mitglied mitwirkt. Dass „Leveler Records“ vor Ort einen Verkaufsstand betrieb, ist demzufolge weniger verwunderlich.

„Terrorsphära“ formulierte ihre Funktion als Band im Sommer 2017 in den sozialen Netzwerken wie folgt: „Und während Ihr am Eisen oder am Sandsack alles gebt, geben wir im Studio alles und liefern Euch die passende Motivationsmusik.“ Dass es nicht nur um Sport geht, belegen sie in einem späteren Beitrag, wo sie ein Foto eines mit einer Waffe posierenden Mannes mit dem Hashtag „GeladenUndEntsichert“ kommentieren: „Terrorsphära zu hören, heißt, sich im Geist UND an der Waffe vorzubereiten!“

Die Verbindungen zwischen der Band „Terrorsphära“ zur neonazistischen Kampfsportszene lassen sich auch über den Gitarristen Manuel Eder ziehen. Denn Eder trainiert seit Jahren gemeinsam mit seinem Bandkollegen Stefan Geiger bei „Taekwondo Lienz“ in Österreich. Auf den öffentlich einsehbaren Fotos der Kampfsportschule ist auch Harald Klaunzer erkennbar, Sänger bei „Terrorsphära“.

Geiger und Eder sind darüber hinaus auf Bildern des „Kampf der Nibelungen“ 2016 zu sehen, wo sie offensichtlich eine kleine Teakwon Do Show im Ring präsentierten.

Eder, ehemals Anhänger der HNG[2] und der „Kameradschaft Osttirol“, stand aufgrund von zahlreichen Straftaten, wie dem Zeigen des Hitlergrußes, Gewalt gegen Geflüchtete und der Herstellung von Rohrbomben mehrfach vor Gericht und verbrachte bis 2008 mehr als zwei Jahre in Haft. Sein politischer Mitstreiter Harald Klaunzer kann ebenfalls auf Verurteilungen wegen „Wiederbetätigung des Nationalsozialismus“ blicken. Er betätigte sich u.a. bei der Kameradschaft „Odal Front Tirol“ und ist beruflich u.a. als Höhenretter in der Region Matrei tätig.

Neben der Betätigung im Kampfsport ist Manuel Eder Gitarrist bei „Überzeugungstäter“ um Sänger Frank Haack und Schlagzeuger Ron Robert Penz, sowie Studio-Bassist der russischen NSHC-Band „You Must Murder“ um Nikita „Cain“. Unter dem Pseudonym „xFreiwilligerx“ wird Eder auch als Mitglied von „Daily Broken Dream“

aus Sachsen-Anhalt und „Fear Rains Down" benannt.

Eder ist zudem im Promo-Team von Sebastian Raacks rechter Kampfsportmarke „Greifvogel Wear" tätig. Raack ist auch Betreiber des führenden Rechtsrocklabels „OPOS-Records". Darüber hinaus arbeitet Eder zeitweise als Tätowierer bei „Schwarzblut Tätowierungen" in Dresden, dem ehemaligen „Never Straight"-Tattoostudio von Sebastian Raack und Michael Lorenz. Eders Band „Feuernacht" wird zudem als „Greifvogel Division" beworben, während „Terrorsphära" mit dem Song „Greifvogel flieg" der Marke eine eigene Hymne erschuf.

Russische Vorbilder

Relevant sind auch die Parallelen zur russischen Kampfsport-Promotion und Lifestyle-Marke „White Rex" um Denis Nikitin. Denn während „Terrorsphära" als Hausband von „Greifvogel Wear" wirkt, ist die russische NSHC-Band „You Must Murder" eng an „White Rex" gebunden. Eder kann durch sein Mitwirken bei beiden Bands als Schlüsselfigur gelten. Mindestens seit März 2016 steht Eder als Teil der „Greifvogel Eskadron" in Kontakt mit „White Rex".

Aus Russland kommt auch das Trainingsprogramm „PPDM — Father Frost Mode", welches Eder und weitere in Deutschland seit Sommer 2017 unter dem Namen „Wardon 21" versuchen zu imitieren. So reiste er gemeinsam mit dem langjährig bekannten Thüringer Neonazi Musiker Philipp Liebetrau, Jörg H., Michael O. und Lukas O. nach Russland, um sich von „PPDM" um Maksim Savelyev ausbilden zu lassen.

Mit viel Pathos stellt sich die elitäre Gruppe „Wardon 21" als „Vereinigung erwachter Deutscher" dar, mit dem Ziel ‚„wahrer Volksgesundheit zuzustreben". Mit Zitaten wie „Du hast die Pflicht, gesund zu sein" begibt sie sich ideologisch in die direkte Nachfolge der Hitler-Jugend. Wenig überraschend ist daher die Teilnahme der Gruppe am geschichtsrevisionistischen „Rudolf Heß Gedenkmarsch" 2017 in Berlin-Spandau/Falkensee. Alexander Deptolla, einer der Köpfe hinter der rechten Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen" lief in einer Reihe mit den bekannten Personen von „Wardon 21". Fast zwei Monate später war „Wardon 21" auch beim „Kampf der Nibelungen" in Kirchhundem mit einem Stand vertreten, um für ihre Idee eines „gesundes Geistes in einem gesunden Körper" zu werben.

Konkurrenzlose Nische

Dass die Marktnische, in der sich die Geschäftsmänner Haack und Raack bewegen, groß genug ist um keine direkte Konkurrenz auszulösen, wird auf verschiedene Weise deutlich. Während die Musiker von „Terrorsphära" früher noch bei „OPOS Records" ihre Musik veröffentlichten, produzieren sie jetzt unter dem Label von „Leveler Records". Musik und Merchandise werden weiterhin von beiden Versänden angeboten. Auch im Promo-Video „Iron Will" von „Greifvogel Wear", welches konzeptionell stark an die Ästhetik von „White Rex" erinnert, werden die Worte „Glaube, Wille, Tat" eingeblendet. Die wortgleiche rhetorische Figur, die auch „Leveler Records" als Werbeslogan nutzt, deutet auf mehr als eine bloße freundschaftliche Bezugnahme beider Unternehmen hin. Die positive Bezugnahme aufeinander und die jeweiligen Querverbindungen schaffen intensive Synergieeffekte, welche offenbar eingesetzt werden um für Label und Projekte maximale Breitenwirkung und wirtschaftliche Erfolge zu erwirken.

Mit etwa 600 Besuchern war der „Kampf der Nibelungen" 2017 die bis dato größte explizit neonazistische Kampfsportveranstaltung in Deutschland, wobei das Personenpotential dieser Szene in Europa sicherlich noch lange nicht ausgeschöpft ist. Dies ist der Professionalisierung der gesamten rechten Kampfsportszene, aber auch Protagonisten wie Haack und Raack zu verdanken, die es schaffen, mit der Musik, der Bekleidung und den Strukturen eine ansprechende, moderne und vor allem wachsende Subkultur mit eigenen Codes, Symbolen und Inhalten zu begründen.

Endkampf

Dem rechten Narrativ vom „Untergang des Abendlandes" folgend, wähnen sich kampfsportbegeisterte Neonazis in einer Art endzeitlichen Kampf gegen einen angeblich drohenden „Volkstod", gegen alles Fremde und die Moderne. Ein „Wehrsport 2.0" sozusagen, der die Theorie des „Heiligen Rassenkrieges"[3] neu belebt. Besonders für junge Männer wirken offene Gewaltbereitschaft und die elitäre Selbstbeschreibung als anziehend. Hardcore, Kampfsport und Neonazismus: sie alle eint das zentrale Element „Männlichkeit".

Die ständige Wiederholung rechter Kampfbegriffe im gesellschaftlichen Diskurs und die Verharmlosung von Rassismus als „begründete Angst" hat dazu geführt, dass sich Neonazis in einer Verteidigungshaltung von „Kultur und Volk" und besonders Frauen bestärkt sehen. Der Drang die eigene Kampfbereitschaft zu stärken intensiviert sich, der „Volkskörper" muss „gesund" gehalten und trainiert werden. Sie wollen sich selbst ermächtigen, ideologisch schulen und so Vorbild sein für folgende Generationen junger Rechter. Durch diese Selbstermächtigung und Zugehörigkeit zu einer in der Eigenwahrnehmung schlagkräftigen Gruppe wollen sie sich aus der eingenommenen Opferrolle befreien.

Die Band „Terrorsphära" bringt selbst auf den Punkt: „Terrorsphära ist nicht Teil eines sogenannten ‚Nationalen Widerstandes'. Widerstand ist immer nur eine Form der Reaktion auf bestimmte Ereignisse und Einwirkungen, also im kämpferischen Sinne eine ‚Selbstverteidigung'.

Wir verteidigen uns jedoch nicht. WIR sind es, die andere zur Reaktion und zur Verteidigung zwingen. Wir sind Angreifer und Erschaffer, keine ‚Widerständler', die auf der Stelle treten und die Zustände menschlichen Versagens bejammern."

Auch mit Aufrufen wie „Taten statt Worte", die ebenso von den RechtsterroristInnen des „Nationalsozialistischen Untergrund" in ihrem Bekennervideo benutzt wurden, macht die Band unmissverständlich klar, dass der lang heraufbeschworene „Rassenkrieg" für sie heute schon Realität ist.•

1 Jährlich in mehreren Ländern stattfindendes Vernetzungstreffen der Neonazi-Bruderschaft „Hammerskins"
2 Die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." galt bis zu ihrem Verbot 2011 u.a. als wichtiges Instrument der rechten Szene um inhaftierte Neonazis zu binden 3 „Racial Holy War" ist unter dem Kürzel „RaHoWa" eine in der rechten Szene fest verankerte Theorie, die aus der „White Supremacy"-Bewegung stammt.

NS-SZENE

Im Juni 2017 erklärte der Thüringer Gebietsleiter der „Europäischen Aktion“ (EA), Axel Schlimper, in einem Video-Stream der NPD-Thüringen weitgehend unbemerkt die Auflösung der EA. „Im Grunde ist alles gesagt“, nun gelte es, „eigenverantwortlich und pflichtbewusst an der Erreichung der sieben Ziele weiterzuarbeiten“ — heißt es später auf der Homepage der EA. Vieles deutet darauf hin, dass mit der „Auflösung“ des europaweiten geschichtsrevisionistischen Netzwerks einem drohenden Verbot zuvorgekommen werden sollte.

„Juppheidi, Juppheida — Hausdurchsuchung, Razzia!“

Das Ende der „Europäischen Aktion“?

Die „Europäische Aktion“ war im Jahr 2010 unter Vorsitz des Schweizers Bernhard Schaub gegründet worden und verstand sich als „Bewegung für ein freies Europa“. Der Gründung vorausgegangen waren Verbote von mehreren Holocaust-Leugner-Organisationen in Deutschland wie dem „Collegium Humanum“ von Ursula Haverbeck-Wetzel, dessen Unterverein „Bauernhilfe“ sowie dem „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV). Die „Europäische Aktion“ sollte Geschichtsrevisionisten aus ganz Europa ein Dach bieten und verstand sich nicht zuletzt wegen einer befürchteten staatlichen Repression als „Bewegung“. Das Selbstverständnis der „Europäischen Aktion“ ist in sieben Zielen ausformuliert worden, die auf Flugblättern oder auch in stundenlangen Videomitschnitten von Reden Bernhard Schaubs verbreitet wurden: „1) Wiederherstellung der Freien Rede 2) Abzug aller fremden Truppen 3) Repatriierung außereuropäischer Einwanderer 4) Staatliche Selbstbestimmung für die Deutschen der BRD und der BRÖ 5) Schaffung einer europäischen Eidgenossenschaft 6) Überführung des Geld- und Medienwesens ins Volkseigentum 7) Wiederaufbau der Tradition — Kampf der Dekadenz und Naturzerstörung“. Neben heute insbesondere im Reichsbürgerspektrum vertretenen Ansichten wie der Vorstellung, die BRD sei nach wie vor besetzt, war insbesondere der explizite Antisemitismus Kennzeichen der EA, der sich mitnichten auf eine neonazistische Vergangenheitspolitik der Holocaustleugnung (Ziel 1) beschränkte. Die EU galt der EA als „Kind der Zionisten“, der „politische Zionismus“ als „die Weltmacht schlechthin“. Der deutsche Landesleiter der EA, Rigolf Hennig, der von dem mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Schaub zunehmend das Zepter der Organisation in die Hand genommen hatte (vgl. AIB Nr. 108), sah „das deutsche Volk noch vor seiner größten Aufgabe, nämlich Europa befreien zu helfen und zu einen.“ In seiner „Schrift zur weltpolitischen Lage“ sah Hennig einen nahenden Zusammenbruch, da „die Zionisten“ die „Kontrolle verloren“ hätten: „Da mit schweren Notlagen zu rechnen ist mit dem Ausfall von Wasser, Strom und Heizung und plündernden Ausländerbanden in den Großstädten gilt es — um nur das Wichtigste anzureißen — haltbare Lebensmittel für mindestens drei Monate, Wasser, Heizstoffe und Kerzen vorzuhalten und Rückzugsmöglichkeiten auf dem Lande vorzubereiten. Zur Notvorsorge gehört selbstverständlich die Bewaffnung und Vorbereitung von Bürgerwehren, (wobei ich freilich nur zugelassene Waffen empfehlen darf.)“ Es gelte: „Zusammenrücken, Zellen bilden und diese vernetzen.“

Verdacht des Aufbaus einer „Kampfverbindung“

Scheinbar blieb es jedoch nicht bei theoretischen Planspielen. Ende 2016 nahm die Staatsanwaltschaft in Österreich Ermittlungen gegen acht Personen unter Führung des dortigen EA-Landesleiters Hans Berger auf. Der Personenkreis stand im Verdacht, eine österreichische Niederlassung der EA gegründet zu haben und auszubauen, wobei die EA das Ziel verfolge, die „verfassungsmäßigen Einrichtungen der Republik Österreich nicht nur zu erschüttern, sondern zu beseitigen“. Die Staatsanwaltschaft Österreich ordnete entsprechend Durchsuchungen bei Berger und weiteren Beschuldigten an, um etwaige Dokumente über die Organisation, NS-Devotionalien oder auch Waffen sicherzustellen. Die „Umsturzbemühungen“ beschränkten sich laut Staatsanwaltschaft aber nicht allein auf Österreich, sondern auf ganz Europa — und seien unter dem Vorsitzenden der EA, Oliver Hasler aus Liechtenstein, „intensiviert, zunehmend

Aufgelöst, aber doch noch da: Ein Banner der „Europäischen Aktion" – befestigt von Axel Schlimper beim „Rock gegen Links" im Oktober 2017 in Themar (Thüringen).



militanter und ausführungsnäher" verfolgt worden.

In Liechtenstein war die EA über viele Jahre hinweg besonders aktiv. Nachdem die propagandistischen Aktivitäten in dem kleinen Staat zwischen Österreich und der Schweiz 2012 für erheblichen Wirbel gesorgt hatten, erklärte der damalige EA-Landesleiter Oliver Hasler im September 2012 öffentlich seinen Rücktritt. Im Liechtensteiner Volksblatt ließ sich Hasler zitieren, er wolle mit diesem Schritt „den Meinungsdiktatoren die Möglichkeit verwehren, meine persönliche Existenz zu zermürben" und ergänzte gleichzeitig, er schließe sich der „Nulltoleranz-Linie" der Regierung gegen Rechtsextremisten an. Doch schon 2014 trat Hasler erneut für die EA in Erscheinung.[1]

Paramilitärische Übungen in Ungarn

Die Vorwürfe der österreichischen Behörden stützen sich weiterhin auf langjährige Kontakte der EA zur mittlerweile aufgelösten militanten ungarischen Neonaziorganisation „Magyar Nemzeti Arcvonal" (MNA). Die MNA organisierte über viele Jahre paramilitärische Ausbildungen und Wehrsportübungen in verlassenen Kasernen in Ungarn. Mitbegründer und Anführer der MNA war István Győrkös, der im Oktober 2016 bei einer Hausdurchsuchung wegen illegalen Waffenbesitzes auf Polizeibeamten schoss und dabei einen von ihnen tödlich verletzte. Die Behörden vermuteten aufgrund von Telefonüberwachungsmaßnahmen, dass die Tatwaffe von dem österreichischen EA-Aktivisten Peter K. illegal besorgt worden sein soll. Peter K. habe zudem seit 2010 immer wieder an paramilitärischen Übungen der MNA in Ungarn teilgenommen. Im Juni 2014 fand in einer Wiener Gaststätte ein Treffen statt, an dem neben Hans Berger auch Axel Schlimper und Peter K. teilgenommen haben sollen, um die Vermittlung junger EA-Aktivisten zur Teilnahme an paramilitärischen Übungen in Ungarn zu planen.

Razzien in Thüringen

Doch nicht nur in Österreich wurden die Behörden gegen die EA aktiv. Auch in Deutschland gab es knapp zwei Wochen nach der erklärten Selbstauflösung am 10. Juni 2017 Razzien gegen die Struktur. Am 23. Juni durchsuchte die Polizei mit Unterstützung der Sondereinheit GSG9 14 Objekte, insbesondere in Thüringen, darunter auch Schlimpers Wohnung. Auch in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen und Niedersachsen gab es Durchsuchungen. Ermittelt wird gegen dreizehn Personen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Neben Propagandamaterial und Computern wurden Waffen und Munition sichergestellt. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, im Raum Südthüringen bewaffnete Waldbiwaks veranstaltet oder an diesen teilgenommen zu haben.

Die im Juni erklärte Auflösung der „Europäischen Aktion", die auf der Homepage der Organisation erst Monate später nachlesbar war, lässt sich vor diesem Hintergrund nur als Farce interpretieren, um einem Verbot zuvorzukommen. Trotz „Selbstauflösung" und den laufenden Ermittlungen sind Aktivisten der EA auf extrem rechten Veranstaltungen vertreten und verzichten dabei nicht einmal auf die Symbole der vermeintlich aufgelösten Organisation. Als Ende Juli bis zu 1.000 Neonazis zum „Rock für Identität" erneut ins thüringische Themar kamen, wurden die Reden, die das Neonazikonzert als politische Demonstration legitimieren sollten, vor einem Banner der „Europäischen Aktion Thüringen" gehalten. Als Moderator trat Axel Schlimper in Erscheinung, der in seiner Rede forderte, sich „immer wieder zum Rassismus zu bekennen."[2] Auch die Homepage der Organisation ist nach wie vor erreichbar. •

Anmerkung: Axel Schlimper ist neben seinen Aktivitäten für die EA auch als Liedermacher unterwegs. Der Titel dieses Artikels ist dem Lied „Hausdurchsuchung!" entnommen, das Schlimper gemeinsam mit Frank Rennicke vertont hat.

1 Vgl. AIB Nr. 108. **2** Vgl. taz vom 29.07.2017, „Ein Zehntel ist noch übrig".

NS-SZENE

Die Geschichte des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) und seines Terrors lässt sich nicht ohne die Verstrickung der Geheimdienste und die von ihnen als V-Leute bezahlten Neonazis erzählen. Zwei dieser bezahlten Informanten sollten im Jahr 2000 dem Neonazi und „Satansmörder“ Hendrik Möbus beim Versuch helfen, sich einer Haftstrafe in Deutschland durch Asyl in den USA zu entziehen.

V-Leute setzten sich für „Satansmörder“ Möbus in den USA ein

KAI BUDLER

■ Die Flucht von Hendrik Möbus währte nicht einmal ein Jahr: im August 2000 wurde der als „Satansmörder“ bekannt gewordene Neonazi nach mehrwöchiger Observation in West-Virginia festgenommen. Er hatte sich Ende 1999 in die USA abgesetzt, nachdem das Amtsgericht Erfurt seine Bewährung nach der vorzeitigen Haftentlassung im August 1998 widerrufen hatte. Zu diesem Zeitpunkt hatte Möbus eine vierjährige Haftstrafe wegen gemeinschaftlich geplanten Mordes, Freiheitsberaubung und Nötigung hinter sich gebracht. Er war einer der drei Täter, die 1993 den 15-jährigen Sandro Beyer in einer Waldhütte im thüringischen Sondershausen erdrosselt und den Leichnam in einer Baugrube vergraben hatten. Wieder in Freiheit, hatte er sein Mordopfer als „Volksschädling“ verhöhnt und bei einem Auftritt seiner Band „Absurd“ den Hitlergruß gezeigt. Möbus flüchtete nicht zufällig nach West-Virginia, denn dort konnte er sich der Unterstützung von William Pierce, dem Gründer der „National Alliance“ (NA), sicher sein. Unter seinem richtigen Namen reiste er nach Washington und hatte sich bei dem Chef des „White Order of Thule“, Nathan Pett, in Seattle eingemietet. Als Zielfahnder seinen Unterschlupf überprüften, war Möbus wieder verschwunden. Im Mai 2000 tauchte dann ein in Moskau abgestempelter und von Möbus unterschriebener Brief auf. Darin hieß es: „Hiermit mache ich bekannt, dass ich mich der Strafverfolgung und -vollstreckung in der Bundesrepublik Deutschland nicht freiwillig stellen werde“. Der Brief war jedoch eine falsche Fährte, denn Möbus befand sich nach wie vor in den USA, wo er einen Musikvertrieb für „National Socialist Black Metal“ (NSBM) namens „Cymofane“ übernommen hatte. Der Vertrieb lief über ein Postfach in Marlington in West-Virginia, den Schlüssel dazu besaß William Pierce. Der vom Bürgerrechtler Leonard Zeskind als „Chefideologe der rechtsextremen Szene in den USA“ bezeichnete Pierce betrieb einen regen Versandhandel und die Plattenfirma „Resistance Records“, eines der weltweit größten Label für rechte Musik.

Seine etwa 300 Meter von der Hauptstraße Marlingtons entfernt gelegene Farm gleicht einer Festung: Stacheldraht, Zäune, Kameraüberwachung und bewaffnete Männer an der Einfahrt. In dieser Farm arbeitete Möbus unter dem Namen „Hans Schmidt“ und versuchte dort, die Rechtsrock-Szene für den NSBM stärker zu öffnen. Im August 2000 war damit Schluss, denn für den Deutschen schlossen sich bei seiner Festnahme die Handschellen. Sein Schützling sei ein „wahrer Nationalsozialist“, der zehn Wochen für ihn gearbeitet habe, erklärte Pierce nach der Verhaftung von Möbus, der für den amerikanischen Neonazi neue Vertriebswege in ganz Europa aufbaute. In der Auslieferungshaft spricht Möbus von sich als „Dissidenten“, alle seine Delikte seit 1998 seien „politischer Natur“. Er appelliert: „Wenn nicht der Nationale Widerstand in Deutschland meinen Fall für seine Zwecke einsetzt, dann wird das System meinen Fall weiterhin zum Schaden aller deutschen Nationalisten mißbrauchen. (...) Wer weiß, vielleicht gewährt mir ein US-Gericht ja Asyl und stellt dadurch eindrucksvoll fest, was wir schon lange wissen: Die BRD ist keine Demokratie, sondern ein Verbrechen“. Parallel zu der Solidaritätskampagne unter dem Motto „Free Hendrik Möbus“ stellte Möbus als „politischer Gefangener“ einen Asylantrag. Dabei konnte er auf die langjährigen guten Deutschland-Kontakte seines Förderers Pierce zurückgreifen. Immer wieder nahmen NA-Vertreter an Veranstaltungen der NPD und „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in Deutschland teil. Andersherum reisten damalige NPD-Funktionäre wie Alexander von Webenau zur „Leadership Conference“ der NA im April 1997. Pierce selbst gehörte ein Jahr später zu den Ehrengästen einer NPD-Veranstaltung in Passau. Und so wundert es auch nicht, dass zum Zeitpunkt des Möbus-Aufenthalts bei Pierce mit Henrik Ostendorf aus Bremen ein anderer deutscher Neonazi auf der Farm weilte und dort für Bürodienste zuständig war. Ostendorf war auch Übersetzer einer Rede des NPD-Funktionärs

Jürgen Distler bei einer von der NPD angeregten und von der NA organisierten Solidaritätskundgebung für Möbus in Arlington. Nach Angaben der Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Martina Renner, reisten auf Ostendorfs Einladung zwei weitere Neonazis aus Deutschland als Leumundszeugen zur Unterstützung von Möbus in die USA.

Tino Brandt, der Mitinitiator und Kopf des Neonazi-Netzwerkes „Thüringer Heimatschutz" (THS) sollte ebenso für Möbus aussagen wie der Gründer der sächsischen „Hammerskins", Mirko Hesse, der bereits das von Hendrik Möbus und seinem Bruder gegründete NSBM-Label „Darker than Black" in sein Unternehmen „Hate Records" eingegliedert hatte. Zum Zeitpunkt ihrer USA-Reise waren die beiden Neonazis aus Thüringen und Sachsen bereits V-Männer im Dienst der Geheimdienste. In einem Vermerk des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz steht: „In Akten ist enthalten, dass sich Tino Brandt auf Einladung des Skinheads Mirko Hesse 2001 in den USA aufhielt". Gegenüber der Presse soll Brandt von einer vom Thüringer Landesamt finanzierten USA-Reise berichtet haben. Unter dem Namen „Strontium" arbeitete Hesse seit Mitte der 1990er Jahre für das Bundesamt für Verfassungsschutz und flog 2002 als V-Mann auf. Hesse produzierte als eine der zentralen Figuren der neonazistischen Musikszene innerhalb von vier Jahren rund 21.000 Rechtsrock-CDs, die er auch teilweise vertrieb. Darunter die CD „Ran an den Feind" der später als kriminelle Vereinigung verurteilten Neonazi-Band „Landser". Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei bei Hesse eine geladene halbautomatische Pistole. 2002 wurde er unter anderem wegen Volksverhetzung, Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Gewaltverherrlichung zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt. Schon damals fragte der Bundestagsabgeordnete der Grünen Christian Ströbele, wo die Grenze liege „zwischen den von Rechtsextremen selbst entwickelten Aktivitäten und den vom Verfassungsschutz inspirierten und finanzierten Aktionen".

Unter dem Decknamen „Otto" stand auch Tino Brandt zwischen 1994 und seiner Enttarnung 2001 im Sold des Landesamtes für Verfassungsschutz in Thüringen. Die dafür erhaltenen rund 200.000 D-Mark hatte Brandt nach eigenen Angaben zum Großteil in die rechte Szene gesteckt. Dazu gehörte auch das Netzwerk „Thüringer Heimatschutz" (THS), aus dem das Terror-Netzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) hervorging. Mit Unterstützung des Geheimdienstes trug Brandt maßgeblich zur bundesweiten Vernetzung des THS bei. 1999 wurde Brandt Landespressesprecher und im Jahr 2000 stellvertretender Landesvorsitzender der thüringischen NPD. Kurz darauf war er federführend an der Gründung des thüringischen Landesverbandes der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) beteiligt.



Ronald Möbus beim „Rock gegen Links" im Oktober 2017 in Themar (Thüringen).

Brandt und Hesse sollten mit ihren Aussagen bei der US-amerikanischen Behörde dafür sorgen, dass Möbus Asyl erhält und sich so weiterhin der deutschen Justiz entziehen kann. Diese Verquickung war auch Teil einer Anfrage der Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Martina Renner. Sie kritisiert: „Das Bundesinnenministerium behindert offenbar gezielt die Aufklärung über eine mögliche Beteiligung des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) an der Flucht eines wegen Mordes verurteilten Neonazis in die USA". Denn in der Antwort auf Renners Anfrage weigert sich das Innenministerium mit Hinweis auf den Quellenschutz, Fragen nach der Rolle des BfV und den V-Männern bei der Flucht von Möbus zu beantworten.

Dabei könnten die V-Leute in diesem deutsch-amerikanischen Netzwerk auch Fragen nach der Rolle der Geheimdienste bei der Verbreitung des Buches „The Turner Diaries" aufwerfen. Das 1978 verfasste Machwerk schildert einen „Rassenkrieg" in Nordamerika und propagiert eine „reine" revolutionäre Ideologie und die Pflichten der Kader in einer „The Order" genannten Untergrund-Organisation[1]. Das Buch schrieb Pierce unter dem Pseudonym „Andrew Macdonald". Mitte der 1990er Jahre erreichte das Buch auch Deutschland, dessen deutsche Übersetzung 2006 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) auf den Index gesetzt wurde und als Blaupause für das Terrornetzwerk „Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) galt. Offenbar verhalf das deutsch-amerikanische Neonazi-Netzwerk nicht nur deutschen Neonazis zur Flucht, es ebnete den „Turner Diaries" auch den Weg in die deutsche militante Neonazi-Szene, die das Buch als Inspirationsquelle für neonazistische Attentate und Morde aufgriff. Mit seiner Auskunftsverweigerung und dem vorgeschobenen „Quellenschutz" in der Antwort auf Renners Anfrage ist das Innenministerium offenbar nicht gewillt, die Rolle dieses Netzwerks klandestiner Neonazi-Strukturen aufzuhellen. Ein solches Netzwerk dürfte auch Möbus helfen, der in Deutschland vor zehn Jahren aus der Haft entlassen wurde. Er zog nach Berlin, baute dort seine rechten Versand- und Labelaktivitäten aus und ist als Konzertorganisator in ganz Europa aktiv[2]. Seit 2017 ist er Sänger der NSBM-Band „Absurd", die vorher von seinem Bruder Ronald Möbus geführt wurde. Für Mitte Dezember 2017 ist „Absurd" für das NSBM-Spektakel „Asgardrei" in der ukrainischen Metropole Kiew angekündigt. Das Festival gilt als Propaganda-Event des neofaschistischen „Azov"-Regiments und zog 2016 bereits über 1.000 BesucherInnen an.

1 Siehe: AIB # 50 „Mit White Power Musik zum ‚Rassenkrieg' William Pierce, Nordland und die NPD") **2** Vgl. AIB 111 „Groß-Events der rechten Musikszene in Italien"

BRAUNZONE

Wenn sich Rechte — bei allen sonstigen Differenzen — auf ein Feindbild einigen können, ist es inzwischen üblicherweise „der Feminismus" und seine „Gender-Ideologie". Das zeigt sich auch in der neurechten „Bibliothek des Konservatismus" (BdK) in Berlin-Charlottenburg.

Ein wenig Sicherheit im falschen Leben

TROUBLE EVERYDAY COLLECTIVE (TEC)

■ „Nach innen verdichten, nach außen öffnen!" — so nannte der Leiter Wolfgang Fenske die „Doppelstrategie" der „Bibliothek des Konservatismus" (BdK) gegenüber der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" vor ihrer Eröffnung Ende 2012. Diese Doppelstrategie ist seither Programm:

„Nach innen" ist die BdK ein Zentrum der Vernetzung neurechter und christlich-fundamentalistischer Akteur_innen. Eher zweitrangig scheint der Bücherbestand, der — wie es Ulli Jentsch vom „Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin" ausdrückte — den gesamten Kanon der deutschen extremen Rechten, von rechtskonservativ bis neonazistisch repräsentiere. Ort des Austauschs wird die BdK bspw. bei öffentlichen Veranstaltungen, die von (deutschem) Nationalismus, Europa, Migration und (antimuslimischem) Rassismus handeln.

„Nach außen" ist die BdK ein Versuch, unter dem Label des „Konservatismus" und mit vermeintlich wissenschaftlichem Anspruch zum Teil menschenverachtende Positionen zu normalisieren und immer weiter in den Bereich des Sagbaren zu verschieben. Damit fährt die BdK eine „klassische" Strategie der Neuen Rechten.

Von „Lebensrecht" bis „Mama im Glück": Antifeminismus in der BdK

Bei dieser Strategie spielt Antifeminismus eine immer größere Rolle. Auch in der BdK fungiert Antifeminismus als kleinster gemeinsamer Nenner der verschiedenen reaktionären Akteur_innen und soll gleichzeitig Bürgerliche ansprechen.

Eine Besonderheit der BdK ist der „Sonderbestand Lebensrecht". Wie durch den rechten Kampfbegriff „Lebensrecht" unschwer zu erkennen, ist der Schwerpunkt der Büchersammlung die Einschränkung reproduktiver Rechte. Der Sonderbestand wurde von der christlich-fundamentalistischen Stiftung „Ja zum Leben" gespendet. Sie ist Teil des „Bundesverbands Lebensrecht", der den seit 2008 jährlich in Berlin stattfindenden „Marsch für das Leben" (MfdL) organisiert. Bei dieser Demonstration, deren zentrale Forderung die vollständige Illegalisierung von Abtreibungen ist, laufen mehrere tausend Teilnehmer_innen betont schweigend mit weißen Holzkreuzen und begleitet von lautstarkem Protest durch Berlin-Mitte. Die BdK unterstützt den MfdL, indem sie Begleitveranstaltungen ausrichtet.

Am 15. September 2017, dem Abend vor dem MfdL, hielt Hanne Kerstin Götze vor etwa 20 Teilnehmer_innen einen antifeministischen Vortrag in der BdK. Etwa halb so viele Personen protestierten zeitgleich dagegen. Götze ist Autorin des Buches mit dem aussagekräftigen Titel „Kinder brauchen Mütter", studierte Bibliothekswissenschaften und ist — wie sie mehrfach betonte — Mutter, Großmutter und Stillberaterin. Ihr Buch erschien bereits 2011 im österreichischen „Ares Verlag", der dem extrem rechten „Leopold Stocker Verlag" angehört.

Im Zentrum des Vortrags stand — wenig überraschend — Götzes Überzeugung, dass die leibliche Mutter die ideale Bezugsperson für ein Kind und der beste Rahmen eine heterosexuelle Familienkonstellation sei. Nur die ständige Präsenz der Mutter in den ersten Lebensjahren („Tag und Nacht") ermögliche dem Kind ein zufriedenes Leben. Beispiele für die Konsequenzen von nicht gelungenen Bindungen kannte sie zuhauf: Drogentote, Depressionen, abgebrochene Lehren in Ost-Deutschland. Auch die Einstellungen der politischen Gegenseite „erklärt" sie mit der „verpfuschten" Mutter-Kind-Bindung: „Die, die morgen [bei den Protesten gegen den MfdL, Anm. tec] schreien werden, sind in ihrem Kern kleine ungeliebte Kinder." Wer so dermaßen in die Natur eingegriffen hat, ist Götze auch klar: „der Marxismus, die 68er, der Feminismus bzw. Gender". Wer auch sonst.

Götze naturalisierte die Geschlechterordnung und verlagerte sämtliche gesellschaftliche (Herrschafts-)Verhältnisse in die Biologie — wahlweise auf die Hirnforschung oder klassisch auf die Hormone (durch Prolaktin schwimme „nicht nur das Kind, sondern auch seine Mama im Glück"). Gleichzeitig enthistorisierte sie diese biologisierten Verhältnisse („seit die Menschheit besteht"). Ihren und anderer Leute Alltagsverstand findet sie in pseudowis-





links: Gender Trouble in der Bibliothek des Konservatismus? **rechts: Der** Eingang der Bibliothek des Komservatismus in der Fasanenstraße in Berlin-Charlottenburg.

senschaftlichen „Erkenntnissen" bestätigt („Viele wissenschaftliche Erkenntnisse haben das bestätigt, was Eltern intuitiv erspüren") und umgekehrt („kann ich durch meine Lebenserfahrung bestätigen"). Der ständige Verweis auf „wissenschaftliche Erkenntnisse", die sie meist nicht weiter ausführte, wurde ihr in der anschließenden Diskussion von dem interessierten Publikum hoch angerechnet („sehr glaubwürdig"). Dem taten auch ihre einleitenden Worte offensichtlich keinen Abbruch: „Ich stehe hier nicht im Namen einer Ideologie, sondern im Namen meines Herrn Jesus Christus." Dass es an dieser Stelle keine Lacher gab und sich niemand an der predigtartigen Rhetorik störte, lässt tief blicken. In der anschließenden Diskussion wurde sich dann um das „Volk" gesorgt, da der IQ — Vorsicht: wissenschaftlicher „Fakt" — durch Krippenbetreuung monatlich um 0,5 Prozent sinke, sowie um die Gruppe Frauen, die sich vor dem Wickeln ekele und inzwischen tonangebend sei.

Auch in den Vorjahren lud die BdK immer wieder namhafte Antifeministinnen ein: 2016 Hedwig von Beverfoerde, 2015 Alexandra Linder, 2014 Sophia Kuby, 2013 Beatrice Bourges. Die Themen wiederholen sich: Gegen die Gleichstellung von homosexuellen Lebensweisen, gegen „Gender", gegen Abtreibungen, für die heterosexuelle Ehe und Familie.

Die affektive Dimension des neuen Antifeminismus

Bei Antifeminismus handelt es sich — nicht nur in der BdK — um ein Phänomen, das fernab einer rational begründeten Auseinandersetzung mit feministischen Bewegungen steht. Im Gegenteil ist eine enorme affektive Aufladung für antifeministische Bewegungen charakteristisch.

Antifeminismus ist nicht nur in Reaktion auf feministische Kämpfe überhaupt erst entstanden, sondern hat sich historisch immer wieder entsprechend der Veränderungen in feministischen Bewegungen gewandelt.

Mit der stärkeren Verankerung dekonstruktivistischer Ansätze in feministischer Theorie und Bewegung seit den 1990ern, dem berühmten „Queer-" vor dem Feminismus, stehen entsprechend der Anpassungsfähigkeit des Antifeminismus Gleichstellungspolitiken und das dekonstruktivistische Verständnis von Geschlecht („Gender") im Zentrum der Rage. Immer sichtbarer werden irrationale „Argumentationen" mit teils paranoiden Zügen, die sich in Ablehnung bis Hass auf LGBTIQ-Themen beziehen und gepaart mit Angst (bspw. um „die Kinder") auftreten.

Diese thematischen Verschiebungen führten in feministisch-wissenschaftlichen Zusammenhängen zur Frage, wie dies begrifflich zu fassen sei: „Antifeminismus" zeigt die Kontinuitäten auf (Planert), „Anti-Genderismus" den Stellenwert von „Gender" (Hark und Villa), „VaterMutterKind-zentrierter Antifeminismus" oder „familialistischer Antifeminismus" (Scheele) die Relevanz der heteronormativen Kleinfamilie.

Egal wie das Phänomen benannt wird, es ist bedeutsam, es in seinem gesellschaftlichen Kontext zu analysieren. Eva von Redecker schlägt vor, unter — sie verwendet den Begriff — Anti-Genderismus einen psychosozialen Abwehrmechanismus zu verstehen. Das macht Sinn: Durch die kapitalistische Produktionsweise werden die Subjekte strukturell entmündigt und verschiedene Ersatzbefriedigungen gesucht. Eine dieser Ersatzbefriedigungen ist die Überhöhung der heteronormativen Familie und das Sich-Klammern an starre Geschlechtsidentitäten, die in Zeiten der Instabilität vermeintlich Sicherheit geben. Klar ist, dass diese autoritäre Sehnsucht sich auf einen idealisierten Zustand richtet, den es so nicht mehr gibt und in der Eindeutigkeit nie gab.

Der BdK dient sie als klare Orientierung: Männer sind Männer und werden Väter, Frauen sind Frauen und werden Mütter, und alles wird daran gesetzt, dass das Herrschaftsverhältnis zwischen ihnen nicht ins Wanken gerät. •

BRAUNZONE

Bereits drei Wochen nach der Bundestagswahl wurde in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Mit nur 6,2 Prozent gelang der niedersächsischen AfD zwar der Einzug ins Landesparlament, jedoch deutlich schlechter, als es die vorangegangene Bundestagswahl und vorherige Umfragen erwarten ließen. Neben dem desaströsen Zustand des niedersächsischen Landesverbandes und seiner Nähe zum rechten Rand, hat vor allem das Verhalten der etablierten Parteien für das schwache Abschneiden gesorgt.

Wenn zwei sich streiten ...

Lehren aus der Landtagswahl in Niedersachsen

ARNE ZILLMER

Dass sich eine verhältnismäßig neue Partei wie die AfD streitet und es zu Flügelkämpfen kommt, ist nicht ungewöhnlich. Doch kaum ein Landesverband sorgte mit innerparteilicher Zerstrittenheit so häufig für Negativ-Schlagzeilen wie die niedersächsische AfD. Dabei verlaufen die Gräben in Niedersachsen nicht ausschließlich zwischen dem völkisch-nationalistischen Flügel und dem etwas gemäßigteren Partei-Flügel. Zusätzlich stehen sich hier das Lager um Landeschef Armin-Paul Hampel und das seiner Kritiker gegenüber, was in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder für heftige Querelen sorgte und die Außenwahrnehmung der Partei bestimmte. Auch der Landtagswahlkampf schaffte keinesfalls Geschlossenheit, im Gegenteil: Spitzenkandidatin und Hampel-Kritikerin Dana Guth, die sich gegen den Wunsch des Landesvorsitzenden bei der Wahl um Listenplatz 1 durchsetzen konnte, wurde in der heißesten Phase des Wahlkampfs von ihrer eigenen Göttinger Kreistagsfraktion ausgeschlossen.

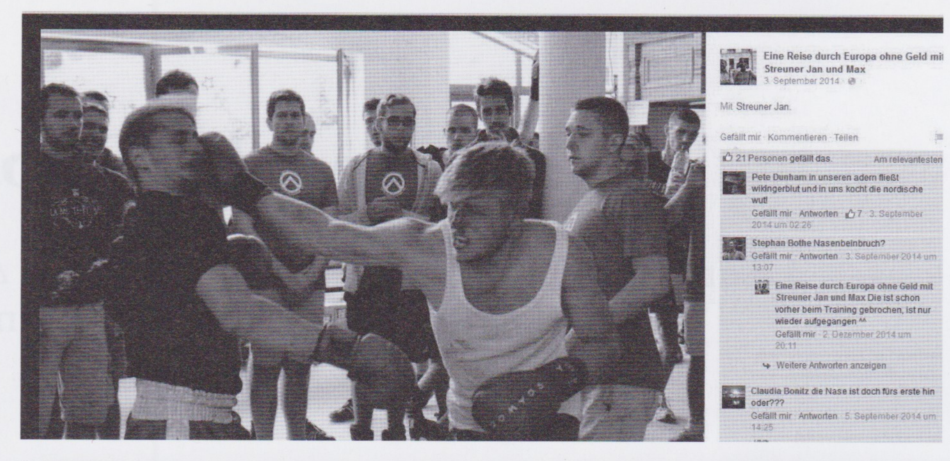
Neben der Zerstrittenheit sorgte auch die Nähe diverser Funktionäre der Partei und ihrer Jugendorganisation zum extrem rechten Rand immer wieder für mediale Aufmerksamkeit. Landeschef Armin-Paul Hampel selbst trat beispielsweise im Herbst 2017 beim Verein „Arbeitskreis für deutsche Politik" als Redner auf, sogar laut niedersächsischem Verfassungsschutz ein „organisationsübergreifendes Sammelbecken für eher intellektuell orientierte Personen aus rechtskonservativen bis offen rechtsextremistischen Kreisen". Auch Holocaust-Leugner Horst Mahler war in der Vergangenheit bereits von dem Verein eingeladen worden. Hampel behauptet, er habe nichts von der Ausrichtung des Vereins gewusst.

Mit Stephan Bothe sitzt nun im niedersächsischen Landesparlament außerdem zukünftig ein AfD-Abgeordneter, der öffentlich sichtbar ein Propagandavideo der „Identitären Bewegung (IB)" als „toll" bezeichnete. Weiterhin hatte Bothe, der auf Listenplatz 2 zur Landtagswahl kandidierte und dem Landesvorstand der AfD Niedersachsen beisitzt, über Facebook Kontakt zum „identitären" Aktivisten Jan K., der im Juni 2015 mit anderen Aktivisten der rassistischen Gruppierung die SPD-Zentrale in Hamburg „besetzte".

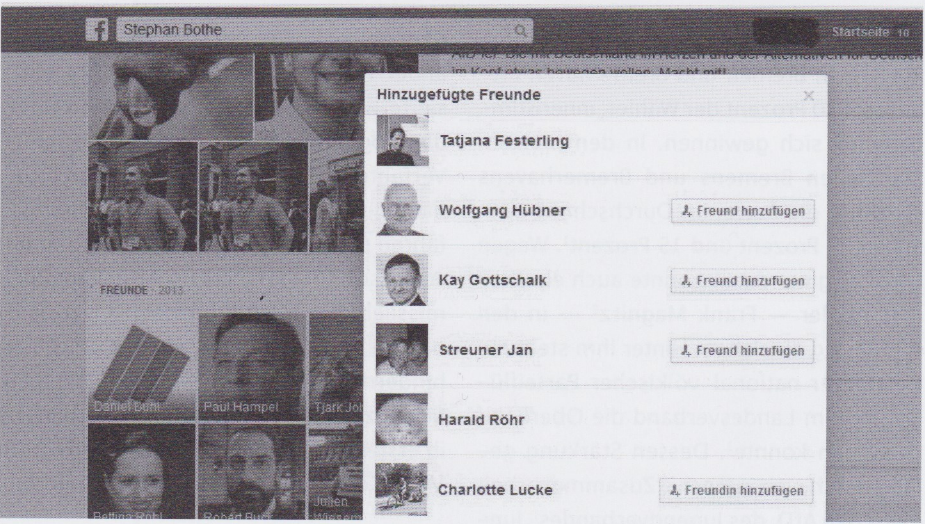
Beim Jugendverband, der „Jungen Alternative Niedersachsen" (JA), geht es noch drastischer zu. Nach der Wahl des Göttingers Lars Steinke zum neuen Landesvorsitzenden Mitte 2017 gaben zwei regionale JA-Funktionäre öffentlich ihren Rücktritt bekannt. Zur Begründung hieß es u.a., der niedersächsische JA-Landesverband sei zu einem Sammelbecken für „Mitglieder des rechtsextremen Spektrums" geworden. Kurz darauf kündigte Steinke, der selbst an Aufmärschen der „Identitären" teilgenommen hatte[1], an, zukünftig den „Unvereinbarkeitsbeschluss" der JA zu der Gruppierung durchzusetzen. Allerdings zeigen ihn Fotos bereits kurze Zeit danach im rechten Hausprojekt der identitären Gruppe „Kontrakultur" in Halle[2]. Fast zeitgleich konnte geleakten Mitgliederdaten des niedersächsischen Jugendverbandes entnommen werden, dass mit Marvin B. ein umtriebiger Aktivist der „Identitären" gleichzeitig Mitglied der AfD-Nachwuchsorganisation war. Marvin B. hatte mehreren Aktionen des Hamburger Ablegers der IB beigewohnt.

„Hat der Bauer eine Kuh, wählt er CDU" — nicht AfD

Ob jedoch die inneren Streitigkeiten der Partei oder die Nähe mancher ihrer Führungspersonen zum rechten Rand tatsächlich potenzielle AfD-Wähler verschreckt haben könnten, ist fraglich, denn laut infratest-dimap wählten auch in Niedersachsen rund 56 Prozent die AfD ohnehin rein aus Protestgründen.



[redacted] präsentiert sich auf facebook. Hier mit blutiger Nase. (Bild: Screenshot)



Auffällig war im Niedersachsen-Wahlkampf dagegen vor allem, wie wenig sich die AfD mit ihren Kernthemen ins Gespräch bringen konnte. Zwar versuchte man xenophobe Vorurteile zu schüren, so posierte Spitzenkandidatin Dana Guth beispielsweise auf Plakaten mit einer Ziege und versprach, dass es mit ihr kein „Halal-Schlachten" geben werde, doch die Menschen zwischen Nordsee und Harz beschäftigten andere Dinge vor dem Urnengang. Laut ZDF-Politbarometer wurde im Vorfeld der Wahl als wichtigstes Thema mit 37 Prozent „Schule und Bildung" angegeben. „Flüchtlinge und Asyl" sahen lediglich 22 Prozent als drängendstes Problem an. So wurde zwischen den etablierten Parteien und den Wählern teils hitzig über bessere Unterrichtsversorgung, KiTa-Gebühren und die Inklusion an Schulen diskutiert. Die niedersächsische AfD, die sich in Sachen Bildungspolitik beispielsweise gegen „pseudowissenschaftliche Gendertheorie" und Lehrveranstaltungen in englischer Sprache positionierte, ging dabei in der öffentlichen Wahrnehmung unter.

Hinzu kommt die relativ starke Bindung der niedersächsischen Wähler an die beiden Volksparteien. In den Städten erfährt vor allem die SPD großen Rückhalt und im ländlichen Raum die CDU, so lässt sich die Situation mit einzelnen regionalen Ausnahmen zusammenfassen. Der alte Spruch „hat der Bauer eine Kuh, wählt er CDU" hat durchaus noch einen wahren Kern, oder wie es Armin-Paul Hampel vor der Wahl formulierte: „Die Niedersachsen heiraten in der Regel nur einmal." In der Tat blieben dann auch die Wählerwanderungen überschaubar, so flossen z.B. von der SPD lediglich 15.000 Stimmen an die AfD. Ohnehin sorgten der mitunter heftige Schlagabtausch zwischen SPD und CDU sowie der Wechsel der ehemaligen Grünen-Abgeordneten Elke Twesten zu den Christdemokraten für einen durchaus emotionalen Wahlkampf, in dem sich die beiden großen Volksparteien bis zuletzt ein Kopf-an-Kopf-Rennen lieferten und stets bemüht waren, die inhaltlichen Unterschiede hervorzuheben. Doch an der AfD arbeitete sich keine der etablierten Parteien ab und auch gezielte Tabubrüche und provokante Aussagen, mit denen sich das Spitzenpersonal auf Bundesebene immer wieder in typisch populistischer Manier ins Gespräch bringt, blieben aus.

Punkten konnte die AfD zwar laut infratest-dimap bei „Arbeitslosen, wirtschaftlich Unzufriedenen und Arbeitern". Dazu passt es, dass die Partei ihre landesweit besten Ergebnisse in Salzgitter und Delmenhorst erzielen konnte, hier gehört die Arbeitslosenquote zu den höchsten im ganzen Bundesland.

Quo vadis, AfD Niedersachsen?

Wie es mit dem niedersächsischen Landesverband der AfD nun personell nach der ernüchternden Landtagswahl weitergeht, ist offen. Landeschef Armin-Paul Hampel ist angezählt, mittlerweile hat der Landesvorstand laut NDR voraussichtlich für Mitte Januar einen außerordentlichen Parteitag beschlossen, bei dem es vorrangig um die Neuwahl des Vorstandes gehen soll. Dies könnte Hampels Abwahl bedeuten. Doch lediglich darauf zu hoffen, dass sich die Partei selbst zerlegt, wird nicht ausreichen.

Die niedersächsische Landtagswahl hat erneut gezeigt, dass die AfD im Nordwesten Deutschlands einen vergleichsweise schweren Stand hat. Wie schon in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein blieb sie weit unter dem Bundesdurchschnitt. Maßgeblich dazu beigetragen hat der demokratische Streit zwischen den etablierten Parteien und das klare Herausstellen der inhaltlichen Unterschiede zwischen den beiden großen Volksparteien. So blieb in der öffentlichen Wahrnehmung kaum Platz für populistische Stimmungsmache. •

1 www.antifa-berlin.info/recherche/1373-17062016---identitren-demonstration-in-berlin-mitte 2 www.flickr.com/photos/lukasbeyer/35825846356/in/album-72157686054407106/

BRAUNZONE

Ein und das Selbe?

Zur Überschneidungen von AfD, Junger Alternative (JA) und „Identitärer Bewegung" (IB) in Bremen

Bei der Bundestagswahl 2017 konnte die AfD in Bremen und Bremerhaven insgesamt 10 Prozent der Wähler_innenstimmen für sich gewinnen. In den meisten Stadtteilen Bremens und Bremerhavens erreichte die Partei im Durchschnitt zwischen 12 Prozent und 15 Prozent[1]. Wegen Überhangmandaten konnte auch ein Bremer AfDler — Frank Magnitz[2] — in den Bundestag einziehen. Hinter ihm steht ein gestärkter national-völkischer Parteiflügel, der im Landesverband die Oberhand gewinnen konnte[3]. Dessen Stärkung gelang durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen AfD, des Jugendverbandes „Junge Alternative" (JA) und der „Identitären Bewegung" Bremen (IB).

So traten AkteurInnen der AfD und der JA während des Wahlkampfes gemeinsam mit der IB auf und auch sonst scheint es, vor allem in Hinblick auf die JA, zu einer Art Personalunion gekommen zu sein.

Frank Magnitz — Netzwerker und Bundestagsabgeordneter

Frank Magnitz konnte sich während des Wahlkampfes nicht auf die Unterstützung großer Teile der Parteibasis verlassen. Der mangelnden Unterstützung liegen Streitereien über die Ausrichtung der Bremer AfD, aber auch persönliche Animositäten zwischen Parteimitgliedern zu Grunde[4]. Magnitz vertritt eine strikt an der Politik Björn Höckes orientierte Linie. Zu diesem pflegt er auch persönliche Kontakte. So trat er als Redner auf einer von Höcke organisierten AfD-Demo in Erfurt am 18. Mai 2016 auf. Magnitz zog in der Vergangenheit wegen seines autoritären Führungsstils den Unmut von Parteimitgliedern auf sich. Wer den von ihm und Alexander Tassis[5] eingeschlagenen Kurs kritisierte, wurde mit Parteiausschlussverfahren überzogen. Es sollen teilweise bis zu 24 Verfahren im Bremer Landesverband anhängig gewesen sein. Nur einige der Verfahren sind zum jetzigen Zeitpunkt abgeschlossen. Ziel ist es allem Anschein nach, missliebige Parteimitglieder an der Teilnahme an Entscheidungsprozessen zu hindern. Es verwundert also nicht, dass Magnitz bei seinen Wahlkampfbemühungen in erster Linie von Aktiven aus der Bremer JA und der IB Bremen unterstützt wurde.

Die IB in Bremen... es geht los

Als offizieller Ableger der „Identitären Bewegung" existiert die Bremer IB seit September 2016. Bemühungen eine solche Gruppe in Bremen zu gründen, reichen in die Jahre 2012/2013 zurück. In diesem Zeitraum trafen sich Personen zu einem „Identitären Stammtisch". Dieser instrumentalisierte den tragischen Tod eines Jugendlichen am Bahnhofsvorplatz im niedersächsischen Kirchweyhe für seine rassistische Hetze[6]. Danach nahmen die Aktivitäten ab. Im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise" vergrößerte sich der Personenkreis um den „Identitären Stammtisch". Durch die mediale Präsenz, an erster Stelle bei Facebook, konnte offenbar eine Vielzahl an Interessierten dazu gewonnen werden.

Alles ist im Fluss

In der Zusammenarbeit zwischen IB, der JA Bremen und Frank Magnitz nehmen die beiden JAler Robert Teske[7] und Marvin Mergard[8], letzterer vertritt die AfD im Beirat Bremen-Vegesack, eine Scharnierfunktion ein. Neben einer engen politischen Zusammenarbeit scheinen auch persönliche Beziehungen eine wichtige Rolle zu spielen.

Sichtbar wurde die Zusammenarbeit zwischen IB und JA am 11. Mai 2017 bei der bis dahin größten Aktion der Identitären in Bremen. Das am innerstädtischen Weserufer im Ausgehviertel „Schlachte" vor Anker liegende Segelschiff „Alexander von Humboldt" wurde von AktivistInnen der IB Bremen kurzzeitig im Rahmen ihrer „Defend Europe" Kampagne „besetzt"[9].

Bei der Aktion beobachteten anwesenden Antifaschist_innen wie Robert Teske im Außenbereich eines Lokals an der Schlachte saß — ein merkwürdiger Zufall? Wohl kaum, bei der IB-Demonstration am 17. Juni 2017 in Berlin nahmen neben zahlreichen Identitären aus Bremen auch Robert Teske und Marvin Mergard teil. Einer der bisherigen Höhepunkte der „nicht" stattfindenden Zusammenarbeit zwischen AfD/JA und IB war eine Protestaktion der IB während eines Wahlkampfauftrittes von Angela Merkel (CDU) auf dem Bremer Marktplatz am 15. August 2017, bei der die IB Flyer verteilte. Fotos belegen, wie Magnitz, Mergard und Teske sich vertraut und angeregt mit AktivistInnen der IB unterhalten. In einem daraufhin erschienenen Artikel im Weser-Kurier äußerte sich der Bundestagskandidat folgend dazu: „(...) ich ignoriere keine Leute, die ich kenne"[10].

Kein Wunder

Dass die genannten Organisationen eine intensive Zusammenarbeit pflegen, ist weder erstaunlich noch im Blick auf AfD Strukturen in anderen Bundesländern verwunderlich.

Die vorhandenen ideologischen Schnittmengen bieten die Basis für die gemeinsame politische Praxis und die Vernetzung zwischen AfD/JA und IB. Die für die „Neue Rechte" charakteristischen Merkmale von Rassismus und Antiliberalismus gepaart mit Kulturpessimismus finden sich auch in verschiedensten Veröffentlichungen der genannten Akteure bzw. Organisationen.

So beschrieb Frank Magnitz in seiner Rede in Erfurt Schulen und Kindergärten als „Halal-Küchen mit Mekkafood" in denen es keine Würstchen mehr gebe[11]. Ebenso gehen die AutorInnen eines Pamphlets der IB Bremen zu Werke, wenn sie die Zustände in Bremer Stadtteilen beschreiben, in dem der sogenannte „Große Austausch" schon im Gange sei. Es wird der Besuch eines Einkaufszentrum im Bremer Westen empfohlen um „ (...) Hijab-Barbie in Lebensgröße beim besinnungslosen shoppen auf Stütze zu beobachten, dies sei kosmopolitischer Liberalismus in seiner entwurzelndsten Pracht."[12]



Robert Teske und Marvin Mergard bei einer Aktion der „Identitären Bewegung" in Berlin

Der Text, der gewollt intellektuell klingen soll, schlägt einen Bogen vom „Sturm auf die Bastille" über die Russische Revolution hin zu dem „drohenden Untergang Europas" bzw. in diesem Fall Bremens. Die Schuld für den Zustand der Gesellschaft, wird im Liberalismus und bei seinen Vertretern ausgemacht.

Auch die JA um Mergard und Teske bedient sich Positionen der „Neuen Rechten", wenn sie sich in die Debatte um die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der nationalsozialistischen Arisierungspolitik einmischt. Das Mahnmal sollte ursprünglich vor dem Firmensitz des Logistik-Unternehmens „Kühne und Nagel" in Bremen errichtet werden. „Kühne und Nagel" gilt als einer der Hauptprofiteure von der Enteignung jüdischen Eigentums. In einem Statement, das vom Nordwest-Radio gesendet wurde, sorgte sich Mergard um die Motivation der „Kühne und Nagel"-MitarbeiterInnen jeden Tag freudig zur Arbeit zu gehen[13]. Im Kern ging und geht es der JA aber eher darum den Nationalsozialismus so weit wie möglich aus der deutschen Geschichte heraus zu streichen, um den positiven Bezug auf die deutsche Nation zu stärken. Ein weiteres Beispiel für Geschichtsrevisionismus völkisch-nationaler Ausprägung zeigt sich in der Pressemitteilung der JA Bremen vom 24. November 2017. Dort ging es um das Vorhaben des Bremer Senats, die ehemaligen Zwangsarbeiter_innen-Lager aus der Zeit des Bunkerbaus in das Konzept des Gedenkortes miteinzubeziehen. „Hier wird gar nicht erst versucht aus Bremen-Nord eine Zukunftsperspektive abzuleiten, sondern rigoros der Schuldkult zum täglichen Zelebrieren ausgebaut", schreibt die JA Bremen hierzu[14].

Die zitierten Äußerungen zeigen deutlich, dass es AfD/JA und IB im Kern ihrer Politik darum geht, Deutschland vor dem „drohenden Untergang zu retten". Dieses Vorhaben kann aus ihrer Perspektive nur gelingen, wenn sie das deutsche Volk von der als Last empfundenen geschichtlichen Phase des Nationalsozialismus als auch von den Zumutungen der Moderne befreit. Dies wird in der Praxis von IB und JA klarer deutlich. Die AfD in Bremen versucht dieses Kernanliegen der „Neuen Rechten" unterschwellig in ihre Politik einzubinden. Mit den Mitteln und Möglichkeiten, die der AfD nach dem Einzug in den Bundestag zur Verfügung stehen, wird es auch für ihre Jugendorganisationen und deren Brüder und Schwestern im Geiste von der IB mehr Möglichkeiten geben, ihre politische Praxis zu professionalisieren. •

1 vgl. www.butenunbinnen.de/nachrichten/politik/wahlkarte-land-bremen100.html **2** Frank Magnitz ist Landesvorsitzender und Sprecher des AfD Landesverband Bremen/ https://afdwatchbremen.com/frank-magnitz-landesvorsitzender **3** www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-zoff-in-der-bremer-afd-_arid,1654220.html **4** Entsprechende Papiere liegen den Autor*innen vor. **5** Alexander Tassis ist Bürgerschaftsabgeordneter der AfD; Bundessprecher der Vereinigung „Homosexuelle in der AfD" als auch in der „Patriotischen Plattform" aktiv. **6** https://antifa-bremen.org/was-ging-ab/2013/rassistische-hetze-nach-todesfall-in-weyhe/ **7** Robert Teske ist stellv. Landesvorsitzender der AfD und Landesvorsitzender der JA **8** Marvin Mergard ist Schriftführer im Landesvorstand der AfD und stellv. JA-Vorsitzender als auch Mitglied im Ortsbeirat Vegesack. **9** https://de-de.facebook.com/pg/identitaereBremen/photos/?ref=page_internal **10** www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-afd-demonstriert-mit-aktivisten-der-identitaeren-bewegung-_arid,1637171.html **11** www.youtube.com/watch?v=RMR9CSy0Vw0 **12** https://de-de.facebook.com/identitaereBremen/posts/1923126211047440 **13** www.radiobremen.de/bremenzwei/veranstaltungen/bremen-zwei-unterwegs/arisierungsmahnmal-diskussion100.html **14** https://taz.de/Rechte-Anschlaege-in-Bremen/!5464288/

BRAUNZONE

In seinem ausführlichen Textbeitrag „Faschisten von heute? „Neue Rechte“ und ideologische Traditionen“ (APUZ 42–43) geht Volker Weiß der Frage nach, ob es eine weltanschauliche Verbindung der „Neuen Rechten“ zum historischen Komplex „Faschismus“ gibt. Angesichts eines jahrelang inflationären Gebrauchs letzterer Kategorie sollte diese Frage mit Bedacht beantwortet werden. Volker Weiß kommt zu dem Schluss: Vor dem Hintergrund der weltanschaulichen Disposition der Neuen Rechten und angesichts ihrer Kontakte und historischen Vorbilder ist festzustellen, dass sie das Erbe des Faschismus zumindest in großen Teilen angetreten hat. Das faschistische Element kommt dabei meist habituell und ästhetisch zum Vorschein, manifestiert sich aber, sobald der einhegende gesetzliche Rahmen wegfällt. Eine wichtige Quelle sind die vielfältigen historischen Bezüge auf die Konservative Revolution, die sich für die italienische Variante des Faschismus begeisterte. In diesem Sinne kann vor allem der harte Kern um das IfS durchaus in der Tradition des Faschismus gesehen werden. Wir haben mit Volker Weiß über seine Analyse gesprochen.

Faschisten von heute?

Interview mit Volker Weiß

Gibt es eine ideologische Verbindung der „Neuen Rechten“ zum historischen Komplex „Faschismus“ und um welche handelt es sich?

Trotz der Selbstdarstellung als „Konservative“ sind die Neuen Rechten in vielen Punkten wesentlich radikaler. Sie können aber dennoch nicht einfach als „nationalsozialistisch“ kategorisiert werden. Prägend ist ihr revolutionärer Anspruch, der sogar mit einem antibürgerlichen Habitus einhergehen kann. In diesem Sinne gelten Linke als die Spießer von heute. Ihr Ziel ist die Restauration einer durch soziale Ungleichheit strukturierten Gesellschaft, die von einem autoritären Staat gerahmt und von einer „nationalen Elite“ straff geführt wird. Richtungsgebend ist der Gedanke einer „nationalen Wiedergeburt“, das Selbstverständnis ist antimarxistisch, antiliberal und antiuniversalistisch. Die Verbindung zum historischen Faschismus besteht in mehrerer Hinsicht. Sie zeigt sich besonders in einer vergleichsweise grenzübergreifenden Ausrichtung der Neuen Rechten. Historisch steht ihre Konstituierung in Europa, v.a. in Deutschland und Frankreich während der sechziger Jahre, in einer direkten Tradition der Kollaboration und des Eurofaschismus der Kriegsjahre. In ihr hallte immer auch der Diskurs um einer „Europäische Neuordnung“ nach Vorbild der Waffen-SS nach, der über den simplen Nationalismus hinausreichte. Zudem bedient sich die Neue Rechte nach wie vor bei den „Neuen Nationalisten“ der Zwischenkriegszeit, die sich keineswegs nur auf den Nationalsozialismus bezogen. Gerade in den Kreisen der Theoretiker war Mussolini zunächst beliebter als Hitler. Dazu kommt — auch heute wieder — die Anziehungskraft des politischen Katholizismus, der im romanisch geprägten klassischen Faschismus durchaus präsent war. Insgesamt trug dieser Faschismus bei aller revolutionären Rhetorik noch mehr Elemente des Konservatismus in sich als seine deutsche Variante: der Nationalsozialismus. Relevante Teile der Neuen Rechten rücken ganz im Sinne Carl Schmitts eher die Begriffe Nation und Staat in den Mittelpunkt ihres Denkens, weniger Volk und Partei. All das sind feine Unterscheidungen, weshalb ihnen der Faschismus näher ist als der Nationalsozialismus.

Von diesen theoretischen Erwägungen gibt es recht handfeste Verbindungen etwa des Sezessions-Kreises zu italienischen Neofaschisten. Auch die Altright in den USA, die man schon vor der Wahl Trumps als die amerikanische Entsprechung des eigenen Projektes entdeckt hat, trägt deutlich faschistische Züge. Das gleiche gilt für die „Identitären“ als Jugendorganisation der Neuen Rechten. Wir sollten auch heute nicht unterschätzen, wie sehr Österreich als Vorbild gesehen wird. Dort finden wir mit dem Austrofaschismus eine eigene Tradition. Aber die Grenzen sind recht fließend, „die Neue Rechte“ ist ja kein geschlossenes Phänomen, sondern tritt in verschiedenen Gestalten auf.

Kann man die „strikte Trennung“ der Konservativen Revolution vom Nationalsozialismus aus den Reihen der sogenannten „Neuen Rechten“ ernst nehmen und warum sollte im Grunde nur im Plural von dieser „Neuen Rechten“ gesprochen werden?

Diese Trennung war ein Konstrukt ihrer Gründerfigur Armin Mohler, der den rein taktischen Charakter der Distanzierung selbst einräumte. Das Problem beginnt bereits damit, dass es eine „Konservative Revolution“ als geschlossene Strömung nie gab. Mohlers Kompendium, mit dem sich

dieser Terminus verbreitete, umfasst selbst eine Unzahl an rechten Strömungen, die kaum auf einen Begriff zu bringen sind. Das reichte von den Denkern des politischen Katholizismus über Preußen-Verehrer, völkische Reformer, wilhelminisch geprägte Reaktionäre, vorwärtsstürmende Jugendbewegte, Militaristen und Esoteriker bis zu frühen Nationalsozialisten. Eine einheitliche Linie ist dabei kaum auszumachen, außer dass Mohler die Tradition aus recht durchsichtigen Gründen 1932 abbrechen ließ. Insgesamt lässt sich daher eher mit Stefan Breuer von einem „Neuen Nationalismus" sprechen, der stärker durch moderne und dynamische Elemente geprägt war als seine Vorläufer im 19. Jahrhundert.



Volker Weiß ist Historiker und Publizist. Er forscht zu Geschichte und Gegenwart der extremen Rechten in Deutschland sowie der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Du sprichst von einer Latenz der faschistischen Form und weiter von der latenten Gewaltform der Neuen Rechten, was siehst du da konkret?

Die Latenz der Form zeigt sich im internationalen Vergleich. Neue Rechte in Deutschland agieren vor strikten gesetzlichen Regelungen, was die schlimmsten Auswüchse — noch — eindämmt. Wirft man aber einen Blick auf ihre internationalen Partner, wie die Altright in den USA oder die Casa Pound Bewegung in Italien oder die Milizen in Ungarn, die sich in einem anderen rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmen bewegen, sieht man, wie dünn dieser Lack ist. Dort sind offen faschistische Bezüge — Hitlergrüße, Uniformen und Gewalt — viel präsenter. Sprechchöre wie in Charlottesville, man wolle sich nicht von den Juden verdrängen lassen („Jews will not replace us"), werden hier vermieden, obwohl das Denken selbstverständlich vorhanden ist. Es ist auch bezeichnend, dass in der Neuen Rechten immer wieder gegen das Verbot der Holocaustleugnung angeschrieben wird. Man würde gerne sehr viel weiter gehen, als nur eine „Schuldkult"-Debatte zu führen, fürchtet aber die rechtlichen Konsequenzen.

Gewalt hat derzeit ihren Platz vor allem in der Rhetorik. Man hat eine grundsätzliche Entscheidung getroffen, gewaltfrei zu agieren, da Gewalt weitgehend tabuisiert ist und als Merkmal des politischen Gegners gelten soll. Dennoch wurde diese Selbstreglementierung bereits in einigen Fällen überschritten, etwa bei Kontrakultur Halle oder auf der Buchmesse am Stand der Jungen Freiheit. Vor allem aber zielt man ja nicht auf kleine Scharmützel, sondern die Übernahme des Staates, dessen Gewaltpotential dann effektiv genutzt werden soll.

Welche Rolle spielt der „Antirationalismus" in diesem Milieu?

Obgleich es dort sehr verbreitet ist, sich auf Kriminalitätsstatistiken oder demographische Erhebungen zu berufen, ist Antirationalismus eine tragende Säule. Letztlich hängt man geschichtsphilosophisch einem Schicksalsgedanken nach, nicht selten spielt auch Religion eine Rolle. Das reicht übrigens bis in scheinbar rational funktionierende Bereiche wie Wirtschaft und Staatsrecht hinein. In der Wirtschaft soll sich letztlich der ewige Wettkampfcharakter des Daseins bewahrheiten — als gebe es keine gesellschaftlichen Voraussetzungen dieses Wettbewerbs. Das öffnet das Feld bis weit in wirtschaftsliberale Vorstellungen hinein. Das Staatsrecht wird mit Carl Schmitt immer vom Extrem her gedacht, was bedeutet, dass ein handlungsfähiger Staat gegen sein eigenes Recht verstoßen können muss. Zur Legitimierung bedarf es nun einer höheren Instanz als Parlament oder Verfassung, da kommen nun Gott oder ein ewiges Volk ins Spiel. Wir sehen, auch dieser Antirationalismus hat seine Logik.

Die größte Rolle spielt er aber in der ganz konkreten Mobilisierung. Hier wird hemmungslos auf das Gefühl, die empfundene Wahrheit gebaut. Das kommt aber nicht aus dem Nichts. Letztlich werden dem häufig ja ebenfalls sehr affektiven Achtsamkeits- und Befindlichkeitsdiskurs der Zivilgesellschaft einfach die eigenen Narrative aufgesetzt. So macht es etwa der weiße Nationalismus in den USA: „Wenn Ihr für alle Minderheiten Räume fordert, dann erklären wir uns nun selbst zur Minderheit und fordern ebenfalls Räume — nur für uns". Ängste und Bedrohungsszenarien spielen eine zentrale Rolle, etwa bei Pegida oder in der „Umvolkungs"-Rhetorik bei AfD und den „Identitären". Ein Blick ins Internet zeigt, dass sich das Milieu hemmungslos seinen Affekten hingibt und in Ressentiments schwelgt. Es gilt noch immer der Spruch der Jungkonservativen aus den 20er Jahren: „Gefühl geht vor Verstand". Daher ist das beste Mittel, sie zu bekämpfen, ihnen mit einem kühlen Kopf zu begegnen. •

ANTIFA

Kampagnen gegen die AfD

Gespräch mit Aktivist*innen von **Aufstehen gegen Rassismus** (AgR) und **Nationalismus ist keine Alternative** (NIKA)

Stellt eure Kampagnen bitte kurz vor. Welchen thematischen Schwerpunkt habt ihr für eure Arbeit gelegt und warum?

NIKA: Am Anfang stand die Idee einer Mitmachkampagne, um als antifaschistische und antirassistische Linke gegen den politischen Rechtsruck handlungsfähig zu werden. So haben wir es mit über 400 Leuten, die einem öffentlichen Aufruf gefolgt sind, in Frankfurt/Main im Januar 2016 diskutiert. Es sollte ein wiedererkennbares Label entstehen — für den Widerstand gegen die AfD und andere Teile der rechten Bewegung auf der einen und gegen die autoritäre Wende der bürgerlichen Parteien und ihren staatlichen Rassismus auf der anderen Seite. Deswegen auch der Slogan: Gegen die Festung und ihre Fans. Dabei ist Nationalismus die verbindende Klammer zwischen den beiden Seiten der autoritären Formierung. Die ‚Rückkehr' zu nationaler „Souveränität" sowie geschlossenen Grenzen und die Vorstellung, der eigene Staat bzw. Standort sei ein sinnvoller Bezugspunkt und nicht Teil des Problems, vereint die verschiedenen Lager von Neoliberalen über Völkische bis zu nationalistischen „Linken". Insofern haben wir auch versucht, mit NIKA die Lücke, die bundesweite Antifa-Bündnisse hinterlassen haben, zu füllen. Gleichzeitig sagen wir den Leuten aber auch: die Beschäftigung mit Kameradschaften und Neonazis wird der aktuellen Gefahr von Rechts alleine nicht gerecht.

AgR.: Unsere Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus" (AgR) wurde im Frühjahr 2016 von einem bundesweiten Bündnis ins Leben gerufen und richtet sich gegen den Aufstieg der AfD. Die AfD hatte bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt bis zu 24 Prozent der Stimmen bekommen. Spätestens dadurch wurde klar, dass die AfD bundesweit zu einer ernsthaften Gefahr geworden war und die bestehenden lokalen Bündnisse und Initiativen nicht mehr ausreichen, um es mit ihr aufzunehmen. AgR ist eine breit getragene Kampagne, bei der attac, NaturFreunde, VVN-BdA, Jusos, Die LINKE, IG Metall Jugend und ver.di Jugend die größten Beiträge liefern. Mit ihren einzelnen Projekten reicht sie aber deutlich darüber hinaus und involviert insbesondere auch Menschen, die bislang nicht politisch aktiv waren.

Mit PEGIDA und dem darauf folgenden Aufstieg der AfD ist Rassismus weit in die Mitte der Gesellschaft salonfähig geworden. Ihr Erfolgsrezept ist das Bündnis zwischen national-konservativen RassistInnen und Neonazis. Mit der Abspaltung des Lucke-Flügels, dem Austritt von Petry, den zahlreichen Höcke-Unterstützern in der AfD-Bundestagsfraktion gewinnt der Neonazi-Flügel stetig an Macht. Ziel des Flügels ist es, mit einer faschistischen Massenbewegung und Macht in den Parlamenten die Gesellschaft grundlegend zu verändern. Wir müssen nun von unten so viel Druck aufbauen, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD undenkbar bleibt, dass sie schnell wieder an Zustimmung einbüßt und sich weder in den Parlamenten noch auf der Straße als gesellschaftliche Kraft etablieren kann.

Die AfD hat es geschafft, Flucht und Migration zum wichtigsten Wahlkampfthema zu machen. Viele Politiker*innen der anderen Parteien gingen daraufhin weiter nach rechts, in der falschen Hoffnung, so weniger Wähler*innen an die AfD zu verlieren. Die AfD sorgt also schon jetzt für einen Rechtstrend im politischen Diskurs.

Die AfD ist geistige Brandstifterin. Durch ihren Rassismus und der Zustimmung, die sie dafür bekommt, fühlen sich rechte Gewalttäter bestätigt. Im Jahr 2016 gab es 995 Angriffe auf Asylunterkünfte, 91 Anschläge auf Moscheen und insgesamt 23.555 rechte Straftaten. Das ist ein neuer Höchststand, der mit dem Aufstieg der AfD einher ging. Die Dunkelziffer liegt natürlich noch viel höher.

Wie bewertet ihr eure Arbeit nach der Wahl? Was hat gut funktioniert, was weniger?

NIKA: Die Kampagne hat es nicht geschafft, den Wahlausgang groß zu beeinflussen - das war aber auch nicht das Ziel. Vielmehr wollten wir dazu beitragen, dass die antifaschistische Linke wieder handlungsfähiger wird und die Chance zur Politisierung von neuen Leuten nutzen. Ge-

messen am aktuellen Zustand der radikalen Linken hat das gut funktioniert: Über die zwei Jahre der Kampagne sind eine große Menge an Demonstrationen, klandestinen Aktionen und öffentlichen Interventionen gelaufen, die die AfD, aber auch andere VertreterInnen der autoritären Formierung, öffentlich mit Dreck beworfen haben. So haben wir zu jenem Druck gegen die AfD beigetragen, der intern immer wieder zu Spaltungen geführt hat und eine Normalisierung der Partei weiterhin verhindert. Die AfD hat in internen Papieren auch zugegeben, dass die „Antifa" immer wieder ihrem Ansehen und ihrer Etablierung schadet. Außerdem mussten sich viele bürgerliche Akteure in dieser Konfliktsituation für eine Seite entscheiden. Trotzdem haben viele Linksliberale immer noch Beißhemmungen gegen die neuen Rechten, weil die ja keine ‚richtigen' Nazis wären. Auch was die inhaltliche Vermittlung antinationaler Inhalte angeht ist noch Luft nach Oben. Das zeigt: Wir sind von einem relativ niedrigen Niveau gestartet. Organisatorisch hat NIKA sich als Label zum Glück etwas verselbstständigt und ist von verschiedenen Gruppen und Bündnissen aufgenommen worden. So haben die Aktionen gegen die Rechtswende eine öffentlichkeitswirksame Gestalt bekommen, die nicht vom Chor der bürgerlichen Demokrat*innen einverleibt werden kann. Gerade bei den Mobilisierungen am Wahlabend hat sich auch gezeigt, dass es viele humanistisch und kosmopolitisch orientierte Jugendliche gibt, die nicht fassen können, dass FaschistInnen in einer Einwandungsgesellschaft wieder im Bundestag landen und fast jeden Tag ein Flüchtlingsheim angegriffen wird. Die NIKA-Kampagne konnte dazu beitragen, diese Wut politisch sichtbar zu machen. Dazu gab es erfreulicherweise am Wahlabend ohne größere Absprachen Demonstrationen unter anderem in Göttingen, Köln, Frankfurt/Main, Dresden, Leipzig, Paderborn, Mainz, Hamburg, München und Berlin, die von NIKA-Aktivist*innen organisiert wurden.



AgR.: Unser Ziel ist es, eine bundesweite Bewegung gegen die AfD aufzubauen. In den Monaten vor der Wahl hat sich diese Bewegung formiert. An unzähligen Orten gab es Proteste und Aktionen gegen die Veranstaltungen, Demos und Wahlkampfstände der AfD. Einer der Höhepunkte war der bundesweit mobilisierte Protest von 20.000 Menschen gegen den AfD-Bundesparteitag in Köln im April. Wir von AgR konnten dazu einen Teil beigetragen: Wir haben Aufklärungsarbeit über die AfD betrieben, eine Million Flyer „Warum die AfD keine Alternative ist" an Aktivist*innen im ganzen Land verschickt, wir haben zu Protesten aufgerufen und mobilisiert, Aktionskits für Aktionen gegen AfD-Wahlkampfstände verkauft, social media-Arbeit betrieben, Erfahrungen zusammengetragen und Aktionsanleitungen veröffentlicht. 39 AgR-Gruppen bundesweit haben vor Ort Aktionen und Proteste gegen die AfD organisiert und neue Aktivist*innen für den Kampf gegen die AfD gewonnen.

Wir haben also gemeinsam mit vielen anderen Bündnissen und Initiativen eine bundesweite Bewegung gegen die AfD aufgebaut. Doch — wie wir bei den Wahlergebnissen gesehen haben — ist diese Bewegung noch nicht stark genug, um die AfD bundesweit zurückzudrängen.

Wen wolltet ihr mit euren Kampagnen ansprechen und welche Mittel habt ihr dafür gewählt?

NIKA: Als dezentrale Mitmachkampagne war es uns einerseits immer wichtig, das Signal an eine etwas lethargische Antifa-Szene und wütende Jugendliche zu senden, dass Widerstand gegen das rechte Projekt möglich und Organisierung dafür nötig ist und andererseits sowohl in Richtung der AfD, als auch der bürgerlichen Kräfte deutlich zu machen: „Ihr tragt die Verantwortung für die rassistische Gewalt, Gesetzesverschärfungen und die Abschottung Europas." Das erforderte ein niedrigschwelliges Aktionsniveau zwischen zivilem Ungehorsam und „milder" Militanz, damit sich Leute das NIKA-Label aneignen und eigene Handlungsfähigkeit entwickeln können. Die inzwischen charakteristischen weißen Anzüge sollten dabei Wiedererkennbarkeit sichern und an die Spurensicherung am „Tatort Rassismus" erinnern. Besonders einige Videos — wie „Return to sender" (Brandschutt der Geflüchtetenunterkunft in Nauen vor der AfD-Bundeszentrale), „Abschottung könnt ihr haben!" (AfD-Büro in Frankfurt/Main zugeschraubt) oder die Geburtstagsfeier unter dem Motto „Happy Birthday Schreibtischtäter" für den Think Tank, der das EU-Türkei-Abkommen zur Abschottung gegen Geflüchtete ausgearbeitet hat — waren sicherlich ‚öffentlichkeitswirksame' Highlights der Kampagne.

Für die Breite der Kampagne stehen vor allem die vielen erfolgreichen lokalen Aktionen, etwa gegen Räume der AfD in Paderborn, Jena, Köln, Halle und an weiteren Orten, aber auch gegen CDU, SPD und Grüne durch symbolische Straßensperrungen und ähnliche Aktionsformen. Aber auch einige Massenaktionen wurden unter dem Label gestemmt, so die Proteste gegen die Bundesparteitage der AfD in Stuttgart und Köln, oder diverse Großdemonstrationen, z.B. gegen den Dritten Weg in Plauen am 1.Mai 2016.



Protestaktion gegen die AfD vor der Konstituierung des Bundestages am 24. Oktober 2017.

AgR.: Mit unserer Kampagne wollen wir alle Menschen ansprechen, die gegen die AfD und gegen Rassismus sind. Die Beispiele Köln und Münster zeigen, dass Massenproteste gegen die AfD die Stimmung in einer ganzen Stadt verändern können. In Münster hat ein breites Bündnis im Frühjahr gegen den AfD-Neujahrsempfang tausende Menschen auf die Straße gebracht und in Köln zwei Bündnisse gemeinsam 20.000 Menschen gegen den AfD-Bundesparteitag. Auch wenn die Bündnisarbeit sehr unterschiedlich war und es in Köln eine Spaltung gab, haben sie es gemeinsam geschafft, in der Stadt eine Stimmung zu schaffen, dass die AfD nicht akzeptiert ist. Das ist ein Grund, warum in Münster und Köln die Wahlkreise sind, wo die AfD bei der Bundestagswahl die schlechtesten Ergebnisse hatte.

Bunte, breite Massenproteste sind also ein sehr wichtiges Mittel. Aber auch die vielen kleinen Aktionen gegen AfD-Veranstaltungen und Wahlkampfstände schaden der AfD und ihrem Image. Im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein hat diese Strategie besonders gut funktioniert.

Wir machen außerdem Stammtischkämpfer*innen-Seminare, in denen wir den Umgang mit rechten und rassistischen Parolen üben und potentielle Mitstreiter*innen kennen lernen. Die AgR-Gruppen haben offene Treffen, zu denen jede*r kommen kann, der/die gegen die AfD aktiv werden möchte und ab und zu öffentliche Diskussionsveranstaltungen.

Der Rassismus und die Zustimmung zur AfD ist bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen. Wir brauchen also auch Aktivist*innen aus der Mitte, um dagegen



zu kämpfen. Daher sind uns offene Strukturen für neue Aktivist*innen ohne Organisation oder aus Organisationen, die bisher nicht aktiv am Kampf gegen rechts beteiligt waren, sehr wichtig.

Unser Ziel ist die Wiederherstellung der „roten Linie" gegen die extreme Rechte, die gesellschaftliche Ächtung der AfD.

Wir können der AfD noch viel mehr schaden, wenn unsere Aktionen und Proteste nicht einzeln gesehen werden, sondern als eine Bewegung. Wenn wir uns einen gemeinsamen Nenner geben, dann ist eine kleinere Aktion mehr wert als eine Meldung in der Lokalpresse, sondern ein Beispiel für eine Reihe von Aktionen der bundesweiten Bewegung gegen die AfD.

Die AgR-Gruppen sind sehr unterschiedlich. Manche wurden neu gegründet, andere sind schon seit Jahren aktive Bündnisse gegen Rechts. Alle Bündnisse, die gegen die AfD kämpfen, laden wir herzlich ein bei AgR mitzumachen.

In vielen Debatten innerhalb der Linken gibt es eine Gegenüberstellung von Identitätspolitik und Klassenkampf. Der Vorwurf lautet, dass die Linke sich zu weit von der „Arbeiterklasse" entfernt und sie damit der AfD überlassen hätte. Was haltet ihr davon?

NIKA: An der Gegenüberstellung ist doch fast alles falsch. Schon die Emanzipation von Frauen* und Migrant_innen von der „sozialen Frage" zu trennen, akzeptiert doch die linksnationalistischen Deutungen von Wagenknecht und Co., die sich unter Arbeiterklasse immer noch nur weiße deutsche Männer vorstellen wollen — als wäre der Kampf für gleiche soziale und politische Rechte von Frauen, Homosexuellen und Migrant*innen keine Klassenfrage. Zweitens steckt dahinter die These: Wenn es mir sozial schlecht geht, werde ich Rechts. Aber Nationalist wird man nicht automatisch, weil es einem schlecht geht, sondern weil man reaktionäre Ideologien übernimmt. In einem global vernetzten Kapitalismus, in Zeiten globaler Flucht- und Migrationsbewegungen in Richtung der Wohlstandsinseln, die ihre hohen sozialen und ökologischen Kosten noch immer auslagern, kann aber die „soziale Frage" nur grenzübergreifend beantwortet werden. Drittens werden so reaktionäre Einstellungen einfach entschuldigt und außerdem auf die sozialen Unterklassen projiziert. In der Mittelklasse gibt es aber mindestens ebenso viele autoritäre Charaktere, die viertens nicht einfach durch das ‚richtige' politische Angebot zu Genoss*innen werden. Die AfD mobilisiert vor allem Ressentiments und Verschwörungsmythen, aber keine sozialen Interessen. Vielmehr ist es doch so, dass die gesellschaftliche Linke es in den letzten dreißig Jahren nicht geschafft hat, der neoliberalen Hegemonie eine solidarische Praxis und breitenwirksame Perspektiven entgegenzusetzen. Denn gerade die neoliberale Vereinzelung bereitet den Boden dafür, in scheinbar natürlichen Gemeinschaften Halt zu suchen und z.B. einen identitären Rollback zu fordern oder traditionelle Geschlechterverhältnisse zurückholen zu wollen.

AgR.: Wir haben eine doppelte Verantwortung, die wir nicht als zwei getrennte Strategien gegeneinander ausspielen sollten: Wir müssen erstens die AfD bekämpfen und für diesen Kampf möglichst viele Menschen gewinnen. Das schaffen wir nicht allein aus der gesellschaftlichen Linken heraus. Wir brauchen auch viele neue Aktivist*innen, Demokrat*innen und Antirassist*innen aus der Mitte der Gesellschaft, um genug Druck gegen die AfD aufbauen zu können.

Zweitens müssen wir natürlich eine Alternative aufbauen, die auf Abstiegsängste, Sozialabbau und die wachsende Schere zwischen Arm und Reich solidarische Antworten gibt. Aber der Aufbau einer linken Alternative ist nicht die Aufgabe einer breiten, antirassistischen Kampagne. Viele unserer Bündnisorganisationen arbeiten daran, diese solidarische Alternative aufzubauen. Allerdings geht es hier um eine langfristige Aufgabe, für die unterschiedliche Organisationen sehr unterschiedliche Ideen und Ansätze haben. Zudem sind auch organisationsintern oft lange Debatten nötig, um sich überhaupt auf eine gemeinsame Strategie zu einigen. Der Aufbau einer solidarischen Alternative braucht außerdem demokratische Strukturen und ganz viel Raum für Diskussionen. Den Rahmen dafür kann und soll AgR nicht bieten

Wie sieht die Zukunft eurer Kampagnen aus? Was plant ihr? Gibt es nach der Bundestagswahl neue Strategien?

NIKA: Klar ist in jedem Fall: Der Rechtsruck wird nicht durch Anpassung an ihn gestoppt werden. Wenn die Antifa nicht kompromisslos deutlich macht, dass der Rahmen der legitimen politischen Auseinandersetzung dort endet, wo anderen Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer

Hautfarbe oder ihrer sexuellen Orientierung das Grundrecht auf Beteiligung abgesprochen wird, wird es niemand tun. Dabei sollten wir uns von der rechten Kampagne für „Meinungsfreiheit" und der Aufregung einer nach rechts taumelnden Mitte nicht täuschen lassen: Ein konsequenter Antifaschismus mag nicht immer legal sein, er ist aber nicht nur legitim, sondern notwendig. Den offenen Feinden der Emanzipation keinen Raum zu lassen, ist nicht „Extremismus", sondern ihre Bedingung ist es. Mit den notwendigen Aktionen gegen Reaktionäre allein wird der gesellschaftliche Ruck nach Rechts aber nicht gestoppt werden. Die zahlreichen Gegenaktionen der letzten Jahre haben die Etablierung der AfD ja höchstens be-, aber nicht verhindern können. Schon ein Blick auf die Wahlergebnisse der AfD zeigt: Nationalismus zieht dort besonders gut, wo Regionen abgehängt und Menschen faktisch aussortiert sind oder sich davon bedroht fühlen. Deshalb ist auch die Herrschaft liberaler Technokraten trotz ihrer Appelle an „Weltoffenheit" und „Toleranz" kein Mittel gegen den Rechtsruck, sondern dessen Treibstoff. Eine Linke, die weder bei dem Rückfall in die Barbarei mitmachen, noch sich in einer langfristig hoffnungslosen Defensive verlieren will, muss daher selbst eine antikapitalistische Handlungsfähigkeit entwickeln. Ein „Aufstehen gegen Rassismus" gemeinsam mit den Vertretern eines neoliberalen Wettbewerbsstaates kann daher nicht funktionieren. Was — wie ein Blick über den nationalen Tellerrand zeigt — hingegen funktionieren kann, sind im Alltag verankerte Formen der Solidarität und der Selbsthilfe, die verbunden werden mit dem Mut, offensiv den sozialen Konflikt zu suchen. Zuallererst heißt das: Es braucht mehr Organisierung, mehr Jugendarbeit und den Aufbau eigener Strukturen. Deswegen sollte „next level" das Ziel sein, nun z.B. mit offenen Treffen mehr Leute in organisierte Strukturen einzubinden.

AgR: Für nächstes Jahr stehen europaweite Proteste gegen Rassismus und den Aufstieg der Rechten an. Außerdem planen wir eine bundesweite Aktivenkonferenz, bei der wir über die Gefahr der AfD diskutieren und unsere gemeinsamen Gegenstrategien weiter entwickeln wollen. Im Mai sind außerdem Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und im Herbst Landtagswahlen in Bayern und Hessen, wo wir der AfD gehörig den Wahlkampf vermiesen möchten. Unser großes Ziel bis 2021 ist, dass die AfD nicht noch einmal in den Bundestag einziehen kann, dass sie zur Episode wird. Wir werden die bundesweite Bewegung gegen die AfD weiter aufbauen und verbreitern. Wenn wir noch mehr Organisationen und Aktivist*innen gewinnen und gemeinsam als plurale, bundesweite Bewegung wahrgenommen werden, können wir so viel Druck aufbauen, dass niemand mehr mit der AfD zusammenarbeiten will, dass sie ausgegrenzt wird und dass sie es 2021 nicht über die 5 Prozent schafft.

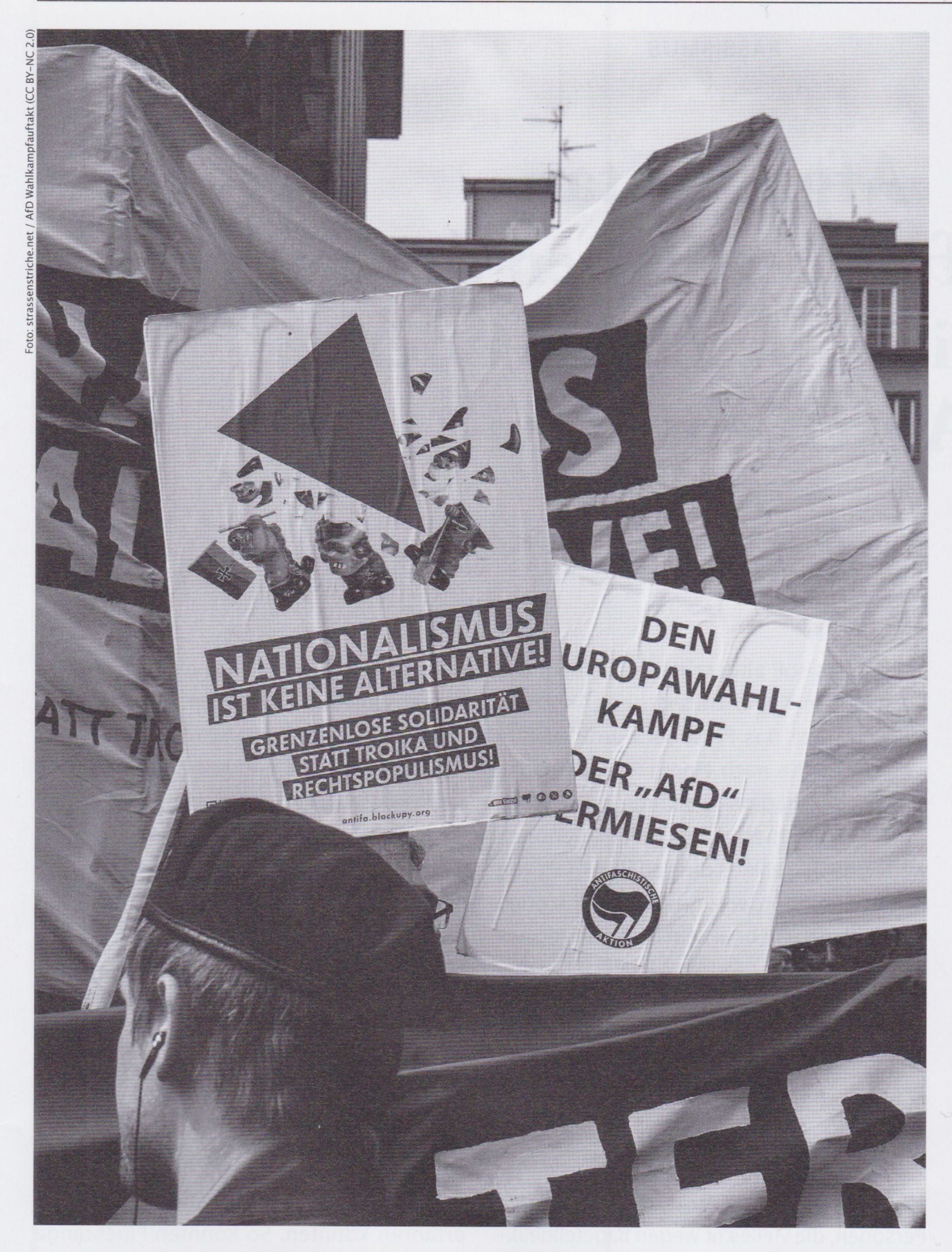
In der ak wurde u.a. betont, die innerparteilichen Richtungsstreitigkeiten der AfD seien weiter zu befeuern, um auf diesem Weg eine Schwächung herbeizuführen. Haltet ihr dieses Vorgehen für sinnvoll und wie könnte ein solches Unterfangen gelingen? Oder scheint es nicht doch eher angebracht, linke Politik wieder stärker auszubuchstabieren und sich darauf zu konzentrieren?

NIKA: Das ist kein Entweder-Oder. Denn spätestens seit Petrys Austritt hat sich eine Wagenburgmentalität in der AfD gezeigt. Kaum jemand ist in ihre Partei übergewechselt, die meisten Mitglieder scheinen eher mit dem radikal rechten Flügel zu sympathisieren. Eine Unterscheidung in schlimme und weniger schlimme Teile der Partei ist nicht sinnvoll: Wir sollten daher lieber den Druck von Außen erhöhen. Denn auch wenn das natürlich gegen eine Partei wie die AfD erstmal schwieriger ist, sollten wir nicht vergessen, dass auch die Verhinderung von Neonaziaufmärschen und NPD-Demonstrationen lange Zeit nur ein Ziel der autonomen Antifa war, bis dann andere zivilgesellschaftliche Akteure nachzogen. Es ist nicht unmöglich, dass auch AfD-Parteitagen dasselbe Schicksal wiederfährt. Dafür braucht es aber eben auch Ansprechbarkeit u.a. durch Pressearbeit, Veranstaltungen und den Austausch mit anderen Milieus, eine Verankerung im Alltag, beispielsweise durch Soziale Zentren und systematische Bündnisarbeit — und gerade mit Akteuren, wie migrantischen Communities an der Basis und Jugendlichen, die von der rechten Politik zwar betroffen, bisher aber noch viel zu selten Teil der klassischen linken „Szene" sind. Und darüber hinaus braucht es, wie gesagt, eine Doppelstrategie, die dafür sorgt, dass das „Gespenst, das umgeht" wieder der grenzübergreifende Klassenkampf von Links und nicht der Rassismus von Rechts ist. Dazu gibt es ja gerade auch unterschiedliche Versuche in der radikalen Linken, die auf Stadtteilebene oder im Logistiksektor z.B. bei Amazon versuchen, Antikapitalismus zu lokalisieren.

AgR: Nochmal: Es ist fatal, beide Aufgaben gegeneinander auszuspielen. Wir müssen die AfD stoppen, sonst wird die Gewalt gegen Geflüchtete, Muslime, Migrant*innen, LGBTIQ* und andere weiter zunehmen. Sonst werden wir selbst als Antifaschist*innen, als Linke, als Feminist*innen, Gewerkschafter*innen, als „Gutmenschen" ihre nächsten Opfer sein. Sonst wird die AfD eines Tages in einer Regierungskoalition sitzen, vielleicht eine neue faschistische Massenbewegung aufbauen und die Linke soweit kriminalisieren, dass wir kaum noch Mittel und Freiräume haben.

Wir müssen aber auch neue Strategien für soziale Verbesserungen und Visionen für eine solidarische Gesellschaft entwickeln. Sonst wenden sich Aktivist*innen enttäuscht ab, sonst bauen wir nicht weiter auf, sonst haben wir keine Hoffnung auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft mehr, sonst überlassen wir die Systemkritik den Rechten. Viele Bündnisorganisationen teilen also ihre Ressourcen auf und arbeiten an beiden Aufgaben.

Die innerparteilichen Spannungen der AfD zu befeuern, funktioniert. Die Abspaltung von Petry ist ein Beweis dafür. Ohne die breite Kritik aus der Bewegung und aus den Medien, die Höcke und seine Leute als Neonazis enttarnten, hätte Petry ihn nicht als Hindernis für den Erfolg der AfD gesehen und hätte sich nicht gegen ihn stellen müssen. Die AfD ist nur erfolgreich, solan-



ge sie einen konservativ nationalistischen Deckmantel hat, hinter dem sich Neonazis verstecken können. Indem wir immer wieder zeigen, dass die AfD massenweise Neonazis in ihren Reihen hat und diese in politische Verantwortung bringt, können wir erreichen, dass sich die AfD weiter spaltet und eines Tages wie die NPD heute als Neonazi-Partei dasteht. Damit würde sie wahrscheinlich kaum noch Unterstützung über die organisierte Rechte und überzeugte Neonazis hinaus bekommen.

Was erwartet ihr von der Linken? Welche Impulse wollt ihr setzen und welche Forderungen habt ihr an Menschen, die sich gegen die AfD positionieren wollen?

NIKA: Bemerkenswert ist aktuell die Selbstentwaffnung der Liberalen und das naive demokratische Bewusstsein, nach der die bloße Masse an Stimmen schon Legitimation bedeutet. Aber nur weil Neonazis demokratisch gewählt wurden, muss man sie nicht demokratisch bekämpfen. Dass die „Mitte der Gesellschaft" den gleichen Fehler trotzdem immer wieder macht, liegt an den inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit dem rechten Rand (Sozialdarwinismus, Rassismus, etc), die nicht zuletzt daraus resultieren, dass eine Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen immer wieder und ganz nüchtern jene Ausschlüsse hervorbringen muss, die die Rechten dann noch bejubeln und verklären. Dazu kommt: Viele bürgerliche Demokrat*innen finden die Rechtsradikalen nur solange schlimm, wie sie die parlamentarische Demokratie abschaffen wollen — dadurch haben sie dem neuen Projekt der radikalen Rechten, einer „autoritären Demokratie", aber fast nichts mehr entgegenzusetzen. Wohin das führen kann, zeigt ein Blick nach Österreich.

Für die Linke heißt das auf der praktischen Ebene ganz sicher: Nicht den reaktionären Teilen der Gesellschaft hinterherzulaufen, sondern erstens den Druck auf die AfD zu erhöhen, indem wir ihre Normalisierung praktisch behindern, wir also ihre Verankerung und ihre Infrastruktur wie z.B. Compact verstärkt angehen, und zweitens eigene Punkte zu setzen — z.B. mit der Unterstützung von Kämpfen im Logistikbereich oder beim Thema Mieten, bei der Stadtteilarbeit und bei der Organisation grenzübergreifender Solidarität. Eine Möglichkeit wäre zudem vielleicht, die AfD nicht nur dort anzugehen, wo sie ideologisch stark ist, sondern ihr eine eigene, grenzübergreifende Mobilisierung anhand der sozialen Frage entgegenzustellen.

AgR: Wir erwarten von der gesellschaftlichen Linken, dass sie die Gefahr der AfD anerkennt und einsieht, dass wir breite Bündnisse und eine bundesweite Bewegung brauchen. Natürlich gehören aus linker Sicht der Kampf gegen Rassismus und gegen Kapitalismus zusammen. Doch die Linke allein ist nicht stark genug, um allein gegen die AfD zu kämpfen. Im Kampf gegen die AfD müssen wir mit Bündnispartnern zusammenarbeiten, deren politische Strategie wir auf anderen Feldern nicht teilen. Wenn wir das nicht schaffen, dann nehmen wir in Kauf, dass die AfD sich als politische Kraft etabliert, weiter aufbaut und wir sie nicht mehr loswerden.

Wir laden daher alle Linken, alle Antifaschist*innen und alle Antirassist*innen ein, mit uns zusammenzuarbeiten. •

RASSISMUS

Afghanistan Verkrampftes Festhalten der Politik an einer beschämenden Abschiebepraxis

STEPHAN DÜNNWALD

■ Seit Oktober 2016 gibt es ein Übereinkommen zwischen der deutschen Bundesregierung und der Islamischen Republik Afghanistan, nach der abgelehnte afghanische Flüchtlinge ohne große Formalitäten auch ohne Reisepass nach Kabul abgeschoben werden können. Deutschland und die EU machten für dieses Zugeständnis der afghanischen Regierung mehrere Milliarden Euro für Hilfen locker.

Seit dem 14. Dezember 2016 gibt es nun regelmäßige Abschiebungen nach Afghanistan. Obwohl in den ersten sechs Monaten nach der Übereinkunft fünfzig Afghanen pro Flugzeug hätten abgeschoben werden konnten, ist es den Behörden kein einziges Mal gelungen, auch nur in die Nähe dieser Zahl zu kommen. 23 Abschiebungen war die Höchstzahl, in vielen Fällen wurde gerade einmal ein Dutzend abgeschobene Menschen in einem Flugzeug nach Afghanistan gebracht.

Fragwürdige Kategorien

Seit am 31. Mai 2017 eine Bombe vor der Deutschen Botschaft in Kabul explodierte, und die für den gleichen Tag angesetzte Abschiebung ausgesetzt worden war, verständigte sich die Bundesregierung darauf, nur Straftäter, Gefährder und „hartnäckige Identitätstäuscher" abschieben zu wollen. Dies kann als ein besonders bizarres Festhalten an einer Abschiebepraxis bewertet werden, die von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt wird. Um (beinahe) jeden Preis soll abgeschoben werden. Die Botschaft in Kabul ist seit dem Anschlag nicht besetzt, das Personal wurde evakuiert, die Suche nach einem Ersatz für das schwer beschädigte Gebäude ist schwierig. Die Abschiebungen gehen dennoch weiter, auch wenn es die geballte Kraft von Ausländerbehörden und Innenministerien nicht schafft, mehr als ein Dutzend Afghanen für einen der teuren Charterflüge zusammenzubringen. Allein das Charterflugzeug kostet ca. 300.000 Euro, hinzu kommen die Kosten für Landespolizei und Bundespolizei. Die aufgestellten Kategorien sind mehr als fragwürdig: Wer irgendwann zu mehr als 50 Tagessätzen verurteilt wurde, gilt als Straftäter. So werden Personen, die vielleicht wegen Bagetelldelikten wie Schwarzfahren oder Diebstählen geringwertiger Sachen verurteilt wurden, durch die Abschiebung in höchste Gefahr gebracht. Häufig sind die Abgeschobenen nie in Afghanistan gewesen, weil sie im Iran aufgewachsen sind. In der Regel waren sie seit Jahren nicht mehr in Afghanistan. Eine Rückkehr in unbekannte Verhältnisse lässt sie hilflos in Kabul stranden, oft ohne die Unterstützung von Verwandten. So ist es kein Wunder, dass viele, vielleicht sogar die meisten der Abgeschobenen sich gleich wieder auf den Weg machen, zumindest in die Nachbarstaaten, oft aber auch wieder in Richtung Europa.

Insbesondere Bayern nutzt inzwischen auch die Kategorie „hartnäckige Identitätstäuscher", um wenigstens ein paar Afghanen abschieben zu können. Hier reicht es schon aus, wenn jemand mal nicht sofort der Aufforderung der Ausländerbehörde, beim Konsulat Papiere zu beantragen, gefolgt ist. Dies hat zur Folge, dass in Bayern weiterhin sehr viele Afghanen von Abschiebung bedroht sind, während in allen anderen Bundesländern bisher nur Straftäter für die Abschiebung gemeldet worden sind.

Möglichkeiten des Schutzes und der Intervention

Die sehr dünne Erfolgsbilanz der Behörden liegt auch daran, dass wir in der Regel die Termine für die Abschiebeflüge im Voraus erfahren konnten. So konnten Flüchtlinge und Unterstützer_innen rechtzeitig gewarnt werden. Zugleich wurden für diesen Zweck Netzwerke aufgebaut. Afghanen warnen sich untereinander über WhatsApp Mitteilungen, über verschiedenste E-Mail-Listen werden Warnhinweise verschickt, auf den Webseiten verschiedener Organisationen (u.a. www.fluechtlingsrat-bayern.de) und Facebook-Seiten gibt es Hinweise darauf, wer überhaupt gefährdet ist und wie man sich als Betroffener bzw. Unterstützer_in verhalten kann. So können Flüchtlinge ihren aktuellen Rechtsstatus überprüfen lassen und klären, ob sich ein Folgeantrag lohnt. Wenn rechtlich nichts mehr zu machen ist, kann man zumindest sehen, dass ein Flüchtling nicht in der Zeit



Proteste gegen eine ursprünglich geplante, dann jedoch ausgesetzte Abschiebung nach Afghanistan am Flughafen Leipzig/Halle

um die Abschiebung herum an den gewohnten Orten schläft. Das kann die Unterkunft sein, aber Afghanen wurden auch schon bei Freunden oder Freundinnen gesucht. Skandalisiert wurde ein Abschiebeversuch aus der Berufsschule heraus. In der Nürnberger Schule solidarisierten sich Mitschüler_innen mit dem jungen Mann, die Polizei rief das Unterstützungskommando zur Hilfe, mit sehr rüden Methoden wurde der Afghane abtransportiert und die Sitzblockade aufgelöst. Die Schüler_innen dieser Berufsschule haben inzwischen ein Bündnis gegen Abschiebungen gegründet. Die Versuche des Bayerischen Innenministeriums, die Proteste zu kriminalisieren, liefen weitgehend ins Leere. Zahlreiche Proteste von Schüler_innen, Lehrer_innen und anderen kritisierten vehement die Haltung von Polizei und Behörden. Gewerkschaften und Verbände machten sich gegen Abschiebungen aus Schulen stark.

Weil bei den ersten Abschiebeversuchen viele Afghanen nicht zu Hause angetroffen worden sind, da Unterstützer_innen ihnen Schutz und Obdach geboten hatten, gingen die Behörden inzwischen dazu über, schon weit im Vorfeld Personen in Abschiebehaft zu nehmen. Das ist in den meisten Fällen illegal, weil Abschiebehaft nur verhängt werden darf, wenn Hinweise auf Fluchtgefahr bestehen. Systematisch legen Anwält_innen Haftbeschwerden ein, in einigen Fällen sogar erfolgreich. Der Erfolg wäre noch höher, würden die zuständigen Gerichte die Fälle nicht liegenlassen, bis der Abschiebetermin verstrichen ist.

Mit der Unterstützung des Rechtshilfefonds von Pro Asyl versuchen verschiedene Akteure, Betroffenen im Bedarfsfall Anwält_innen zu vermitteln, und diese dann im Verfahren gegen die geplante Abschiebung zu unterstützen. Dies ist inzwischen eine gut eingespielte Praxis, die dafür Sorge trägt, dass von Abschiebung bedrohte Afghanen eine qualifizierte rechtliche Vertretung bekommen und, in allerdings wenigen Fällen, auch vor Gericht erfolgreich gegen die Abschiebung interveniert werden konnte.

In einigen Fällen konnten auch Kirchenasyle organisiert werden, um von Abschiebung bedrohten Afghanen vorübergehend Schutz zu gewähren. Etwa in der Hälfte dieser Fälle konnten über eingelegte Rechtsmittel, vor allem Asylfolgeanträge, zumindest eine zeitweilige Lösung gefunden werden. Da aber Kirchenasyle rar sind, sind die meisten Afghanen eher darauf angewiesen, dass sie anderweitig Schutz und Obdach bekommen. Außerdem dürfen sie nicht unangemeldet länger als drei Nächte ihrer Unterkunft fernbleiben, da sie sonst Gefahr laufen, als flüchtig bzw. untergetaucht bezeichnet und zur Fahndung ausgeschrieben zu werden. Zunehmend wird komplementär zu Kirchenasylen ein Bürger_innen-Asyl diskutiert. Das wäre eine Möglichkeit, zumindest symbolisch zivilen Ungehorsam zu üben und gegen Abschiebungen nach Afghanistan Stellung zu beziehen. All dies trägt dazu bei, Afghanen vor einer drohenden Abschiebung in Schutz zu nehmen und den Protesten und Kampagnen gegen Abschiebungen nach Kabul Schwung zu verschaffen. Der beharrliche Wille der Innenminister, trotz einer sich kontinuierlich verschlechternden Sicherheitslage Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen, zeigt, dass Menschenwürde und Menschenrechte in Deutschland wenig gelten, wenn es um die Durchsetzung politischer Interessen geht. Dagegen heißt es aufzustehen, den Abschiebebehörden möglichst viele Steine in den Weg zu legen, und den Abschiebeministern klar zu zeigen, dass diese Politik nicht gewollt ist. •

RASSISMUS

„Pazifische Lösung" Politik der Abschreckung

FELIX HEESE

Am 25. August 2001 rettete das norwegische Frachtschiff MS Tampa mehr als 400 hauptsächlich afghanische Geflüchtete von einem nicht mehr seetüchtigen Boot. Internationalem Seerecht folgend steuerte Kapitän Arne Rinnan unverzüglich den nächstgelegenen Hafen auf der Weihnachtsinsel an, welcher australisches Hoheitsgebiet ist. Er bat die australische Küstenwache die Schiffbrüchigen absetzen zu dürfen, was ihm verweigert wurde. Unter Androhung einer Klage wegen Menschenhandels wurde ihm befohlen, Kurs auf Indonesien zu setzen, doch Rinnan ankerte in internationalen Gewässern vor der Weihnachtsinsel. Am 29. August rief er den Notstand auf seinem Schiff aus und entschied sich, die Insel doch anzufahren. Das Schiff wurde von Spezialkräften gestürmt und am Anlegen gehindert.

Die Tampa-Affäre läutete eine härtere Gangart der australischen Regierung gegenüber den sogenannten „boat people" ein. Die Geflüchteten sollten unter keinen Umständen australischen Boden betreten, da damit das Asylverfahren laut Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) eingeleitet wird. Nur vier Tage nach der Rettung der Schiffbrüchigen verabschiedete die Regierung unter Premier John Howard (Liberale Partei) die „Border Protection Bill 2001". Seither gilt für alle „boat people" eine strikte Einwanderungshaft in „Offshore Detention Centres", wo ihre Asylanträge abseits des australischen Festlands bearbeitet werden.

Bereits am 20. September erreichten die ersten Geflüchteten den kleinen Inselstaat Nauru — 21 km² groß und 3.000 km von der australischen Küste entfernt — wo in aller Eile das „Nauru Regional Processing Centre" (NRPC) eröffnet wurde. Wenig später, am 21. Oktober 2001, öffnete das „Manus Regional Processing Centre" (MRPC) auf einer Militärbasis auf der Insel Manus in Papua-Neuguinea (PNG). Beide Lager waren damit noch vor der Parlamentswahl im November bezugsfertig — Howard gewann die Wahl.

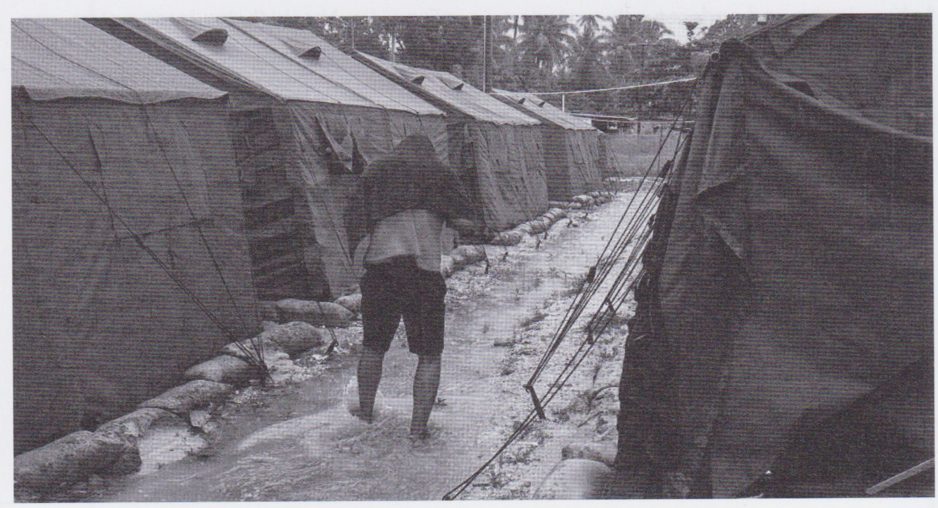
Politik der Abschreckung — Auslagerung ins Niemandsland

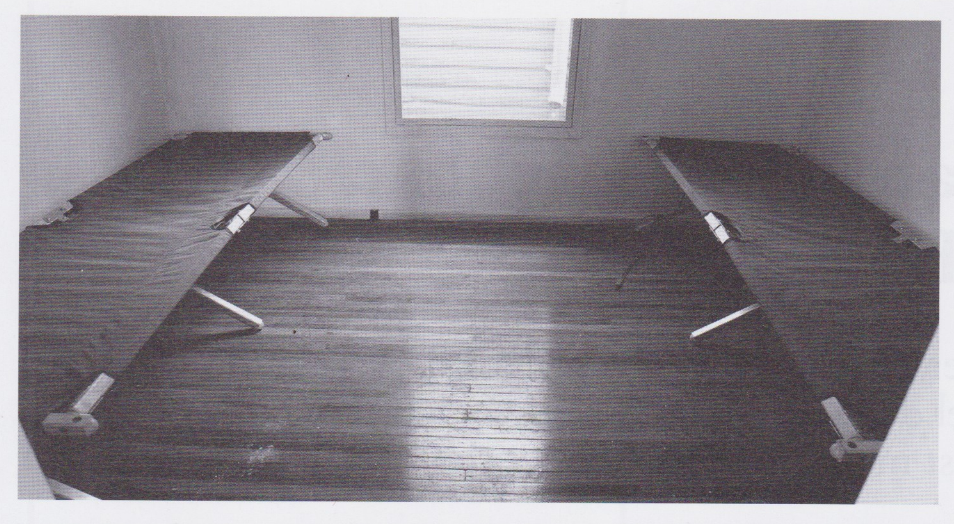
Die meisten der internierten „boat people" kommen aus Afghanistan und dem Iran — ihre Chancen, als Asylsuchende anerkannt zu werden, liegen laut Statistik zwischen 85 und 100 Prozent. Asylanträge von mit dem Flugzeug Eingereisten werden hingegen nur zu etwa 50 Prozent anerkannt.[1]

2008 stoppte die sozialdemokratische Labor Partei unter Premier Kevin Rudd die Auslagerung von Asylsuchenden, belebte die „Pazifische Lösung" allerdings im Jahr 2012 wieder. Kurz vor der Wahl im Jahr 2013 verschärfte Kevin Rudd die Bestimmungen und erklärte, dass Asylsuchende, die ohne Visa per Boot einreisen, niemals in Australien angesiedelt würden — selbst, wenn sie als Flüchtlinge anerkannt werden.

Der folgende Premier Tony Abbott (Liberale Partei), verschärfte die Bestimmungen für Asylsuchende erneut. Direkt nach der Wahl 2013 rief er die „Operation Sovereign Borders" (OSB) ins Leben, welche mit der „No Way"-Kampagne potentiellen Bootsflüchtlingen vermittelte, dass sie in Australien niemals Fuß fassen würden. Der eigentliche Auftrag der OSB ist jedoch, ankommende Boote nicht nur abzufangen, sondern aus australischen Hoheitsgewässern zu schleppen. Dazu werden Asylsuchende auch in Rettungskapseln oder Schlauchboote gepfercht und zurück nach Indonesien geschickt.

Die Zahlen der mit Booten nach Australien Gelangten gehen durch die Maßnahmen der OSB gegen null. Diese Maßnahmen, sowie alle vorherigen, werden mit dem Schutz von Menschenleben, der Bekämpfung brutaler Schlepperbanden und der Sicherung der Grenze legitimiert. Mit dem großen Andrang von Flüchtenden an





Australiens Stränden kann man diese radikalen Maßnahmen jedoch nicht erklären. Im Haushaltsjahr 2012/2013 kamen etwas mehr als 25.000 Menschen ohne Visum mit dem Boot an, von denen etwa 18.000 Antrag auf Asyl stellten — der höchste Wert in den Aufzeichnungen. Im gleichen Zeitraum wurden etwa 200.000 Nicht-Humanitäre Visa erteilt.

Mit prekären Bedingungen in den Internierungslagern und minimalen Chancen auf Asyl in Australien wagen weniger Menschen die Flucht übers Wasser — so das politische Kalkül. Die Entmenschlichung der Asylsuchenden in den Lagern wird dabei achselzuckend in Kauf genommen: „Nicht, weil sie böse Menschen sind [kommen sie in Internierungslager]. Um Menschenschmuggler zu stoppen, mussten wir ihnen das Produkt entziehen.“ (Malcolm Turnbull, amtierender PM der Liberalen Partei)[2]

Realität der Lager

Die Lager auf Nauru und Manus sind von Stacheldraht umzäunte Zelt- und Containerlager. Auf Manus Island sind ausschließlich ledige Männer, auf Nauru vor allem Familien und insbesondere Frauen und Kinder interniert. Neben der, besonders auf Dauer, völlig unangebrachten Unterbringung gibt es strikte Duschzeiten, minimale medizinische Versorgung und miserable Bildungsmöglichkeiten. Journalisten erhalten gerade auf Nauru nur schwer Zugang zu den Internierten, welche häufig mehr als drei Jahre auf eine Anerkennung als Flüchtling warten müssen.

Beide Lager werden vom privaten Sicherheitsunternehmen Wilson Security im Auftrag von Broadspectrum geleitet. Verbale, physische und sexuelle Übergriffe auf Internierte sowie selbstverletzendes Verhalten sind alltäglich. Von Fürsorger_innen, medizinischem Personal und Sicherheitsleuten ausgefüllte Berichte über Missbrauch und Selbstverletzungen wurden routinemäßig von Wilson Security heruntergespielt und keine Anzeigen gegen Sicherheitspersonal erstattet. Der unabhängige „Moss Report“ fand jedoch Beweise für Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe auf Minderjährige durch Wärter und andere Asylsuchende.

Auch außerhalb der Lager gibt es sexuelle und gewalttätige Übergriffe auf die Geflüchteten. Prügeleien mit der lokalen Bevölkerung, Raubüberfälle sowie Vergewaltigungen geflüchteter Frauen sind keine Seltenheit. Auf Manus Island wurde das Lager 2014 von der lokalen Bevölkerung und Sicherheitskräften angegriffen und der iranische Asylsuchende Reza Barati zu Tode geprügelt. 2017 griffen Einheimische das Lager mit Steinen an und Soldaten der angrenzenden Militärbasis feuerten in das Lager. Die Fülle der Anzeigen wegen sexueller und physischer Gewalt überfordert die kleinen lokalen Behörden sowohl auf Nauru als auch auf Manus Island, sodass es nur selten zur Strafverfolgung kommt.

Seit 2012 gab es alleine auf Manus Island sechs Todesfälle — zumeist durch Suizid oder mangelnde medizinische Versorgung. Depressionen, Traumatisierungen, chronische Krankheiten und akute Notfälle werden schlecht bis gar nicht behandelt. Schwerkranke werden meist nur nach großem Druck auf die Lagerleitung und die australischen Behörden zur medizinischen Behandlung nach Australien geflogen.

Wie sich Australien aus der Affäre ziehen will

Das Flüchtlingshilfswerk der UN (UNHCR) sowie Menschenrechtsorganisationen kritisieren die „Pazifische Lösung“ seit 2001 als eine Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), das Abfangen von Booten als illegal. 2016 urteilte auch das Oberste Gericht PNGs, dass das Lager auf Manus verfassungswidrig ist und bis zum 31. Oktober 2017 geschlossen werden muss. Der australische „High Court“ entschied hingegen 2017 erneut, dass der „Flüchtlingsdeal“ mit Nauru und PNG legal sei.

Ende Oktober wurde das MRPC offiziell geschlossen, am 22. November wurden die letzten Verbliebenen gewaltsam umgesiedelt. Etwa 300 Internierte weigerten sich, in eines der drei von Australien finanzierten „Transitcenter“ in der Hauptstadt Manus Islands, Lorengau, umzusiedeln. Von dort aus sollen sie in die örtliche Gemeinschaft integriert oder nach Nauru umgesiedelt werden. Viele haben Angst vor Übergriffen der Bevölkerung. Entgegen Aussagen der australischen Regierung sind die Transitcenter nicht bezugsfertig und sicher. Die UN berichtet, die Lager befinden sich noch im Bau, bieten ungenügende medizinische Versorgung und keine Sicherheit für die Geflüchteten.

Für die australische Regierung ist die „Krise“ jetzt bewältigt und PNG verantwortlich für die Asylsuchenden. Die PNG-Behörden wiegeln ab und verweisen weiter auf Australien. Asylsuchende welche sich gegen eine „Umsiedlung“ nach Nauru oder Manus Island wehren, drohen weitere Jahre der Ungewissheit und noch schlechtere Lebensbedingungen. Währenddessen werden weiter Boote abgefangen und die Menschenrechte der Asylsuchenden mit Füßen getreten — alles für einen „starken Grenzschutz“. •

1 www.aph.gov.au/About_Parliament/Parliamentary_Departments/Parliamentary_Library/pubs/rp/rp1415/AsylumFacts
2 www.washingtonpost.com/graphics/2017/politics/australia-mexico-transcripts, „It is not because they are bad people. It is because in order to stop people smugglers, we had to deprive them of the product

GESCHICHTE

„Anarchie ist machbar, Herr Nachbar“

Punks, Freigeister und Anarchisten in der DDR kämpften für den Wandel des Sozialismus. In Geschichtsbüchern liest man kaum etwas über sie.

PAUL HOCKENOS

■ Als der 21-jährige Werkzeugmacher aus Quedlinburg Silvio Meier 1986 nach Ostberlin zog, kannte er dort fast niemanden. Er fand eine leer stehende Wohnung in der Friedrichshainer Bänschstraße. Wie viele Ostberliner Mietskasernen war die Einraumwohnung weder mit Bad oder Dusche, und statt Heizung mit Kohleofen ausgestattet. Was ihn beschäftigte, war die offensichtliche Ziellosigkeit der erdrückenden und politisch erstarrten DDR. Als Idealist träumte er von einem Wandel des Sozialismus, egalitärer und radikal-demokratisch sollte er werden — dass dieser Wandel weder aus der SED noch aus der Provinz heraus entstehen würde, war ihm klar.

Meier hätte sich natürlich nie vorstellen können, dass die Mauer drei Jahre später fallen und die DDR mit ihr gleich ganz von der Landkarte verschwinden würde, zusammen mit jedweder Möglichkeit eines wie auch immer gearteten Sozialismus in Ostdeutschland. Doch er und seine Mitstreiter*innen aus der anarchistisch orientierten Gruppe „Kirche von Unten“ spielten eine zentrale Rolle bei den Ereignissen, die die DDR-Diktatur delegitimierten und ihren Sturz ermöglichten.

Nur liest man darüber nichts in den heutigen Geschichtsbüchern. Die Geschichte dieser Gruppe von Dissident*innen[1] findet kaum Erwähnung in Mainstreamdarstellungen des Mauerfalls — zu Unrecht.

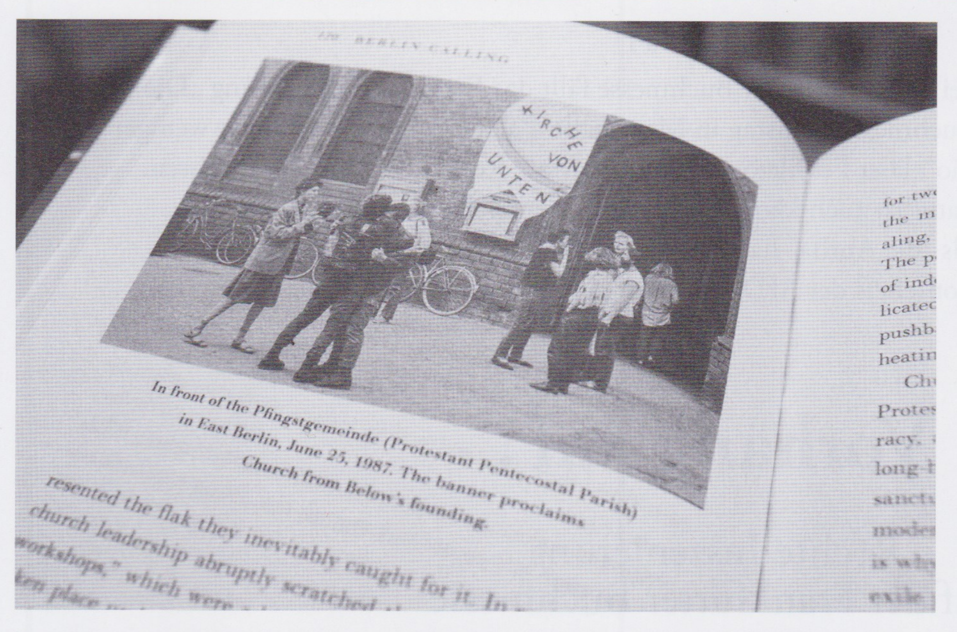
Ansprechpartner für unautorisierte Gigs

Über Bekannte hatte Meier erfahren, dass sich Wehrpflichtverweigerer, Punks und andere Außenseiter in einem Keller hinter der Berliner Erlöserkirche trafen. Vor dem Krieg hatte die Kirche eine Krankenstation im Professor-Fischer-Haus auf dem Gelände der Erlöserkirche betrieben. Eine Bombe der Alliierten hatte diese dem Erdboden gleichgemacht, übrig blieb nur ein Keller, der wahrscheinlich als Leichenkeller benutzt worden war. Als in den 1960er Jahren im Professor-Fischer-Haus mit der Jugendarbeit begonnen wurde, nannte man es auch Pro-Fi-Haus und den Keller Pro-Fi-Keller. Er bestand aus drei Räumen, von denen einer mit uralten Holzfässern zum Sitzen und Tischen und einer kleinen Bar versehen war.

Der Großteil der Aktivitäten der Ostberliner Untergrundbewegung spielte sich in den Räumen der protestantischen Kirche ab, die einen Balanceakt zwischen offener Opposition und pragmatischer Koexistenz mit dem Staat zu vollziehen versuchte. Der kleinste gemeinsame Nenner war die Verpflichtung auf die direkte Demokratie und zur permanenten Diskussion. Im Pro-Fi-Keller traf Meier auf Leute aus der der Punkszene, die unter Polizeiüberwachung standen und sich regelmäßigen Schikanen ausgesetzt sahen, wenngleich sich der Staatsapparat nicht traute, die Szene zu zerschlagen. Meier machte Bekanntschaft mit anderen, wie dem 23-jährigen Dirk Moldt, dessen Frustration über das System und Glaube an etwas Besseres mit Meiers Ideen im Einklang standen. Und er traf dort auf Speiche, einen landläufig bekannten Punk. Meier selbst wurde ein Ansprechpartner für unautorisierte Gigs von Bands wie „Die Firma“, „Wartburgs für Walter“ oder „Antitrott“, die unter anderem über Faschismus in der DDR sangen, eines der vielen Tabuthemen im antifaschistischen Staat. In den ostdeutschen Clubs durften sie nicht spielen. Von 1986 bis Ende 1988 veranstalteten sie im Pro-Fi-Keller alle paar Wochen ein Nachtcafé, das sie „Nachtpott“ nannten. Im „Nachtpott“ sprachen die Anarchos und anderen Aufbegehrenden über Politik, lasen und diskutierten anarchistische Traktate und planten Aktionen zur Bloßstellung des Regimes. Doch die Kellerräume der Erlöserkirche und die Handvoll ähnlich Unzufriedener waren ihnen nicht genug.

Verpflichtung auf die direkte Demokratie

„Wir wussten, wir brauchen unseren eigenen Freiraum, um etwas zu bewegen“, er-



klärt Moldt, der wie Meier in Teilzeit bei der Volkssolidarität arbeitete und Senioren heiße Mahlzeiten mit dem Fahrrad brachte. „Wir wurden von einer Kirche zur nächsten geschickt, aus Cafés rausgeschmissen. Es war unmöglich, die Gruppe zusammenzuhalten, geschweige denn irgendetwas dauerhaft in Gang zu setzen. Die Kirche war die einzige Institution mit dem nötigen Freiraum, doch nur eine Handvoll Pfarrer und Diakone war bereit, uns zu unterstützen. Dann brauchte es nur eine Meinungsverschiedenheit, und schon standen wir wieder auf der Straße.“ Die Kirche von Unten wurde im Frühjahr 1987 ins Leben gerufen, weil sich die Kirchenleitung für die Erlaubnis, einen Kirchentag in der DDR-Hauptstadt durchführen zu können, bereitfand, die Handlungsmöglichkeiten der Basisgruppen in der Kirche einzuschränken. Die Gruppe um Meier und Moldt, gestärkt durch Neuzugänge wie Kathrin Kadasch vom Friedrichsfelder Friedenskreis, steuerte die Gruppe in Richtung eines lebhaften Widerstands. Der Anarchismus hatte unterschiedliche Bedeutungen für sie. Meier und seine Mitstreiter*innen waren keineswegs in politische Theorie versunken. Sie alle kamen aus dem Handwerk, Moldt war gelernter Uhrmacher, Kadasch Erzieherin, Speiche Bäcker. Und Anarchismus war Tabu im dogmatischen DDR-Sozialismus. Ende 1988 erhielten sie eigene Räume in der Sankt-Elisabeth-Kirche in der Invalidenstraße, zwei Büro-Räume und einen großen Saal. Ein neues Kapitel hatte begonnen. Gleich als erstes drückten sie den Räumen ihren Stempel auf. Die Wände wurden durchbrochen, schwarz/weiß gestrichen, die Fensterrahmen rot. Der Pfarrer der St.-Elisabeth-Kirche, ein ängstlicher Typ, war von Anfang an abgeneigt und machte keinen Hehl aus seiner Verärgerung über den Untergrundpunkclub, der in den Hinterräumen seiner Gemeinde entstanden war. Erste Veranstaltung der KvU war eine umstrittene Benefizveranstaltung zugunsten der Opfer eines Erdbebens in Armenien. Umstritten, weil die DDR als sozialistischer Alliierter der Sowjetischen Republik Armenien eine derartige Veranstaltung gut und gerne selbst hätte sponsern können. Die Frage war: Was ist unsere Beziehung zum „real existierenden Sozialismus“? Die KvU-Truppe wollte einen besseren, direktdemokratischen Sozialismus — nicht leninistischen, demokratischen Zentralismus und auch nicht westliche Demokratie. Schlussendlich zogen sie ihren Armenien-Gig durch: Hungrige, obdachlose Menschen waren hungrige, obdachlose Menschen, ungeachtet der Beziehung der DDR zur Sowjetunion.

98,85 Prozent für die Einheitsliste

Als der Stein erst einmal ins Rollen gekommen war, gab es kein Halten mehr. Das Café und die Bibliothek der KvU öffneten ihre Türen, und ein Event folgte aufs andere: Lesungen, Sketchabende und situationskunstartige Happenings. Verbotene Punk- und Postpunkbands spielten regelmäßig. Aus Polen, Ungarn und der ganzen DDR reisten Bands an, um in der KvU aufzutreten. Ein einschneidendes Datum war der 7. Mai 1989. Zu den Freuden der KvU gehörte eine Handvoll junger Dissidentengruppen, die die DDR-Kommunalwahlen als Chance sahen, das Regime bloßzustellen. Kirche von Unten, Friedenskreis Weißensee, die Umweltbibliothek und einige andere machten auf eine wenig bekannte Klausel im Wahlrecht aufmerksam, die der Öffentlichkeit das Recht einräumte, die Auszählung zu beobachten. „Das war ein Recht, das wir auf dem Papier hatten“, erklärt Silke Ahrens. „Viele von uns sahen es als Witz. Aber warum es nicht versuchen?“ In Mitte, Friedrichshain, Weißensee und Prenzlauer Berg hatten die Aktivist*innen mehr als hundert Leute am Start, zwei bis drei pro Wahllokal. Zur Überraschung aller durften die selbst ernannten Wahlbeobachter*innen tatsächlich bezeugen, wie die freiwilligen Wahlhelfer*innen die Ergebnisse auszählten. Alle Wahlbeobachter*innen kamen in der KvU mit ihren Resultaten zusammen. Die Zählung ergab, dass es zehn bis fünfzehn Prozent Gegenstimmen gegeben hatte. Der DDR-Wahlleiter Egon Krenz trat an diesem Abend vor die Fernsehkameras und verkündete ein Ergebnis von 98,85 Prozent für die Einheitsliste der Nationalen Front. „In dem Moment wussten wir, wir haben sie“, sagt Jolly, ein Sozialarbeiter aus dem Umfeld der KvU. Sie machten die Fälschung öffentlich, die Westmedien griffen das Thema auf: Die Wahl war manipuliert, die Resultate waren gefälscht, die Partei hatte gelogen.

Der Wahlbetrug und die Kampagne, die folgte, sorgten für einen dramatischen Profilgewinn der Oppositionsgruppen. Zudem bewies die Aktion, dass es möglich war, den Staat frontal anzugreifen — und zu gewinnen. •

(Sivio Meier wurde 1992 von Neonazis ermordet.
Mehr Infos unter: www.antifainfoblatt.de/dossier/der-mord-an-silvio-meier).
Der Text ist ein Auszug aus dem auf englisch erschienenen Buch von Paul Hockenos „Berlin Calling: A Story of Anarchy, Music, the Wall and the Birth of the New Berlin“ (The New Press, 2017), übersetzt von Lisa Dittmer und erstveröffentlicht in der TAZ vom 08.11.2017

1 Wie auch die der jungen Aktivist*innen innerhalb und außerhalb der Leipziger Nikolaikirchengemeinde — erzählt in Peter Wensierskis Buch „Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“

GESELLSCHAFT

Einen Tag nach den Tumulten bei der Frankfurter Buchmesse fällt das Fazit der Tageszeitung „Die Welt" eindeutig aus. Was sich am Buchmesse-Samstag in Messehalle 4 abgespielt habe, sei nicht weniger als ein „Worst-Case-Szenario", lässt Feuilleton-Redakteur Marc Reichwein seine Leser wissen. Für den Welt-Kommentator ist auch klar, wer für das Debakel die Verantwortung trägt. Niemand geringeres als „die Antifa" habe versucht, einen Auftritt des thüringischen Landtagsfraktionschefs der AfD, Björn Höcke, zu „verunmöglichen".

Vorhang auf!

Rechte Inszenierung auf der Frankfurter Buchmesse

DANIJEL MAJIC

■ Für Reichwein stellt dies den Tiefpunkt einer Auseinandersetzung dar, die sich bereits im Vorfeld der diesjährigen Frankfurter Buchmesse abgezeichnet hatte. Zum ersten Mal seit mehr als einem Jahrzehnt war der neurechte „Antaios-Verlag" wieder mit einem eigenen Stand auf der weltgrößten Bücherschau vertreten. Neben der Präsentation der eigenen Werke hatte der Verlag — der als publizistischer Arm der neurechten Denkfabrik „Institut für Staatspolitik" (IfS) fungiert — eine Reihe von Veranstaltungen mit eigenen Autoren angekündigt. Die „Frankfurter Rundschau" prognostizierte bereits im August ein „Schaulaufen der Rechten".

Verlorene Hegemonie

Bei eben diesem „Schaulaufen" kam es schließlich zum von der „Welt" beklagten „Worst-Case-Szenario". Als am 15. Oktober 2017, dem Buchmesse-Samstag, Martin Sellner und Mario Müller die Bühne betreten, sehen sie sich unvermittelt mit dem Protest von etwa 200 Gegendemonstranten konfrontiert. Fast eine Stunde lang kommen die beiden prominenten Köpfe der völkischen Identitären trotz Einsatzes von Mikro- und Megafonen kaum zu Wort, weil sie permanent vom Chor der Gegendemonstranten übertönt werden. Ihre Versuche, dies mit Sprechchören wie „Europa — Jugend — Reconquista" zu kontern, gehen kläglich unter.

Dabei hatte es an diesem Buchmesse-Samstag zunächst so ausgesehen, als ob die von Verleger Götz Kubitschek inszenierte Machtdemonstration der „Neuen Rechten", zu deren Bühne die Frankfurter Buchmesse werden sollte, wie geplant vonstatten gehen würde. Zusammen mit dem AfD-Rechtsaussen Björn Höcke war Kubitschek über die Buchmesse gezogen — begleitet von einem Tross von rund 100 Anhängern. Ab 15 Uhr war die mittelgroße Bühne des Forums Wissenschaft und Bildung in Halle 4 für die Veranstaltungen des Antaios-Verlages reserviert.

Höckes Auftritt war kurz. Im Vorfeld der Präsentation des Buches „Mit Linken leben" der Antaios-AutorInnen Martin Semlitsch (alias Martin Lichtmesz) und Caroline Sommerfeld darf er erklären, dass seiner Überzeugung nach eine Kulturwende nach Rechts bevorstehe und eine Diskussion mit „fanatisierten Linken" keinen Sinn mache.

Bereits seine Ansprache und das anschließende Podium von Semlitsch und Sommerfeld wurden von Zwischenrufen unterbrochen. Angefeuert von Martin Semlitsch kontert das Publikum diese Einwürfe immer wieder mit dem Sprechchor „Jeder hasst die Antifa". Es kommt zu ersten Handgreiflichkeiten zwischen Antaios-Unterstützern und Gegendemonstranten. Fast zwei Stunden lang scheint es so, als hätte die extreme Rechte die Hoheit über Halle 4.

Opferrolle und Raumnahme

Bereits während der drei ersten Messetage — die Fachbesuchern vorbehalten sind — hatten Antaios-Verleger Kubitschek und seine Mitarbeiter versucht, die Messe für ihre politische Selbstinszenierung zu nutzen. Mitarbeiter und Familienmitglieder Kubitscheks erhielten ein Podium, auf denen über den „Rechten Umgang mit den Rechten" diskutiert wurde. Die Publizistin Ellen Kositza, Ehefrau Kubitscheks, nutzte den Stand der Amadeu-Antonio-Stiftung, der von der Buchmesse-Leitung schräg gegenüber von Antaios positioniert worden war, als Kulisse für Youtube-Videos.

Kubitschek und seine Anhängerschaft verfolgten während der Messe eine Doppelstrategie. Zum einen versuchten sie



Foto: Protestfotografie Frankfurt

Der AfD-Poitiker Björn Höcke (links) und der rechte Verleger Götz Kubitschek auf der Frankfurter Buchmesse.

sich immer wieder durch demonstrative Auftritte Raum anzueignen. Gleichzeitig inszenierten sie sich als Underdogs, die mit ihrem Auftritt das „linke Establishment" in Verlegenheit bringen.

Am deutlichsten wurde dies immer dann, wenn Kubitschek auf die „Amadeu-Antonio-Stiftung" zu sprechen kam, die er als „staatlich eingefettete" Stiftung bezeichnete — von der Buchmesse-Leitung eingeladen, um seinen „kleinen Verlag" in Schach zu halten.

Die Einladung der „Amadeu-Antonio-Stiftung" dürfte einer der wenigen klugen Schachzüge der Buchmesse-Leitung gewesen sein, die ansonsten im Umgang mit der verstärkten Präsenz extrem rechter Publizisten keinen klaren Kurs fand. Der „Börsenverein des Deutschen Buchhandels" und seine Tochtergesellschaft, die „Buchmesse GmbH", hatten sich nach Bekanntwerden der Teilnahme von Antaios auf die Position zurückgezogen, dass die Messe auch „missliebigen" Positionen Raum bieten müsse, sofern diese nicht strafrechtlich relevant oder klar verfassungsfeindlich sind. Dazu zählte neben dem Antaios-Auftritt auch die Präsentation zweier Bücher aus dem Programm der Stiftung „Europa Terra Nostra", die von einem Zusammenschluss von 14 neonazistischen Parteien aus ganz Europa getragen wird.

Stattdessen riefen die Veranstalter zu einem „aktiven Umgang" mit den Inhalten der „Rechten" auf. Wie dieser aussehen sollte, zeigte sich schließlich am ersten Messetag, als Mitarbeiter des Börsenvereins in einem kleinen Demonstrationszug am Antaios-Stand vorbeizogen, um gegen Rassismus zu protestieren.

Radikaler als die Messeleitung reagierten mutmaßlich linke Aktivisten, die bereits vor Eröffnung der Buchmesse einen Teil der Auslage von Antaios mit Kaffeepulver und Zahnpasta beschädigten. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde zudem der Gemeinschaftsstand des Manuscriptum-Verlages und des Magazins Tumult abgeräumt. Am Buchmesse-Freitag schließlich kam es am Stand der „Jungen Freiheit" zu einem Angriff eines Besuchers auf den linken Verleger Achim Bergmann.

Neonazis im Publikum

Eine Szene kann symptomatisch für den Umgang der Buchmesse mit Antaios stehen. Als die Gegendemonstranten am Messesamstag schließlich gegen 18.40 Uhr Halle 4 freiwillig verließen, erklärt die Buchmesseleitung die Veranstaltung des Antaios-Verlages für beendet. Kubitschek aber verkündet, einfach weitermachen zu wollen. Als Buchmesse-Direktor Juergen Boos die Bühne des Forums Wissenschaft und Bildung betritt, um das Wort an das Publikum zu richten, wird Kubitschek handgreiflich und drückt das Megafon des Buchmesse-Direktors beiseite.

Das aufgebrachte Publikum ruft Boos „Heuchler, Heuchler" hinterher. Der Chef der Buchmesse zieht unverrichteter Dinge von dannen. Eine perfekte Steilvorlage: Kubitschek kann sich als Opfer linker Meinungsdiktatur und als Herr im eigenen Haus zugleich aufspielen.

Das Publikum, das Kubitschek und Höcke zunächst im „Triumphzug" in Halle 4 gefolgt war, und nun einsehen muss, dass der Auftritt von Sellner und Müller nicht wie geplant stattfinden kann, gab derweil einen interessanten Einblick in die Anhängerschaft der sogenannten Neuen Rechten.

Neben bekannten Gesichtern der Identitären hatte sich mit Wolfgang Hübner ein ehemaliger Frankfurter Stadtverordneter der antimuslimischen „Bürger für Frankfurt" (BFF) in den Höcke-Tross eingereiht.

Ebenfalls unter den Zuschauern befanden sich bekannte Aktivisten der süddeutschen Neonazi-Szene. Dazu zählte neben Maximilian Reich — ehemals Freies Netz Hessen, Nationale Sozialisten Rhein-Main und Junge Nationaldemokraten Hessen; heute: Antikapitalistisches Kollektiv (AKK) — auch Patrick Schröder. Der NPD-Politiker ist Organisator der Neonazi-Konzerte im thüringischen Themar, die zuletzt mehrere Tausend Besucher anzogen.

Spin in den Medien

Am Tag nach den Tumulten indes beginnt sich der Spin, an dem Kubitschek und seine Mitstreiter während der Messe bereits gewerkelt hatten, effizient zu drehen. Die Neue Rechte inszeniert sich als Opfer eines repressiven links-liberalen Mainstreams und Teile der deutschen Presse sekundieren ihr dabei: „Eine Gesellschaft, in der bereits die schiere Buchmessepräsenz von Verlagen, die sich publizistisch gegen den linksliberalen Mainstream stellen, zum Politikum gerinnt, hat mit der Meinungsfreiheit ein Problem", schreibt etwa die Welt. Im Deutschlandfunk Kultur beschränkt sich die Berichterstattung über die Tumulte auf die Wiedergabe von Aussagen der Antaios-Autorin Caroline Sommerfeld, welche die Gegendemonstranten unter anderem pauschal als „Linksextremisten" titulieren darf. Die Anwesenheit bekannter Rechtsextremisten war keine Erwähnung wert. •

DISKUSSION

Rechte reden lassen?

Nein, nein (!), das ist keine Frage der Meinungsfreiheit

ALICE BLUM, MAXIMILIAN PICHL UND TOM DAVID UHLIG

Die Ereignisse von der Frankfurter Buchmesse haben eine Diskussion ausgelöst, die zwar nicht neu ist, aber aktuell über alle politischen Spektren hinweg diskutiert wird: Sollte man rechte Akteure in öffentlichen Räumen reden lassen, gar mit ihnen gemeinsam reden, um sie inhaltlich im Diskurs zu stellen und damit ihre Selbstinszenzierung entmystifizieren? Mittlerweile verlagert sich die Debatte gar dahin, dass nun Antifaschist*innen kritisiert werden, weil sie gegen die öffentliche Raumnahme extrem rechter Propaganda mobil machen und ihnen lautstark widersprechen. Ihnen wird vorgeworfen sich undemokratisch zu verhalten und eine Mitschuld an der Popularität von Veranstaltungen rechter Akteure zu tragen. Dieser Diskurs ist ein absurder, setzt er doch erst da an, wo die Ziege schon längst auf dem Eis war. Wir möchten in diesem Beitrag noch einmal begründen, warum es wichtig ist, rechten Akteuren den öffentlichen Raum offensiv streitig zu machen und ihre Teilnahme an demokratischen Diskursen nicht zu normalisieren.

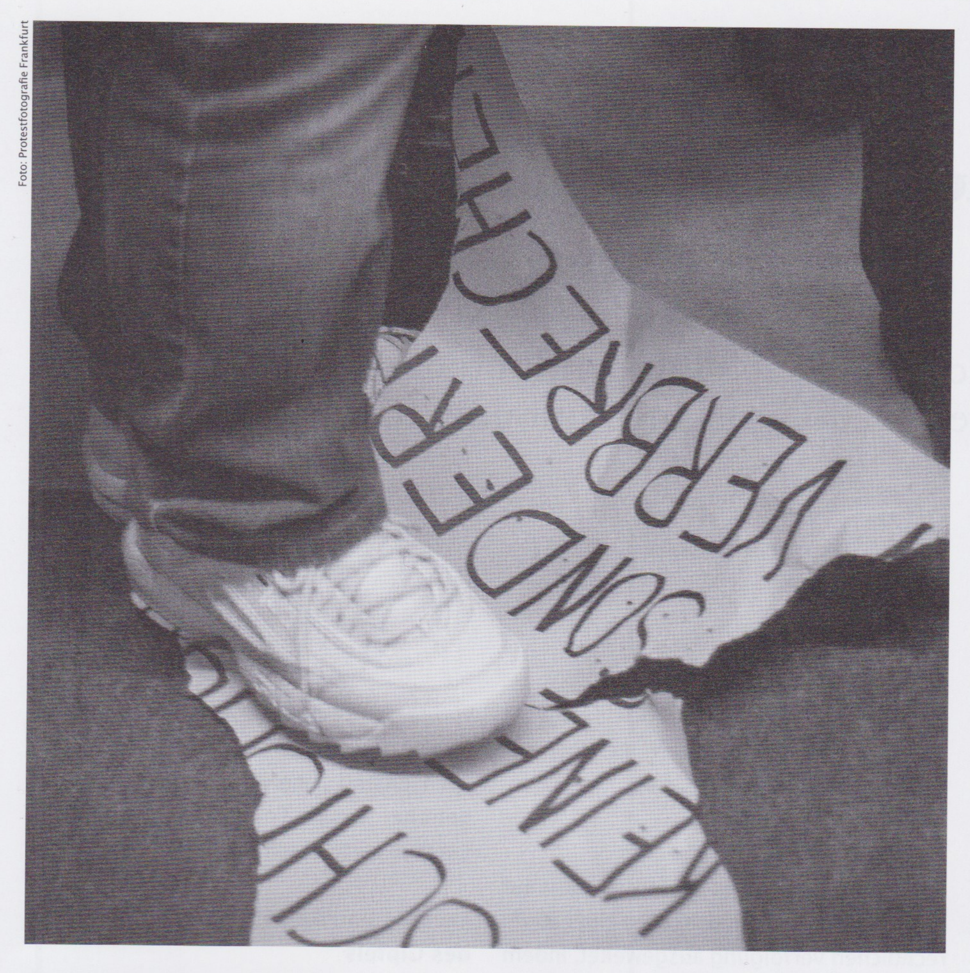
Öffentliche Debatten sind herrschaftsförmig

Rechte Positionen werden in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen wieder salonfähiger. Sie versprechen einfache Antworten auf komplexe Problemlagen. Dabei trägt sich in der gegenwärtigen Diskussion eine Debatte fort, die gar nicht so neu ist — „den Ängsten und Sorgen“ der Menschen einfach mal zuhören und sie dann im Gespräch rational aufzulösen. Das mag auf einer individuellen Ebene seine Berechtigung haben, hier werden aber insbesondere persönliche Beziehungen oder aber sozialarbeiterische Angebote und politische Bildung adressiert. Es ist keine Frage, die auf einer politischen Ebene mit Rechten selbst im öffentlichen Raum thematisiert werden müsste. Zudem liegt der Annahme der Trugschluss zu Grunde, dass es eben diese Positionen sind, die öffentlich mehr Gehör finden müssten. Rechte Positionen sind aber längst im Diskurs angekommen und werden stetig präsentiert, gerade weil sie anschlussfähig sind an rassistische und ungleichwertige gesellschaftliche Strukturen. Statt diese Strukturen zu kritisieren, versucht die Mehrheit der politischen Akteure, für ungleichwertige Lebensverhältnisse schlicht eine andere „Erzählung“ zu konstruieren. Auf andere politische Praktiken, die tatsächlich Herrschaftsverhältnisse angreifen könnten, wird demgegenüber verzichtet. Das ist ärgerlich, und gerade antifaschistische Akteur_innen müssen darauf eine Antwort finden. Indem versucht wird rechte Positionen in den gesellschaftlichen Mainstream zu integrieren, werden zugleich jene unsichtbar, welche ihre Stimme nicht einfach auf Messen, Demonstrationen, in den Medien etc. vertreten können: Alle qua ihrer Herkunft, ihrer Sexualität oder ihres Geschlechts Marginalisierten die vom Diskurs gerade wegen ihrer gesellschaftlichen Position ausgeschlossen sind. Zunächst gilt es also jenen zuzuhören, die von den gewaltförmigen Verhältnissen betroffen sind, auch um aus ihren Erfahrungen Erkenntnisse zu schließen, die einen anderen Blick auf die politischen Konsequenzen werfen.

Rechtes Denken folgt keiner demokratischen Logik

Das Phantasma der argumentativen Entkräftung, hinter dem ein lauwarm aufgebrühter Habermas mit dem zwanglosen Zwang des besseren Argumentes hervorschwappt, verkennt, dass völkische Ideologie nicht auf einer kognitiven, sondern einer emotionalen Ebene funktioniert. Einerlei ob Akteur*innen der Neuen Rechten sich öffentlich blamieren, indem ihnen die Argumente ausgehen oder sie sachlich widerlegt werden, ihre Propaganda unterbreitet ein affektives Angebot, welches sich um Fragen der logischen Widerspruchsfreiheit etc. gar nicht zu scheren braucht. Eine logische Widerlegung von rechten Akteuren läuft ins Leere, denn ihr Ziel besteht darin, Ressentiments ausbreiten zu können. Den Adressat*innen ist die Propaganda deshalb so attraktiv, weil sich in ihr die eigene — vielmals nicht offen eingestandene — Feindseligkeit spiegelt, der Hass legitimiert sich subjektiv nicht rational, sondern dadurch, dass er von anderen geteilt wird.

Im Wissen darum, dass sich der vorpolitische Raum nur besetzen lässt, wenn


Foto: Protestfotografie Frankfurt

man sich noch einigermaßen in gesamtgesellschaftlich akzeptierten Bahnen bewegt, ist die völkische Ideologie ständig darum bemüht, sich selbst zu mystifizieren. Eine derzeit wieder beliebte Strategie ist dabei, sich intellektuell zu geben und im Gewand großer Philosophen oder Literaten einen apokalyptischen Endkampf herbeizuraunen. Gerade demokratische Intellektuelle sind dabei gefordert, diesen Jargon zu demaskieren. Die unsinnige Rede vom gefährlich abgründigen Denken sollte nicht bedient werden: Gefährlich sind diese Leute nicht, weil sie denken, sondern weil sie es unterlassen. In der völkischen Ideologie kulminiert kein Denkprozess, sie ist der Punkt, an welchem er sich einstellt, an welchem auf komplexe Probleme reflexhaft mit den einfachsten, kindlichsten Dichotomien geantwortet wird. Wenn Gegner*innen rechter Positionierungen vorgeworfen wird, die „moralische Keule“ zu schwingen, ist das wohl als politisches Instrument anzunehmen, hat aber einen realpolitischen Charakter. Es stellt sich eben tatsächlich die Frage danach, wie wir eine Gesellschaft entwickeln können, in der es sich ohne Angst verschieden sein lässt (Adorno).

Rechte Politik greift die Verschiedenheit an

Die Rechten haben hier eine klare Antwort drauf: Keine Verschiedenheit. Zu glauben, dass wäre eine unschlüssige Idee im Sinne eines universalistischen Gesellschaftsverständnisses, welches sich auflösen ließe, in dem man das bessere Argument aus dem Ärmel zaubert, ist jedoch zu kurz gegriffen. Die Vorstellung, dass es eine Seite gibt, die die richtigere wäre, kann kaum aufrecht erhalten werden, wird sie denn nicht über die Moral ausgetragen — Antisemitismus, Rassismus oder auch Sexismus sind keine verhandelbaren Positionen sondern eine menschenfeindliche Gesellschaftsidee, der politisch und praktisch begegnet werden muss. Während eine linke Politik den jetzigen Zustand aufheben will, um das Leben für alle in ihrer Verschiedenheit zu ermöglichen, greift die Rechte gerade das Leben selbst an.

Die Strategie der Rechten nutzt linke Selbstkritiken, welche das Versprechen unhintergehbarer Werte wie Freiheit, Gleichheit, Individualismus, Vernunft und Universalismus an ihrer exklusiven gesellschaftlichen Realität misst, um diese Werte für unverbindlich zu erklären. Anstatt ihren Rückfall hinter sich selbst zu kritisieren, wird dieser als Anlass genommen, das Konzept einer vielfältigen Gesellschaft durch eine völkische zu ersetzen. Anstatt also anzuklagen, dass Geflüchteten fundamentale Menschenrechte verweigert werden, verabschieden sich die Rechten einfach von der Idee der Menschenrechte, und bringen damit eine vermeintliche Ordnung zurück, welche die Moderne durch Stammeslogiken ersetzt. Jenen Darstellungen von Gesellschaftsideen keinen Raum zu geben, halten wir nicht nur für sinnvoll, sondern auch für dringend geboten.

Kein Eingriff in die Meinungsfreiheit

Nach offensivem antifaschistischen Protest reagieren Rechte damit, dass sie den Protest als Angriff auf die Meinungsfreiheit verstehen. Viele Medien unterstützen diese Argumentationsstrategie, indem sie diesen unreflektierten Diskurs schlicht übernehmen. Dabei garantiert die Meinungsfreiheit nicht, dass jede extrem rechte Propaganda überall und ungestört verbreitet werden darf. Die Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht, dass die Bürger*innen vor Eingriffen des Staates schützt und einen Kommunikationsraum etabliert, in dem demokratische Argumente ohne Gewalt ausgetauscht werden sollen. Ein lautstarker Protest, wie er auf der Buchmesse praktisch umgesetzt wurde, ist selbst ein Bestandteil der Meinungsäußerung und gerade keine Zensur der rechten Akteure: Denn hier entfaltet sich der politische Kampf um Deutungshoheiten. Deshalb sollte der Selbstinszenierung der rechten Akteure als Opfer nicht entsprochen, sondern antifaschistische Praktiken offensiv verteidigt werden. •

REPRESSION

Überwachen, Kriminalisieren, Abschrecken

Staatlicher Umgang mit den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017

ANNA LUCZAK

Zum staatlichen Umgang mit den Protesten gegen den G20-Gipfel kann erst ein vorläufiges Fazit gezogen werden. Noch sitzen mehrere Personen in Untersuchungshaft, in ersten Strafprozessen wurden hohe Strafen ausgesprochen und es gab bundesweit Durchsuchungen. Nach Angaben der Innenbehörden in Hamburg soll es — Stand Dezember 2017 — über 3.000 laufende Ermittlungsverfahren geben. Fünf Monate nach dem Gipfel ist bereits zu sagen, dass das Ausmaß der Repression deutlich massiver ist, als es im Nachgang des G8-Gipfels in Heiligendamm vor zehn Jahren war. Aber auch die staatlichen Interventionen vor und während des Gipfels waren massiv, insbesondere die Überwachung war exzessiv.



Verschärfung des Strafrechts

Bereits im Vorfeld des Gipfels wurden auf Bundesebene die Möglichkeiten einer strafrechtlichen Verfolgung ausgeweitet, indem unter anderem der so genannte „tätliche Angriff" auf Polizeibeamte in einem neuen § 114 StGB mit einer hohen Strafandrohung belegt wurde. Das ist im Verhältnis zu dem, was in Hamburg geschehen ist und noch geschieht, nur eine Nebenerscheinung. Sie passt aber ins Bild. Denn damit waren Polizeibeamte ermächtigt, schon dann Anzeige zu erstatten, wenn zum Beispiel jemand ohne Verletzungsabsicht gegenüber einem Polizeibeamten agierte, ihn zum Beispiel schubste oder an ihm zog.

Verbote und Angriffe vor und während des Gipfels

Einen ersten Vorgeschmack auf das, was geschehen würde, gab es bereits im Vorfeld des Gipfels, als nicht nur eine Allgemeinverfügung erlassen wurde, die eine 38km² große Demoverbotszone festlegte, sondern auch wegen Protestcamps juristische Auseinandersetzungen bis zum Bundesverfassungsgericht geführt werden mussten. Der Polizeiangriff gegen die „Welcome to Hell"-Demonstration am Vorabend des ersten Gipfeltages zu einem Zeitpunkt, zu dem sie noch nicht einmal losgelaufen war, zeigte dann endgültig, dass es der Polizei nicht um die Gewährleistung des Demonstrationsrechts ging. Die Polizei hatte noch während laufender Verhandlungen mit der Versammlungsleitung wegen angeblich angelegter Vermummung die gesamten ersten Blöcke der Demonstration eingekesselt und dann Wasserwerfer und Reizgas gegen die zusammen gedrängten Versammlungsteilnehmer_innen eingesetzt, denen nur der Ausweg blieb, über eine Mauer eine Erhöhung hoch zu klettern, von wo sie teilweise wieder herunter geschubst wurden — dabei

hätte eine Massenpanik entstehen können. Als es dann am Freitagabend im Schanzenviertel zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, wurden zunächst — medienwirksam — Feuer brennen gelassen, dann aber mit Maschinenpistolen bewaffnete SEKs eingesetzt und Bürgerkriegsrhetorik bemüht. Auch der Einsatz gegen die „Block G20"-Aktionen am Freitagmorgen war unter anderem im Bereich „Rondenbarg" sehr brutal; es gab eine Vielzahl von Festnahmen und Verletzten, teilweise mit offenen Knochenbrüchen. Nach Presseberichten wurde der Angriff auf die Demonstrierenden am „Rondenbarg" von den Polizisten mit den Worten eingeleitet: „Antifa-Schweine: Das ist euer Frühstück!"

Gefangenensammelstelle in Hamburg-Harburg

Abschreckungswirkung hatte auch die Gefangenensammelstelle in Containern in Hamburg-Harburg, die extra für Personen eingerichtet worden war, denen während der Gipfelproteste in Hamburg die Freiheit entzogen werden sollte. Fern ab vom Geschehen in der Stadt wurden hier insgesamt über 400 Personen festgehalten. Nach Angaben des Anwaltlichen Notdienstes, der trotz starker Behinderung seiner Arbeit durch die Polizei vor Ort 250 dieser Personen beraten und vertreten konnte, wurden dort systematisch die Rechte von in Gewahrsam Genommenen verletzt. So mussten sich festgehaltene Personen nach Gesprächen mit ihren Anwält_innen vollständig entkleiden und durchsuchen lassen. Zum Teil schwer verletzt in Gewahrsam genommenen Personen wurde das Recht auf angemessene medizinische Behandlung verweigert.

Überwachung

Es gibt keine Zahlen darüber, von wie vielen Personen außer den Gefangengenommenen während der Proteste gegen den Gipfel Bilder angefertigt und/oder die Personalien festgestellt wurden. Noch auf dem Rückweg von Hamburg am Sonntag nach der Großdemonstration wurden mehrere Busse, auch solche kommerzieller Anbieter wie Flix-Busse, von der Autobahn gelotst und fast alle Insass_innen Kontrollen unterzogen. Mit Bussen anreisende Personen wurden gezwungen, Polizisten ihre mitgeführten Handys zu übergeben, die dann die IMEI-Nummern überprüften, was die Polizei selbst über Twitter bestätigte. Hostel-Betreiber_innen sollten der Polizei die Daten ihrer italienischen Gäste nennen. Nach einer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Bürgerschaft, Drs. 21/9862) wurden während des Gipfels von der Polizei Hamburg Überwachungsmethoden wie Observation, Telekommunikationsüberwachung sowie Peilsender, IMSI-Catcher, GSM-oder GPS-Sender verwendet. Der Verfassungsschutz Hamburg setzte neben solchen Methoden auch die Methode der Versendung von so genannten „stillen SMS" ein, über die unerkannt der Standort eines Geräts (und damit dessen Nutzer) festgestellt werden kann.

Nach Aussagen der Hamburger Polizei wurden außerdem während der Gipfel-Proteste 25.000 Videodateien mit dem Mittel der Gesichtserkennung gefertigt. Die Polizei hat — so ebenfalls die Angaben aus der Kleinen Anfrage — unter anderem Videoaufnahmen aus Polizeihubschraubern, aus Verkehrskameras sowie über mobile Videokameras im Bereich der Veranstaltungsorte gemacht. Der RAV und der Anwaltliche Notdienst (AND) haben bereits während der Gipfeltage insbesondere das exzessive polizeiliche Abfotografieren und Videografieren ganzer Demonstrationszüge kritisiert und auf das so genannte Volkszählungsurteil (BVerfGE 65,1 ff.) hingewiesen: „Wer damit rechnet, dass etwa die Teilnahme an einer Versammlung [...] behördlich registriert wird und dass ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner [...] Grundrechte verzichten."

Teilweise führt die „behördliche Registrierung", also die datenmäßige Erfassung, auch dazu, dass schon gar keine Teilnahme am Protest möglich ist. Beispiel dafür sind Einreiseverbote, die auf Eintragungen in Polizei-Dateien gestützt werden. Während des G20-Gipfels in Hamburg wurde zudem über dreißig Journalisten und Journalistinnen ihre Akkreditierung entzogen — ebenfalls gestützt auf „Erkenntnisse" aus polizeilichen Datenbanken. Hintergrund ist die polizeiliche Praxis, bei Einleitung von Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit politischen Aktionen ohne weiteres Eintragungen in den Dateien zu speichern, zum Beispiel so genannte personengebundene Hinweise wie „Straftäter linksmotiviert" oder „gewalttätig". Ohne dass die von der Speicherung betroffene Person darüber informiert wird, werden solche Eintragungen unabhängig davon gespeichert, ob es in der Sache jemals eine Verurteilung gibt, sie werden auch nach einem Freispruch nicht automatisch gelöscht.

Im Rahmen der laufenden Strafverfahren kommt es zu vielzähligen weiteren Datenerhebungen. So wurden Anfang Dezember 2017 bundesweit Durchsuchungen durchgeführt, bei denen vor allem Telefone und Computer mitgenommen wurden. Dass es der Polizei dabei nicht nur um einzelne Beschuldigte geht, sondern um Strukturen, zeigte der Polizeipräsident bei der Pressekonferenz zu diesen Durchsuchungen, als er davon sprach, „ein bisschen näher an den Kern der autonomen Szene heranzukommen".

Gesamtkonzept

Maßnahmen im Vorfeld, exzessive Überwachung und unverhältnismäßiges polizeiliches Vorgehen vor Ort sowie strafrechtliche Verfolgung im Nachgang wirken zusammen gegen das Demonstrationsrecht. Dabei gehen Überwachung und Repression Hand in Hand, indem Daten aus früheren Ermittlungsverfahren genutzt werden, um zum Beispiel die Anreise zu erschweren und Journalist_innen vom Gipfel ganz auszuschließen. Es ist davon auszugehen, dass die in Hamburg exzessiv gesammelten Daten nicht nur für die Strafverfolgung in Hamburg genutzt, sondern auch beim nächsten Anlass gegen Protestierende gewendet werden, die dann etwa nicht einreisen dürfen oder präventiv in Gewahrsam genommen werden. •

REPRESSION

Harte Zeiten erfordern unabhängige Medien

Gekürzte Version eines Communiqués der Autonomen Antifa Freiburg zur Zensur von Indymedia linksunten durch das Bundesinnenministerium

■ Am 25. August 2017 verkündete CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière das Verbot der Open-Posting-Plattform Indymedia linksunten. Ab 5:30 Uhr am frühen Morgen durchsuchten 250 PolizistInnen vier Privatwohnungen und das Autonome Zentrum KTS in Freiburg. Für ein Verbot nach Vereinsgesetz mussten die Behörden zunächst einen „Verein" konstruieren, um diesen dann mit dem Gesetz verbieten zu können. Zudem mussten sie Personen identifizieren und diesem „Verein" zuordnen, um ihnen die Verbotsverfügung förmlich zustellen und das Verbot damit vollziehen zu können. Die AnwältInnen der Betroffenen haben Klage gegen das Verbot vor dem Bundesverwaltungsgericht eingereicht, auch gegen die Durchsuchungen und Beschlagnahmungen wird juristisch vorgegangen.

Die dünnen Belege für die Zuordnung der von der Repression betroffenen Personen zu dem von den Behörden konstruierten und verbotenen „Verein" stützen sich wesentlich auf Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg. Offenbar wurden die Seite und die vermeintlichen BetreiberInnen bereits seit Jahren intensiv beobachtet, trotzdem sind die angeführten Belege in den Akten dürftig. Die Zuordnung der Betroffenen zu dem verbotenen „Verein" und die Anträge auf Durchsuchungsanordnungen wurden hauptsächlich mit drei alten, vagen Spitzelberichten des BfV von öffentlichen linksunten-Treffen aus den Jahren 2008, 2011 und 2013 in Freiburg und Tübingen begründet, die zudem kaum Kenntnisse über lokale Strukturen enthalten. Darüber hinaus wurden neben im Internet veröffentlichten Texten und Kommentaren einige wenige Erkenntnisse aus G10-Maßnahmen angeführt: Eine abgefangene SMS und ein abgehörtes Telefonat.

Bereits vor den Razzien wurde dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Beute versprochen. Alle beschlagnahmten Dokumente wurden dem Inlandsgeheimdienst in Köln übergeben, das geraubte Geld wurde auf das Konto der Bundeskasse eingezahlt und die Computer wurde nach Stuttgart zum LKA geschafft. Dort wollen sich LKA, Bundespolizei und BfV gemeinsam um die Entschlüsselung der beschlagnahmten IT-Infrastruktur bemühen. Nicht beschlagnahmt wurden die linksunten-Server, auf welche die Behörden nach unserem Kenntnisstand zu keinem Zeitpunkt Zugriff hatten.

Die Nachrichtenagentur Reuters schrieb: „Es handelt sich um das erste Verbot einer linksextremistischen Vereinigung durch einen Bundesinnenminister." Dies lässt zwar einige Vereinsverbote ausländischer linker Organisationen in Deutschland und Vereinsverbote im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot in den 1950er Jahren unberücksichtigt, ist von der Tendenz her aber zutreffend. Die von den Razzien betroffenen Linken werden stellvertretend für die vielen recherchierenden AntifaschistInnen und bekennenden SaboteurInnen, für die militanten AfD-GegnerInnen und mobilisierenden AntikapitalistInnen kriminalisiert, welche Geheimdienst und Polizei über Jahre nicht identifizieren konnten. Es ist eine Frage der Solidarität, dass wir diejenigen, die nun angegriffen wurden, nicht auf den Kosten sitzen lassen. Es ist eine Frage des Selbstschutzes, dass wir die Klagen gegen die Kriminalisierung linker Medien unterstützen.

Am Tag der Razzien ging die Seite offline. Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht: Wenig später wurden die DNS-Einträge von linksunten.indymedia.org geändert und die „Declaration of the Independence of Cyberspace" von John Perry Barlow unter der URL verbreitet. Den virtuell angekündigten Relaunch wird es aufgrund der realen Repression wohl nicht geben. Es ist aber davon auszugehen, dass es Sicherheitskopien der Seite außerhalb Deutschlands gibt, sodass es den Repressionsbehörden nicht gelingen dürfte, das Archiv der Seite dauerhaft aus dem Netz zu verbannen. Insofern hat Barlow schon Recht: „Cyberspace does not lie within your borders."

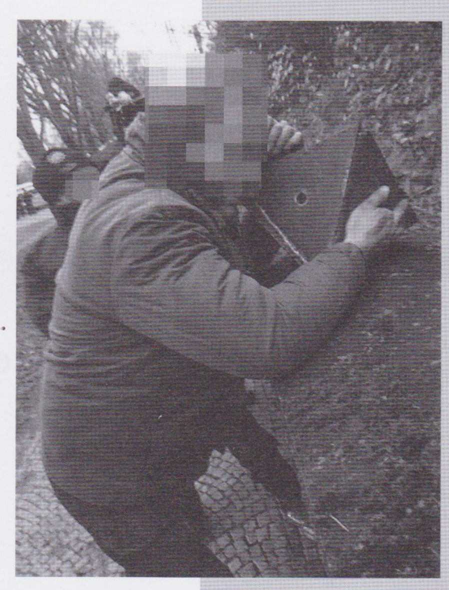
Indymedia linksunten wurde 2008 gegründet und ging kurz vor dem NATO-Gipfel Anfang 2009 online. Die Seite war strömungsübergreifend konzipiert und legte viel Wert auf gleichzeitige Partizipation und Anonymität ihrer NutzerInnen. In den fast zehn Jahren ihres Bestehens entwickelte sich linksunten.indymedia.org zur wichtigsten linksradikalen Plattform im deutschsprachigen Raum und zur ersten Adresse für alle, die Informationen lin-

ker und linksradikaler Bewegungen suchten. Hier wurden Mobilisierungen und Demonstrationsberichte verbreitet, Outings und BekennerInnenschreiben gepostet, Recherchen und Analysen veröffentlicht, Leaks und Hacks gestreut. Das Bundesinnenministerium versuchte, die journalistische Plattform auf kriminelle Inhalte zu reduzieren, aber das wird der Masse an Veröffentlichungen nicht gerecht, von denen die allermeisten nur aus einem einzigen Grund auf Indymedia linksunten veröffentlicht wurden: Nirgendwo sonst wären sie wahrgenommen worden.

Die Analyse im Einladungsschreiben zur Gründung von Indymedia linksunten aus dem Jahr 2008 hat sich bestätigt: „Es sind finstere Zeiten für soziale Bewegungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, der Zeitgeist ist kapitalistisch. In unserer Gesellschaft verstärken sich rechte Tendenzen und der Staat wird zunehmend autoritärer. [...] Indymedia als strömungsübergreifendes Netzwerk hat das Potential die alten und neuen Projekte zusammenzuführen und dadurch ihre Außenwirkung zu multiplizieren." Doch in Deutschland wird seit jeher gerne verboten, was sich nicht kontrollieren lässt. Indymedia linksunten hatte es geschafft, weit über die linke Szene hinaus rezipiert zu werden, ohne dass der Staat die Inhalte kontrollieren konnte. Mit dem Verbot von Indymedia linksunten wurde das erste digitale Massenmedium der deutschsprachigen radikalen Linken zensiert. „Doch unsere Ideen sind noch immer lebendig, unser Widerstand ist nicht gebrochen."

Das alles kostet viel Geld, deshalb wurde ein „Indymedia-Solikonto" bei eröffnet:
Kontoinhaber: Rote Hilfe OG Stuttgart
IBAN: DE66 4306 0967 4007 2383 13
BIC: GENODEM1GLS
Stichwort: linksunten

Spenden sind auch per Bitcoin möglich:
129o3jjBydCzrE1U4NZKdF3QpNiX1aCsM2



Polizeigewalt gegen Antifaschisten in Hannover

Im Rahmen der antifaschistischen Protestaktionen gegen den Bundesparteitag der „Alternative für Deutschland" (AfD) am 2. Dezember 2017 in Hannover wurde ein Antifaschist bei einem Polizeieinsatz schwer verletzt. Zusammen mit zwei Freunden wollte sich der Antifaschist an eine Metallpyramide ketten, um die Hauptzufahrtsstraße für die AfD-Delegierten zu blockieren. Der Einsatz von Pyramiden als Aktionsform hat sich bei vielen Protesten gegen Atommülltransporten, aber auch bei Neonaziaufmärschen bewährt. Laut einem hierzu gefällten Gerichtsurteil kann diese Protestform als legitime Form der Versammlung eingestuft werden. (Vgl. AIB Nr. 93. 4/2011) Für Deeskalation und Versammlungsfreiheit ist bei den Protesten gegen die AfD nach ihrem Wahlsieg scheinbar kein Platz mehr im Polizeikonzept gewesen. Die drei Antifaschisten hatten die Pyramide gerade strategisch positioniert und ihre Finger in ihr verankert, als sie von Polizeibeamten aus Hamburg angegangen wurden. „Die Polizei hat uns massiv zusammengeschlagen, die haben wie die Irren drauflos geprügelt", berichtete einer der drei Männer kurz nach der Aktion.

Laut Berichten der Betroffenen gingen die Polizisten sofort auf die Aktivisten los und schlugen mit Fäusten auf sie ein. Auch verdrehten sie die Finger und Arme der fixierten Aktivisten und ließen sich nicht von ihren Versuchen abbringen, die angeschlossenen Antifaschisten mit Gewalt von der Pyramide loszureißen. Dabei wurde einem der drei am Boden befindlichen Demonstranten der Unterschenkel gebrochen. Trotz der schweren Verletzung wurde er von der Straße gezerrt und sollte festgenommen werden. Erst mit Eintreffen des Notarztes beruhigte sich die Lage und der Schwerverletzte wurde nach fast einer Stunde Wartezeit ins Krankenhaus gebracht. Dort musste er wegen eines offenen Bruchs beider Unterschenkelknochen stundenlang operiert werden. Die anderen Aktivisten wurden in Gewahrsam genommen und nach Vorführung beim Haftrichter noch am selben Nachmittag entlassen.

Die Gewerkschaft IG Metall in Hannover solidarisierte sich mit ihrem schwerverletzten langjährigen Mitglied: „Die besondere Brutalität, mit der hier vorgegangen sein muss, macht uns nicht nur sehr betroffen, sondern erfüllt uns mit Unverständnis und Wut". In einer ersten Reaktion erklärte der Landeschef der Polizeigewerkschaft DPolG die Kritik der IG Metall grenze an eine Unverschämtheit. Der Innenausschuss des niedersächsischen Landtags versucht mittlerweile die „Vorwürfe gegen die Polizei" aufzuklären. Allerdings ist für BeobachterInnen aus der Lokalpolitik fraglich, wie objektiv die Vorwürfe hierbei wirklich geprüft werden können. Der Ausschussvorsitzende Thomas Adasch von der CDU dürfte vermutlich nicht vollkommen unvoreingenommen sein. Er war seit 1982 bei der Polizei tätig und stieg 2001 in den gehobenen Dienst auf. Seinen Beruf übte er bis zu seiner Wahl in den Niedersächsischen Landtag aus, zuletzt als Mitarbeiter im Stab des Präsidenten der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen. •

Um die drei von Polizeigewalt betroffenen Aktivisten zu unterstützen werden Spenden gesammelt:
Kontoinhaber: Rote Hilfe e.V.
Verwendungszweck: Pyramide
IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57
BIC: GENODEM1GLS

REPRESSION

Gießener Frauenärztin verurteilt

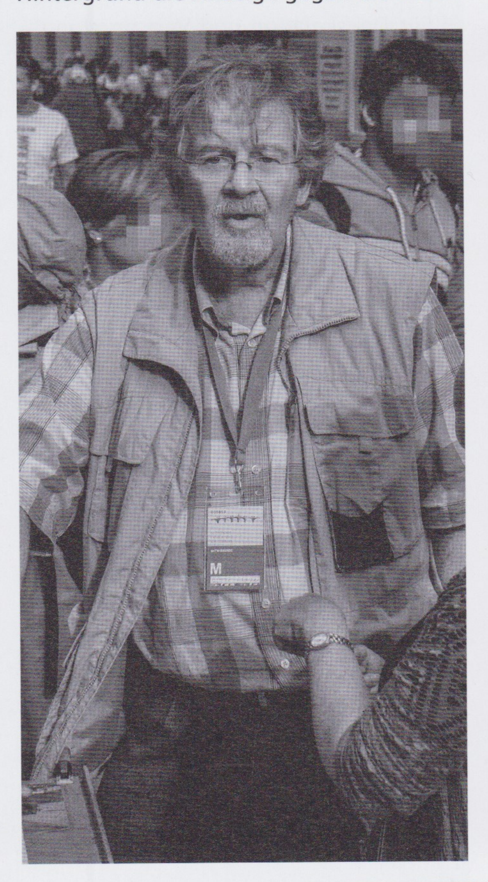
Rechte „Lebensschützer" hatten Strafantrag gestellt

HELLA R.,
AUTONOMES FRAUENLESBEN REFERAT MARBURG

Am 24. November 2017 ist die Gießener Frauenärztin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt worden. Der Grund: Sie informierte auf ihrer Website über Schwangerschaftsabbrüche und darüber, dass sie diese praktiziert. Laut Gesetzgebung stellt dies einen Verstoß gegen den Paragrafen 219a dar, der besagt, dass die „Werbung für Schwangerschaftsabbrüche" verboten ist. Dieser Paragraf steht ganz im Zeichen des immer noch intakten Paragrafen 218, der Schwangerschaftsabbrüche nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Kristina Hänel kämpft bereits seit vielen Jahren für die Rechte von Frauen und ergreift mit dem Hinweis auf ihrer Website, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, eine mutige und wichtige Position für Frauen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung einfordern. Dem gegenüber steht die sogenannte Lebensschutzbewegung — wie beispielsweise die „Initiative Nie wieder!" — die massiv gegen Abtreibungen vor gehen. Eigentlich ist „Nie Wieder" der Titel einer Zeitungsbeilage der „Europäische Bürgerinitiative zum Schutze des Lebens und der Menschenwürde in Deutschland e.V." von Klaus Günter Annen (Amtsgericht Weinheim VR 992). Deutlich wird bei den Lebensschutz-Initiativen meist auch eine christlich-fundamentalistische Position. Die Initiative zeigte Kristina Hänel an. Jene religiöse Aktivist_innen listen auf Internetseiten, darunter „abtreiber.com", Kliniken auf, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Eine Crux: Trägt das doch auch dazu bei, interessierten Frauen die Möglichkeit, sich besser zu informieren, zu offerieren.

Reaktionär, Rechts, Religiös

Wer verstehen will, welchen politischen Hintergrund die Anzeige gegen die Ärztin hat, wird im rechtskatholischen Blätterwald fündig. Im Jahr 2015 war in der Zeitschrift „Nie Wieder! Nachrichten Europäischer Bürgerinitiativen" ein Bericht über den Bundesparteitag der Partei „Christliche Mitte" zu lesen, der "Lebensrechtler" Klaus Günter Annen sei zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. Ein Kurzvortrag von Annen ist dort veröffentlicht: „Ich heiße Günter Annen (...). Ich bin eher ein Frontkämpfer (...). Um die Jahre



Der „Lebensrechtler" Klaus Günter Annen von „Nie Wieder" bei dem 99. Katholikentag im Juni 2014 in Regensburg.



Foto: Matthias Roth

2001/2002 stellte ich fest, daß die Abtreibungsärzte im Internet auf ihren Homepages für die Durchführung von Abtreibung warben. Ich begann nach und nach diese Abtreibungsärzte anzuzeigen (…). Ich kann mit ein wenig Stolz sagen, daß man nun im deutschen Internet kaum noch einen Abtreiber entdecken kann, der es wagt, für Kleinstkindermorde zu werben". Sein Vortrag endet mit der unverholenen Feststellung „Wir haben kein Selbstbestimmungsrecht über unser eigenes Leben". Seit 1985 erscheint die als „Zeitung der Katholiken für Glaube und Kirche" bezeichnete Monatspublikation „Der 13". Die Inhalte richten sich offenbar an LeserInnen der extremen Rechten mit religiösen Bezügen: „Die Kirche wird aus Geldgier mehr und mehr zum ausführenden Arm der Globalisten", weiß etwa Sven von Storch dort mitzuteilen. Sven von Storch, verheiratet mit der AfD-Frontfrau Beatrix von Storch ist Funktionär der „Zivilen Koalition e.V.". Die politische Weltlage beschreiben die Herausgeber ihrer Klientel kurz und knackig: „Ein ehedem christliches Europa suhlt sich in perverser Toleranz und Nächsten-„Liebe" (Juli 2017). Günter Annen hat in der Publikation die Leitung des „Lebensrechtressort" inne.

Das Urteil

Die Begründung der Gießener Richterin liest sich wie folgt: „Der Gesetzgeber möchte nicht, dass über den Schwangerschaftsabbruch in der Öffentlichkeit diskutiert wird, als sei es eine normale Sache."[1] Dass mit dieser Aussage Frauen in der BRD das Recht auf Selbstbestimmung über ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe und Körper verwehrt wird, dürfte unstrittig sein. Die „Lebensschützer" schrecken auch nicht davor zurück, Schwangerschaftsabbrüche mit den Massenmorden während des Nationalsozialismus gleichzusetzen, so auf der Website babycaust.de. Neben der antifeministischen Grundhaltung werden damit vorwiegend Opfer der Shoa verhöhnt. Hinter der Webseite steht die „Initiative Nie wieder e.V.", welche eng mit „abtreiber.org" vernetzt ist. Mit ihrer Forderung nach einem Informationsrecht für Frauen zum Schwangerschaftsabbruch steht Kristina Hänel nicht allein. In einer Onlinepetition[2] solidarisierten sich mittlerweile 90.000 Menschen mit ihr. Am Tag der Gerichtsverhandlung, organisierten Unterstützer_innen eine Kundgebung vor dem Amtsgericht Gießen. Eine Gegenveranstaltung der Lebensschutzbewegung fand nur ein paar Stunden später in Form eines „Infostandes" direkt gegenüber der Arztpraxis von Kristina Hänel statt. Die Ärztin gibt sich kämpferisch und kündigt Revision an: „Wenn der Paragraf 219a heutzutage tatsächlich so restriktiv ausgelegt wird, dann muss er weg. Oder geändert werden."[3] Auch der Paragraf 218, der die Rahmenbedingung einer straffreien Abtreibung umfasst, kritisiert die Frauenärztin scharf: „Wenn der Gesetzgeber sagt, dass das straffrei ist, muss er den Frauen auch die Möglichkeit geben, sich selbst umfassend über Methoden und Ärzte zu informieren."[4] Die Gründe für die Abschaffung von Paragraf 219a sind aus der Sicht der Anwältin Monika Frommel, die Kristina Hänel vor Gericht vertritt, offensichtlich: Es liegt auf der Hand, dass durch die Gesetzgebung „anbieten" und „werben" gleichgesetzt wird. Wenn Ärzt_innen die gesetzlichen Anforderungen für eine Abtreibung einhalten, darf der Vorgang durchführt werden. „Und dabei ist das wichtigste im Vorfeld, dass die Frauen genauestens informiert werden", sagt Frommel zutreffend. Für sie stellt dementsprechend die Auslegung der Staatsanwaltschaft Gießen einen Widerspruch gegenüber dem reformierten Abtreibungsrecht dar. Das Urteil des Gießener Amtsgerichts stellt Frauen verschiedener Generationen vor die Frage: Warum kämpfen wir denselben Kampf immer wieder, und das schon seit Jahrzehnten? Warum existieren weiterhin Paragrafen über Schwangerschaftsabbrüche, die seit der NS-Zeit nur unerheblich verändert wurden? Der Ursprung dieses Paragrafen liegt zwar schon lange vor dem Nationalsozialismus, jedoch wandelten sich in dieser Zeit die Motivation und das Strafmaß erheblich. Zur Erhaltung des „arischen Volkes" war es jeder Frau untersagt, einen Abbruch durchzuführen, sonst drohten Gefängnisstrafen und nicht selten „Zuchthaus" über Jahre. Dieses Strafmaß wurde tatsächlich bis in die 1970er Jahre noch so formuliert wie im Jahr 1945. Abbrüche oder eher gesagt Zwangssterilisationen bei Frauen durchzuführen, die keine „arischen Nachkommen" hervorbringen würden, waren ebenso gesetzlich verankert wie das Verbot. Vor diesem Hintergrund bleibt das Recht auf (körperliche) Selbstbestimmung für die meisten Frauen in der BRD Utopie und der Kampf gegen patriarchale und antifeministische Strukturen bittere Realität. Diesen Kampf führen wir mit Kristina Hänel gemeinsam. Der Kampf von Kristina Härtel wird weitergehen. Sie hat angekündigt, in Revision zu gehen und hofft, dass höhere Instanzen den Weg zum Informationsrecht und damit den hürdenfreien Zugang zu relevanten Informationen bezüglich Schwangerschaftsabbrüchen ermöglichen. •

ZUM AUTONOMEN FRAUENLESBEN REFERAT MARBURG

Seit den 1980er Jahren ist das AFLR eine vom AStA unabhängige Hochschulgruppe. Die Politik des AFLRs richtet sich an alle FrauenLesben, doch viele Themen richten sich an alle Geschlechter, somit ist der Raum des AFLRs auch explizit FLTI* only (Abkürzung für Frauen, Lesben, Trans- und Inter*-Personen).

Allgemein macht das AFLR Politik gegen den heterosexistischen Normalzustand (deswegen auch der explizite Name „FrauenLesben"), Lesben- und Trans*feindlichkeit sowie sexualisierte Gewalt. Ein Grundsatz des Referats ist das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und deshalb sind die Historie und die Aktualität des Paragrafen 218 stets ein Thema. Das AFLR schloss sich vor allem mit Gruppen aus Gießen zusammen und mobilisierte für die Solidaritätskundgebung zum Prozess von Kristina Härtel. •

1 www.hessenschau.de/panorama/giessener-aerztin-verurteilt---politik-streitet-ueber-paragraf-219a-,prozess-abtreibungen-100.html 2 www.change.org/p/kristinah%C3%A4nel-informationsrecht-f%C3%BCr-frauen-zum-schwangerschaftsabbruch-219a-behindert-das 3 www.taz.de/!5444891 4 www.taz.de/!5444891/

RUSSLAND

Nur 300 bis 400 RassistInnen und NationalistInnen nahmen am 4. November 2017 am „Russischen Marsch" teil. Die Neonazi-Demonstration, die jedes Jahr zum offiziellen russischen Nationalfeiertag stattfindet, soll in diesem Jahr laut den Veranstalter_innen der „schwierigste Marsch der Geschichte" gewesen sein. Organisator Ivan Beletskij beklagt Repressionen von Polizei und Geheimdiensten im Vorfeld.

„Russischer Marsch" mit Schwierigkeiten

KARL-HEINZ KREUZER (SECHEL BLOG)

■ Wer am 4. November 2017 durch die Hochhaussiedlungen im Moskauer Außenbezirk Ljublino spazierte, wurde wahrscheinlich durch polizeiliche Absperrgitter rund um die Hauptstraße auf den „Russischen Marsch" aufmerksam. Wie in Russland nahezu an allen öffentlichen Orten üblich, mussten die Teilnehmenden der rechten Versammlung zunächst stehende Metalldetektoren passieren, um auf die Versammlungsfläche zu gelangen. Doch längst nicht alle, die für ein „weißes Russland" demonstrieren wollten, kamen überhaupt so weit. Bereits auf dem Weg zur Demonstration wurden Neonazis von der Polizei festgenommen. Laut Polizei handelte es sich um 30 Festnahmen. Die „Partija Natsionalistov" (PN), die den „Russischen Marsch" mitveranstaltete, sprach später in einer Mitteilung[1] von „ungefähr 100 festgenommenen" Personen. Bereits im Vorfeld hatte sich der der Co-Vorsitzende der „PN" Ivan Beletskij darüber beklagt, dass die Behörden die Sperrung seines YouTube-Kanals für russische IP-Adressen veranlasst hatten.

Von denjenigen, die tatsächlich den Auftaktort erreichten, wollten sich augenscheinlich nicht alle den Vorkontrollen unterziehen. Über 50 AnhängerInnen nationalistischer Ideologie blieben lieber außerhalb der Polizeigitter und konnten, ohne von der Staatsgewalt behelligt zu werden, die Demonstration von der anderen Seite der Absperrung begleiten. Die anderen 300 Personen — ungefähr 90 Prozent davon Männer — sammelten sich hinter einer ersten Reihe mit orthodoxen Fahnen, die niemand geringeren als Jesus Christus abbildeten. Dahinter sammelten sich die üblichen schwarz-weiß-gelben Flaggen der Romanov-Dynastie und diverse andere Fahnen mit rechter Symbolik. Eine Fahne, die einen mit einem Schwert gekreuzten Hammer[2] abbildete, schaffte es nicht durch die Vorkontrollen. Überdies waren zwei Fahnen der „Novaja Oppositsia" („Neue Opposition") zu beobachten. Die Neue Opposition steht für ein Bündnis von Aktivisten verschiedener nationalistischer, neonazistischer und liberaler Gruppierungen, an dem sowohl Beletskij, als auch Wjatscheslaw Maltsew, der Anführer der neonazistischen „Artpodgotovka"-Bewegung[3] beteiligt ist.

Begleitet von Sprechchören wie „Ehre für Russland" setzte sich der Aufzug in Bewegung. Ein Ergebnis der Abwesenheit jeglichen antifaschistischen oder zivilgesellschaftlichen Gegenprotests: viele Anwohner_innen verfolgten die Demonstrationen aufmerksam vom Straßenrand. Einige Dutzend liefen sogar an der Seite mit, um das Geschehen zu beobachten. Da die Umgebung der Demonstrationsroute nicht abgesperrt wurde — wie es sonst vielfach üblich ist, um Gegenproteste fernzuhalten — war es problemlos möglich, von allen Seiten nah an die Versammlung heranzukommen. So konnten ihre Inhalte als unwidersprochener Teil der öffentlichen Debatte am russischen Nationalfeiertag wahrgenommen werden — wenn auch viele Kilometer von der Innenstadt entfernt und unter massiven polizeilichen Einschränkungen. Als der Aufzug in einen Kreisverkehr bog, griffen Polizisten unvermittelt zu und zogen Konstantin Filin von der „PN", einen Mitorganisator des „Marsches", aus der Menge und führten ihn ab. Die Demonstrierenden reagierten nicht darauf und setzten ihren Aufzug ohne jegliches Zeichen von Protest fort. Laut „PN" soll sich Filin danach 15 Tagen im Arrest befunden haben.

Mitorganisator Konstantin Filin (PN) wird von der Polizei abgeführt





Nach einer eher relativ kurzen Strecke von ungefähr 2.000 Metern erreichte die Demonstration schon ihren Abschlussort. Auf einer bereits aufgebauten Bühne im Stadtteil Marino sprachen noch mehrere Redner der „PN“ und anderer Gruppierungen zu den wenigen Teilnehmenden, bevor die Veranstaltung beendet wurde.

Während die rechten Gegner_innen der Putin-Regierung in dezimierter Zahl am Stadtrand demonstrierten, hatten in der Moskauer Innenstadt die offiziellen Feierlichkeiten längst begonnen. An drei zentralen Plätzen im Zentrum waren Bühnen und Stände aufgebaut, an denen sich die BürgerInnen unter dem Motto „Wir vereint!“ vergnügen sollten. Der 4. November ist der „Tag der Einheit des Volkes“. Er soll an den russischen Sieg über das polnisch-litauische Imperium im 17. Jahrhundert erinnern. Dieser leitete den Beginn der Romanow-Dynastie ein. Nationalfeiertag ist der 4. November erst (wieder) seit 2005. Die Putin-Regierung und rechte Kräfte im Parlament wollten sich auf diese Weise dem unliebsamen 7. November, dem Jahrestag der Oktoberrevolution, entledigen. Obwohl die Neonazis auf russisch-imperiale Symbolik setzen und hinter orthodoxen Fahnen laufen, sind sie politisch mit der Putin-Regierung fundamental im Dissens. Eine Differenz ist sicher die Beliebigkeit, mit der Putin zwischen der Betonung von Russlands multi-ethnischem Charakter und der Rhetorik von Russland als orthodoxem, slawischem Staat variiert. Letztere drückt sich unter anderem in der überdimensionierten Statue von Wladimir I. aus, die Putin in unmittelbarer Kreml-Nähe in Moskau errichten ließ. Wladimir, einer der Fürsten der Kiewer Rus[4], hatte maßgeblich zur Christianisierung der Rus beigetragen. Das habe laut Putin „den Weg gebahnt zu einem starken, zentralisierten russischen Staat“.

Doch einigen scheint der, zumindest seiner Bevölkerung nach, multi-ethnische russische Staat der Gegenwart nicht weiß genug zu sein. Nachdem die Demonstration der „PN“ am 4. November vergleichsweise klein ausfiel, wurden am Folgetag zwischen 200 und 400 Personen — darunter viele Unbeteiligte — auf dem Roten Platz festgenommen. Die Polizei wollte eine Versammlung der Bewegung „Artpodgotovka“ verhindern, die dazu aufgerufen hatte, eine Revolution auszulösen und Putin zu stürzen. Aber nicht nur gegen sie wurde vorgegangen:

Am 10. November wurde laut Angaben der „PN“ deren Parteibüro Objekt einer polizeilichen Hausdurchsuchung. Die bereits im Vorfeld ausgeübte staatliche Repression sowie die geplante Provokation auf dem Roten Platz am Folgetag dürften dann auch zu der geringen Teilnehmendenzahl[5] am 4. November beigetragen haben. In der Wochenzeitung „Jungle World“ benennt Ute Weinmann[6] daneben zwei weitere Gründe, die zur Dezimierung des nationalistischen Aufmarsches beigetragen haben könnten: massive Spaltungen innerhalb der Bewegung und der Abzug einiger Aktivist_innen zu Kämpfen in den Donbass.

Der im unbekannten Ausland befindliche Ivan Beletski hat in seiner abschließenden Stellungnahme zum „Russischen Marsch“ angekündigt, Wjatscheslaw Maltsew und Alexej Nawalny unterstützen zu wollen. Nawalny will bei den Präsidentschaftswahlen 2018 gegen Putin antreten. Er gilt als Kandidat des liberalen Spektrums, ist aber auch immer wieder durch rassistische Rhetorik aufgefallen. Wegen seiner Unterstützung des „Russischen Marsches“ flog er bereits vor Jahren aus der liberalen Partei „Jabloko“. Das Zusammenwirken liberaler und nationalistischer Opposition stellt in Russland keine Ausnahme dar. Erst im Mai dieses Jahres waren Liberale und extrem Rechte in Moskau gemeinsam gegen Repression auf die Straße gegangen. Auch wenn das neonazistische Spektrum mit großen Problemen zu kämpfen hat: Die gegenwärtige politische Lage in Russland ist aus antifaschistischer Perspektive alles andere als hoffnungsvoll. Nationalistische, kulturalistische und rassistische Positionen sind sowohl bei den Unterstützer_innen als auch unter Gegner_innen der Regierung hegemonial. •

1 https://russkiymarsh.blogspot.com/2017/11/2017.html **2** Ein aus dem NS stammendes Symbol, das in Deutschland gerne vom „III. Weg“ und den „Antikapitalistischen Kollektiven“ verwendet wird **3** www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2017/05/d36995 **4** mittelalterliches Großreich, das als Vorläuferstaat der heutigen Staaten Russland, Ukraine und Weißrussland angesehen wird oder auch Bezeichnung der Epoche in der Geschichte der Rus, in der Kiew als Großfürstensitz das politische und kulturelle Zentrum der Rurikiden-Dynastie war **5** In den vergangenen Jahren war es den Neonazis regelmäßig gelungen vierstellige Teilnehmer_innenzahlen beim „Russischen Marsch“ zu erreichen. Im Jahr 2011 waren es beispielsweise 10.000, zwei Jahre darauf 8.000. Im vergangenen Jahr noch um die 1.000. **6** https://jungle.world/artikel/2017/45/die-volksrevolution-blieb-aus

POLEN

Polnisch-deutsche Aussöhnung auf die extrem rechte Art?

JAKUB NEUMANN

In Polen finden nationalistische Gruppierungen, (extrem) rechte Parteien und Neonazis immer stärkeren Zulauf.[1] Die politische Selbstverortung der rechten und nationalistischen Gruppierungen war hierbei meist offensiv feindlich gegenüber Deutschland und damit auch deutschen potentiellen Bündnispartnern gewesen. Doch in den letzten Jahren gibt es eine neue Entwicklung in Polen. Einige rechte bis neonazistische Gruppierungen, die früher Deutschland als Nachfolger der nationalsozialistischen Besatzungsmacht angriffen, wünschen sich nun, Polen hätte sich mit NS-Deutschland gegen die Sowjetunion verbündet. Die extreme Rechte tritt immer öfter offen neonazistisch auf und sucht vermehrt den Anschluss an die deutschen Gesinnungskameraden.

Erste Annäherungen im RechtsRock

Die ersten extrem rechten polnisch-deutschen Netzwerke gab es in der Neonazi-Skinheadszene und im „National Socialist Black Metal" (NSBM). Seit Mitte der 1990er Jahre gab es in Südwestpolen Neonazis, die sich unter dem Label „Blood & Honour" (B&H) zusammenschlossen und Kontakte nach Deutschland knüpften. Der wegen Mord verurteilte Thüringer NSBM-Aktivist Hendrik Möbus besuchte das polnische Wrocław 1998 direkt nach seiner Entlassung aus der Haft.[2] Deutsche RechtsRock-Bands wie „Brainwash", „Painful Awakening" und „Kategorie C" spielen Konzerte in Polen und polnische Neonazibands wie „Legion Twierdzy Wrocław", „Dark Fury" oder „Selbstmord" treten bei deutschen Neonaziveranstaltungen auf. Zuletzt nahmen die Neonazi-Musiker Robert Fudali („Rob Darken") von „Graveland" und Jan Peter Kerstin(g) von „Sleipnir" einen Song zu Ehren des unter polnischen Neonazis Legendenstatus besitzenden 2005 verstorbenen Sängers Mariusz Szczerski „Szczery" von der polnischen Band „Honor" auf.

Eine Gruppe führender Aktivisten aus dem polnischen „Blood & Honour"-Milieu besuchte im Juli 2017 das RechtsRock-Festival im thüringischen Themar. Diese polnischen Aktivisten kooperieren eng mit Neonazis aus Frankfurt/Oder, welche sich ebenfalls in den Kreisen des in Deutschland verbotenen „Blood & Honour"-Netzwerkes verorten. Hierbei exponiert sich vor allem der reisefreudige Neonazi-Aktivist Michael H., mit dem zusammen die polnischen Neonazis in verschiedenen europäischen Ländern auftauchen.

Der polnische Neonazi Krzysztof Kwiatkowski („Kwiatek") gilt in Polen als wichtiger internationaler Netzwerker. Er ist Betreiber des Neonazilabels „Strong Survive Records" und mit diesem in die internationale Produktion von neonazistischer Propaganda eingebunden. Er bewegte sich u.a. in den Zusammenhängen von „Blood & Honour" und dem rassistischen „Creativity Movement"[3]. Er soll laut Berichten polnischer AntifaschistInnen auch Verbindungen in die Kreise der bayerischen „Kameradschaft Süd" gehabt haben, die einen Terror-Anschlag in München geplant hatten.

Internationale Vernetzung über Parteien

Eine weitere Ausnahme aus der wechselseitigen deutsch-polnischen Neonazi-Feindschaft war zeitweilig die polnische Neonazipartei Narodowe Odrodzenie Polski („Nationale Wiedergeburt Polens"), die sich um international Vernetzung bemühte. Wie das Antifaschistische Infoblatt (AIB) berichtete besuchten NPD-Funktionäre im August 2000 ein von der NOP organisiertes „Nationalrevolutionäres Sommercamp"[4] in Duszniki Zdrój. Der Leiter der deutschen Delegation Alexander von Webenau aus der damaligen NPD-Führungsriege sagte zu diesem Anlass, polnische und deutsche Nationalisten säßen wohl das erste Mal seit 1936 zusammen und beide Seiten hätten 1939 Fehler gemacht. Im selben Zeitraum behaupteten NOP-Mitglieder öffentlich, ihre Partei werde finanziell von „Freunden aus Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland" unterstützt. Bis 2010 war die NOP auch Teil der europäischen Neonazi-Netzwerke „European National Front" und der „International Third Position".

Im Oktober 2015 organisierten die „Junge Nationaldemokraten" ein internationales Treffen, an dem auch Redaktionsmitglieder des polnischen Magazins „Szturm" teilnahmen. „Szturm" ist ein Onlinemagazin, das von Mitgliedern der „Młodzież Wszechpolska" („Allpolnische Jugend") und dem ehemaligen NOP-Anführer von Białystok, Bogusław Koniuch, betrieben wird. „Szturm" ist innerhalb der polnischen Neonazi-Szene umstritten, da es die ukrainischen Nationalisten vom Azov-Bataillon unterstützt und Kontakte nach Deutschland unterhält.

Vernetzung über Russland-Solidarität und PEGIDA

Der Bürgerkrieg in der Ukraine hat in Polen neue pro-russische Gruppen auf den Plan gerufen. Der frührere Neonazi-Aktivist



Foto: Recherche Nord

Exponierte Vertreter aus den Kreisen des polnischen Ablegers des „Blood & Honour" Netzwerkes im Juni 2017 beim „Rock gegen Überfremdung" in Themar (Thüringen).

Mateusz Piskorski hat sich mittlerweile neoeurasischen Ideen zugewandt und gründete hierfür die Partei „Zmiana" („Wandel"). Der frühere Anführer der polnischen Neonazi-Gruppe „Falanga", Bartosz Bekier, wurde Vizepräsident der „Zmiana"-Partei. Wenig verwunderlich das Beide als pro-russische „Beobachter" in die Krisenregion reisten. Bekier arbeitete auch für das „Europäische Zentrum für geopolitische Analysen" — einen prorussischen Think Tank, der seit Jahren in Polen aktiv ist. Unter dem Banner dieses Think Tanks organisierten Bekier und Piskorski eine Konferenz mit dem Titel „Polen und Deutschland in der Ära der US-Hegemonie. Zusammen oder gegeneinander" im Haus der „Polnisch-russischen Freundschaft". Als deutscher Gast nahm unter anderem der rechte Publizist Manuel Ochsenreiter teil.

Rechte Politaktivisten versuchten zeitweilig in Polen einen eigenen Ableger bzw. eine Kopie des rassistischen PEGIDA-Netzwerkes aus Dresden aufzubauen. Die erste entsprechende große Anti-Flüchtlings-Demonstration in Warschau wurde von der extrem rechten Partei „Obóz Narodowo-Radykalny" („Nationalradikalen Lager") organisiert. Anschließend lud die extrem rechte Gruppierung „Ruch Narodowy" („Nationale Bewegung") die frühere PEGIDA-Funktionärin Tatjana Festerling zu einer Demonstration ein. Zum ersten Mal zeigten sich nun Aktivisten von „Ruch Narodowy" mit einer Angehörigen der deutschen extremen Rechten. Mittlerweile ist es der „Ehrenvorsitzende" der ultra-rechten „Allpolnischen Jugend", Robert Winnicki, der zusammen mit ungarischen und tschechischen Nationalisten versucht Teil einer Art paneuropäischen PEGIDA-Bewegung zu sein. Im Mai 2016 besuchte er die „internationale patriotische Demonstration" in Dresden. Ultrakatholische Webseiten bezeichneten dies als „Symbol der polnisch-deutschen Aussöhnung".

Identitäre Bewegung in Polen ?

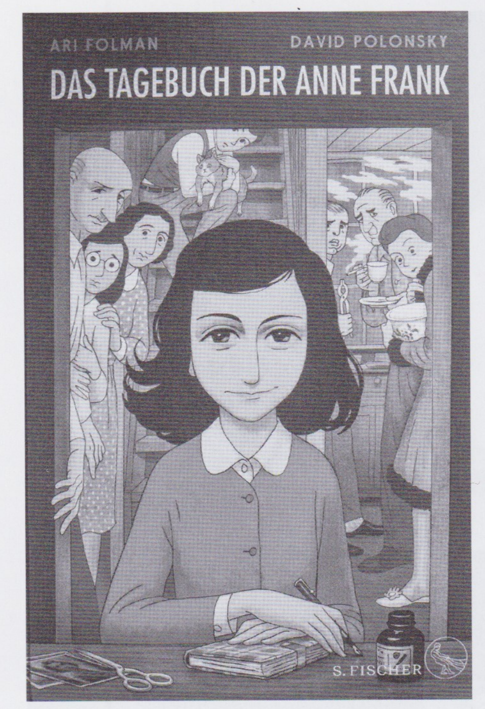
Vor einiger Zeit gründete der schlesische Verband der „Obóz Narodowo-Radykalny" (ONR) ein „Schlesisches Kulturzentrum". Dieses Zentrum scheint sich an ähnlichen Projekten der „Identitären Bewegung" (IB) in Deutschland und Österreich zu orientieren. In dem Zentrum fanden bereits Vortragsveranstaltungen und Treffen mit Aktivisten der „Identitären Bewegung" aus Deutschland statt. Vertreter aus den Kreisen der IB waren auch bei Demonstrationen der ONR in dieser Region präsent. Der Anführer des schlesichen ONR-Verbandes ist Michał Olszewski. Einst schrieb er über Polen: „In diesem kranken Land können wir noch nicht einmal die Rassenfeinde töten."

Ausblick

Vor einigen Jahren war in der deutschen Neonazi-Szene eine offene Kooperation mit polnischen Neonazis fast undenkbar. Der Neonazi-Musiker Michael Regener machte im Lied „Polacken Tango" seiner Band „Landser" die Haltung klar: „Wenn ich das seh werd' ich echt sauer Polackenlümmel schreien White Power, Oh wie ich dieses Scheissvolk hasse, Seit wann gehören Polacken zur arischen Rasse?". Das einige Vertreter aus den Kreisen von „Blood & Honour" und „Combat 18" mittlerweile davon abweichen, dürfte weniger auf antirassistische Reflektion als auf Pragmatismus, Geschäftssinn und persönliche Freundschaften zurückgehen. Billige Produktionsmöglichkeiten, Konzert-Locations und ein leichterer Zugang zu illegalen Waffen macht Polen für das Milieu interessant. Einige der Anführer aus dem polnischen B&H-Milieu sind vor Ort oftmals auch als gewalttätige Hooligans und Akteure in der organisierten Kriminalität bekannt. In Białystok geriet die lokale Neonaziszene wegen Drogenhandel und Zwangsprostitution in den Fokus der Polizei. In Gdańsk wurde gegen Olgierd L. wegen Zwangsprositution ermittelt. Er gilt als örtlicher Anführer einer Neonazi-Skinhead-Gruppe. •

1 Vgl. AIB Nr. 110: „Im nationalistischen Taumel fällt Polen nach rechts" **2** Die erste Kassetten-Single „Thuringian Pagan Madness" von Möbus NSBM-Band „Absurd" erschien 1995 in Polen bei dem Label „Capricornus Prod" von Maciej Dabrowski. Die LP-Fassung des Albums „Asgardsrei" erschien 1999 über das Label „Wolftower Productions" von Artur Ciesielski im polnischen Oswiecim (Auschwitz). Vgl. „Unheilige Allianzen" von Dornbusch & Killgus, rat 2005 **3** Zuvor als „World Church of the Creator" und „Church of the Creator" bekannt 4 AIB Nr.52; „Polen — Sommerlager der ‚International Third Position'"

Ari Folman und David Polonsky
Das Tagebuch der Anne Frank — Graphic Diary
Übersetzt von Mirjam Pressler, Ulrike Wasel und Klaus Timmermann
S. Fischer Verlag, Basel, 2017.
156 Seiten, Hardcover, 20 Euro.



Das Tagebuch der Anne Frank ist eines der bekanntesten autobiografischen Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus. Es handelt von Anne und ihrer jüdischen Familie, die, nachdem sie 1933 von Frankfurt nach Holland emigrierten, 1942 untertauchten, um der Deportation durch die Nazis zu entkommen. In einem Hinterhaus versteckt lebtn sie mit der Familie van Daan (van Pels) und dem Zahnarzt Albert Dussel (Fritz Pfeffer) in ständiger Angst entdeckt zu werden. Neben der Angst zeichnet Anne in ihrem Tagebuch auch die Spannungen nach, die sich aus der engen Unterkunft und dem ständigen Eingesperrtsein unter den Bewohner*innen ergeben. Aber auch ihre persönliche Entwicklung und Gedanken über das Erwachsenwerden und Sexualität spielen eine große Rolle. Das Tagebuch ist so historisches Dokument und literarisches Werk in einem. Es ermöglicht einen persönlichen Zugang zum Leiden der von den Nazis Verfolgten. Das Tagebuch der Anne Frank wurde in ca. dreißig Sprachen übersetzt, in mehr als zwanzig Millionen Exemplaren verbreitet und in Theateraufführungen, Filmen und Comics adaptiert.

2017 erschien jetzt nun auch eine Comic-Adaption von Ari Folman und David Polonsky. ‚Das Tagebuch der Anne Frank: Graphic Diary' ist eine einzigartige Kombination aus dem Originaltext und lebendigen dramatisierten Dialogen, eindrücklich und einfühlsam illustriert von den mehrfach ausgezeichneten Ari Folman, Regisseur und Scriptautor, und David Polonsky, Zeichner. Beide sind bekannt für ihr Meisterwerk ‚Waltz with Bashir', das für den Oscar nominiert war. So lebendig Anne Frank über das Leben im Hinterhaus, die Angst entdeckt zu werden, aber auch über ihre Gefühle als Heranwachsende schreibt, so unmittelbar, fast filmisch sind die Illustrationen."[1]



Der Comic behandelt den Zeitraum zwischen Juni 1942 und August 1944 und spart so den Teil der Geschichte aus, in dem die Bewohner*innen des Hinterhauses entdeckt und deportiert werden. Wie es den Einzelenden nach der Entdeckung erging wird in einem kurzen Epilog berichtet. Dennoch ist die Umsetzung eindrücklich. Die scharfen Beobachtungen und tiefgründigen Reflexionen der Tagebuch-Einträge werden durch das Geschehen illustrierende wie Annes Gefühlswelt darstellende Zeichnungen ergänzt. Die Passagen aus dem Tagebuch werden als Blocktexte über den Bildern dargestellt und durch fiktive Dialoge in Sprechblasen untermalt. Immer wieder werden berühmte Bilder zitiert: Unter anderem das Gemälde „Der Schrei" des norwegischen Malers Edvard Munch oder das Foto der Frau, die einem Neo-Nazi bei einer Demonstration 1985 im schwedischen Växjö die Handtasche über den Kopf zieht.

Trotzdem ist die literarische Vorlage präsent, so gibt es für das Medium Comic ungewöhnlich lange Textpassagen. Gerade die zweite Hälfte ist durch ausführliche Tagebuch-Einträge gekennzeichnet, was die Lektüre immer wieder verlangsamt, aber dem Thema angemessen, eine Reflexion über das Gelesene ermöglicht.

Es handelt sich um eine künstlerische Adaption des Tagebuchs, die das literarische Werk der Anne Frank würdigt und durch die Bilder eine weitere Ebene hinzufügt, die Empathie und Verbindung zu der Geschichte derjenigen schafft, die von den Nazis verfolgt und ermordet worden sind.

„Ich fand es unfassbar, dass eine Dreizehnjährige imstande gewesen war, einen so reifen, poetischen, lyrischen Blick auf die Welt um sie herum zu werfen und das, was sie sah, in prägnante, nachdenkliche Tagebucheinträge zu fassen, aus denen nicht nur enorm viel Mitgefühl und Humor spricht, sondern auch ein Maß an Selbstreflexion, wie ich es selten bei Erwachsenen und noch weit seltener bei Kindern angetroffen habe.", so Ari Folman im Nachwort des Graphic Diary.

1 www.juedischesmuseum.de/79.html?&no_cache=1&L=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=2514&tx_ttnews%5BbackPid%5D=62

„Grauzonen — Rechte (jugendliche) Lebenswelten in Musik und im Sport"
Agentur für soziale Perspektiven e.V. (ASP)
Lausitzer Str. 7, 10999 Berlin

Von Igor Netz

Anhaltende gesellschaftliche Rechtstendenzen finden in unterschiedlichen Bereichen ihren Niederschlag: Nicht zuletzt sind davon jugendliche Subkulturen betroffen. Dabei ist das Phänomen von rechten jugendlichen Lebenswelten nicht neu. Für die BRD kann es in die Zeit der Adaption der britischen Skinhead-Bewegung datiert werden. Vor allem das dem Skinhead-Kult immanente Bild von viriler Männlichkeit dürfte ein Andocken an rechtsgesinnte Inhalte erleichtert haben. Fußball bietet mit Nationalismus, Männlichkeitskult und Homophobie und einer ausgeprägten Gruppenidentifikation Angebote, die Brücken zu rechten Weltbildern sein können. Beide Lebenswelten sollten jedoch nicht nur auf ihre Problemstellungen reduziert werden.

Der Verein „Agentur für soziale Perspektiven" (ASP) hat mit „Grauzonen — Rechte (jugendliche) Lebenswelten in Musik und im Sport" einen Ordner als methodisch-didaktische Handreichung herausgegeben. Die Herangehensweise der Autor_innen, die selbst als Antifaschist_innen aktiv sind, ist durch eigene Affinitäten zu Sport- und Musiksubkulturen geprägt. Ein Zugang, der in der vorliegenden Publikation für ein hohes Maß an Kompetenz spricht.

Der Ordner ist in vier Teile gegliedert. Teil I bietet thematische Einführungen zu Problemlagen, zentralen Bezugspunkten in rechten Lebenswelten und Ungleichheitsideologien sowie einen grundlegenden Text zum Verständnis von Lebenswelten, Ideologien und Mentalitäten.

Teil II versammelt Hintergrundtexte zu Musik, Musikkulturen und Musiker_innen sowie zu Sport (Fußball und Kampfsport). Im Musikteil gehen die Autor_innen grundsätzlich auf den gesellschaftlichen und individuellen Charakter von Musik, deren gemeinschaftsstiftende Identifikationsangebote und Aspekte wie Musik als Träger von politischen oder kommerziell werbenden Botschaften ein. Die Darstellung unterschiedlicher Milieus (Deutschrock, Skinheads/Oi, (Deutsch-)Rap) umfasst einen Überblick zur jeweiligen Subkultur und deren Grenzbereiche zu rechten Einflüssen. Der Teil zu Sport setzt sich u.a. mit deutscher Fußballgeschichte und den Fanszenen auseinander.

Teil III bietet Methodenanleitungen und Workshopkonzepte zu Musikkulturen und Fußball. Neben der Beschäftigung mit Problemfeldern gibt es ein Unterkapitel zu Reaktionsmöglichkeiten und Handlungsstrategien.

Teil IV beinhaltet neben vertiefenden Texten vor allem Materialien wie Manuskripte für Vorträge, Kopiervorlagen, Liedtexte etc. Auf einem USB-Stick befinden sich vorgefertigte Präsentationen, Videos, Fotos und Plakatvorlagen für Übungen. Für Pädagog_innen bietet der Ordner eine materialreiche Möglichkeit sich mit dem Thema Jugendwelten und rechte Milieus auseinanderzusetzen. Eine informative Webseite zum Projekt rundet das gute Gesamtbild ab (https://grauzonen.info/material-23.html). Die ASP hat mit ihrer Publikation einen hohen Maßstäben genügenden Bildungsordner herausgegeben. Eine entsprechende Verbreitung und ein vielfacher Einsatz des Materials ist dem Projekt daher zu wünschen. •

Die ungekürzte Rezension findet sich auf **www.antifainfoblatt.de**

Heidi Benneckenstein
Ein deutsches Mädchen.
Mein Leben in einer Neonazi-Familie
Klett-Cotta Verlag
ISBN 978-3-608-50375-3

Heidi Benneckenstein schreibt in ihrem Buch über ihren Ausstieg aus der Neonaziszene. Besonders ist hierbei nicht nur, dass sie ihre Erfahrungen als Frau in der männlich dominierten Realität beschreibt, sondern auch, dass die Autorin durch das Aufwachsen in einer rechtsextremen Familie geprägt ist. Ihr Vater, Helge Redeker, betreibt in Sachsen ein Feriendorf, welches auch für extrem rechte Veranstaltungen genutzt wird, und schickt seine Kinder in die Lager der Heimattreuen Deutschen Jugend. Im Gegensatz zu anderer Aussteiger-Literatur sieht Benneckenstein eine kalte und lieblose Kindheit nicht als Grund ihrer rechten Sozialisation, sondern als Teil davon und leitet diese aus der Ideologie ab (vgl. Aussteiger-Industrie, AIB 66). Sie beschreibt die Gewalttätigkeit der Szene auch nach innen und gegen Frauen als die Momente, in denen ihre Loslösung von der extremen Rechten begann — aber auch ihre eigene Gewalttätigkeit erhält rückblickend Raum in dem Buch.

Die Autobiographie ist in einem einfachen und persönlichen Stil verfasst und macht deutlich, wie es zu ihrem gemeinsamen Ausstieg mit dem jetzigen Mann kam. Allerdings scheint es eher das abstoßende Verhalten der eigenen KameradInnen gewesen zu sein, das zu dem Ausstieg führte, als der Bruch mit der extrem rechten Ideologie. So schreibt Benneckenstein, dass sie persönlich nie ein Problem mit Migrant*innen gehabt habe - anders als sächsische Dorfnazis - aber doch trug sie den Rassismus der extremen Rechten mit, machte aktiv Wahlkampf für die NPD und war an einem Angriff auf einen Journalisten beteiligt. Zum Ende des Buches spricht sie vom Schrecken des NSU, aber auch sie, die Ralf Wohlleben kennengelernt hat, spricht von einem „Terror-Trio" und unterschlägt die Weite des nationalsozialistischen Untergrunds und seiner Unterstützung durch die rechte Szene.



Das Buch wird zukünftig als Schulbuchausgabe erhältlich sein. Es zeigt die raue und brutale Realität der völkischen und neonazistischen Rechten auf und wird so abschreckend wirken — ob es jedoch zu einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit rechten Ideologieelementen geeinigt ist, sei dahingestellt. •

VOR 15 JAHREN

Solidarität macht Mut

■ Am 21. November 1992 wurde der damals 27-jährige Silvio Meier in Ostberlin von Neonazis ermordet. Zwei von Silvios Freunden wurden schwer verletzt. Zehn Jahre später haben wir mit Ekke, einen Freund von Silvio, gesprochen.

Wie würdest Du die Zeit Anfang der 1990er beschreiben, als der Mord an Silvio geschah?

Ausgangspunkt für die meisten von uns war ja „die Wende“, die als politischer Umschwung für uns damals ziemlich wichtig war. Wir waren jung, sind in der Zeit politisiert worden und haben dann festgestellt, dass mit 1989 auch die Aktivitäten von Nazis und Rassisten zunahmen und haben uns dagegen engagiert. Viele von uns sind durch diese neue Form der Gewalt politisiert worden. Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda sind die Ereignisse, die Art und Weise, wie sich uns die Realität damals dargestellt hat, also extreme Formen von rassistischer Nazigewalt. In der Situation wollten wir uns als Linke verhalten. Das war natürlich nicht besonders spaßig, denn die Überfälle waren auf eine Art gewalttätig, dass man sein Leben riskiert hat, wenn man sich dagegen engagierte.

Wie würdet Ihr Eure damalige Haltung gegenüber Neonazis beschreiben?

Wenn ich mich erinnere, wie die frühen Neunziger für mich waren, dann hat es unter uns Diskussionen gegeben, wie man überhaupt auf so eine Form von Gewalt reagiert. Da gab es zwei unterschiedliche Ansichten: Die einen haben gemeint, man würde so wie die Nazis werden, wenn man ihnen militant entgegen tritt. Die andere Seite meinte: Die einzige Möglichkeit, sich die Räume, in denen man überhaupt noch politisch agieren kann, wieder zu erkämpfen, ist, wenn man sie auch militant zurückdrängt. Die Erfahrungen, die ich in den Jahren gemacht habe, haben mich dazu gebracht, eher im Sinne der zweiten Variante zu handeln. Die Haltung, nicht auch militant gegen die Bedrohung vorzugehen, war hilflos und nützte nichts. Im Gegenteil: Sie hat nur dazu geführt, dass man vor allem in Kleinstädten noch stärker isoliert war und am Ende vor der Wahl stand, wegzuziehen oder es hinzunehmen, dass sie einen nach dem anderen zusammenschlagen.

Dann kam es zu dieser Situation am U-Bahnhof, in der Silvio ums Leben kam. Wie wurde darauf reagiert, sowohl von der Antifabewegung als auch von staatlicher Seite?

Was ich vom Krankenhaus aus mitbekommen habe an Reaktionen von Antifas und Linken hat mir viel Mut und Kraft gegeben. Aus Solidarität für die Leute, die von der Gewalttat betroffen waren, wurde Geld gesammelt, die Überlebenden des Angriffs bekamen viel Besuch im Krankenhaus und auch danach hat man ihnen geholfen. Es gab nicht nur sehr viele Demonstrationen, an denen sich wirklich viele Leute beteiligten, denen es ein Anliegen war, gegen diese Zustände auf die Strasse zu gehen. Kurz darauf ist auch ein Brandanschlag auf den Nazijugendtreff „Judith Auer Club“ verübt worden. Man kann zwar unterschiedlicher Ansicht über den Nutzen des Anschlags sein, aber als Zeichen ist er von allen verstanden worden. Dass nämlich Orte, an denen sich Nazis sammeln, um von dort aus loszuziehen und Leute totzuschlagen, nicht geduldet werden. Das war eine eindeutige Reaktion, und meiner Meinung nach richtig. Die Polizei tat alles, um den Mord zu entpolitisieren. Die damals gängige These war, dass es verwirrte Einzeltäter seien, die Ausländer, Linke oder Punker totschlagen. Meistens kam noch dazu, dass die Täter ja eigentlich nur provoziert würden, weil der Ausländer eben Ausländer ist und auch so aussieht. Beziehungsweise weil ein Linker den Nazi zum Angriff provoziert. Ähnlich entpolitisierend sind sie in Bezug auf Silvio auch vorgegangen: Polizisten kamen ins Krankenhaus und haben einen Freund, der auch verletzt wurde, und mich dazu gedrängt, derartig entpolitisierende Aussagen zu machen. Als sie die gewünschten Statements nicht bekamen, haben sie die Version der Nazis über den Tathergang als die Richtige verbreitet (...)

Würdest Du sagen, dass Du jetzt anders an ähnliche Situationen rangehst?

Wir wollten damals in die Disko zum Tanzen und waren zu viert unterwegs — Silvio, noch ein Freund, eine Freundin und ich. Wir sind in den U-Bahnhof reingekommen, als uns ein Pulk von Jungnazis entgegenkam. Einer von denen hatte eben einen Aufnäher, der ihm abgerissen wurde. Danach sind wir in den U-Bahnhof runtergegangen, ohne dass die Nazis weiter ein großes Theater gemacht hätten. Die letzte U-Bahn war leider gerade weggefahren, und wir sind wieder die Ausgangstreppe hochgegangen. Da standen die Nazis schon oben mit einem Messer und haben uns abgestochen. Silvio ist gleich dort gestorben, und wir anderen kamen verletzt ins Krankenhaus. Ich habe mir danach persönlich den Vorwurf gemacht, in so eine Auseinandersetzung reingegangen zu sein und nicht damit zu rechnen, dass die Nazis bewaffnet sind. Das war ein ernsthafter Fehler. (...)

Es gibt in diesem Jahr zum zehnten Mal die Silvio-Meier-Demo. Wird die nach zehn Jahren zum Ritual? Oder ist sie weiterhin ein richtiger und wichtiger Weg, um die Erinnerung wach zu halten?

Ich glaube, man muss hier die persönliche und die politische Erinnerung trennen. Die persönliche Erinnerung, die findet nicht in Form von Demos statt. Da findet man andere Wege. Politische Erinnerung - und dazu gehört die Demo - finde ich sehr wichtig, weil die Antifa-Bewegung auch Lehren aus den Vorfällen gezogen hat. Dass die Demo zeitweise die größte Antifademo in Berlin war, finde ich gut. Die Leute, die die Demo organisieren, haben auch immer darauf geachtet, keinen Personenkult entstehen zu lassen. Der Mord an Silvio ist zwar der Anlass, aber man hat immer versucht, einen aktuellen Bezug zu finden. Ein besserer Begriff als Ritual wäre vielleicht Tradition. Dann ist es wie bei jeder anderen Tradition: So lange sie noch einen eigenständigen Inhalt hat, ist sie es wert, dass sie auch weiter getragen wird. Ich bin niemand, der daran um jeden Preis festhalten würde. Es kommt darauf an, ob sie den Sinn hat, den sie haben sollte. Meiner Meinung nach ist das noch gegeben. •

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
31. Jahrgang
Nummer 117 | 4.2017

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden.
Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 116

TITEL
Rechtsterrorismus unter Aufsicht der Geheimdienste

NS-SZENE
Subculutral Records

Braunzone
Identitäres Hausprojekt in Halle (Saale)

INTERNATIONAL
USA: Von Blood & Honour zum polizeichef



AIB 115

TITEL
Der Rechte Blick nach Russland

NS-SZENE
Momentaufnahme im rechten Konzert-Geschehen

RASSISMUS
March for Freedom

INTERNATIONAL
Frankreich: Neonazi-Mordserie aufgedeckt

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin